This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Slav 5658.8

Harvard College Library

BOUGHT FROM THE BEQUEST OF

CHARLES SUMNER, LL.D.,

OF BOSTON.

(Class of 1830.)

"For Books relating to Politics and Fine Arts."

Die

17774

polniſche Politik Preußens

1788—90.

Von

P. Wittichen.

Motto:

Wenn ich Miniſter Friedrich Wilhelms II. geweſen wäre, ſo würde ich dazu geraten haben, den Ehrgeiz Öſterreichs und Rußlands in der Richtung auf den Orient zu unterſtützen, aber als Kaufpreis dafür materielle Konzeſſionen zu verlangen, ſei es auch nur auf dem Gebiet der polniſchen Frage, an welcher man damals Geſchmack fand, und mit Recht, ſolange man Danzig und Thorn nicht beſaß, und an die deutſche Frage nicht dachte.

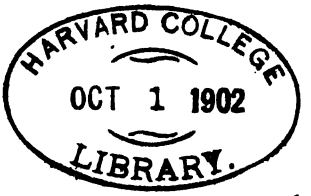
Bismarck, Gedanken und Erinnerungen.

Göttingen

Vandenhoeck & Ruprecht

1899.

Slav 5658.8



Summer fund.

Meinem Freunde

Paul Rabbow

gewidmet.

Vorwort.

Die Anregung zur Beschäftigung mit der auswärtigen Politik Friedrich Wilhelms II. verdanke ich dem Herrn Direktor der Staatsarchive, Geh. Oberregierungsrat Prof. Koser, der mich als Bonner Universitätslehrer zu Anfang 1896 zu einer Seminararbeit über die Reichenbacher Konvention veranlaßte und mir alsdann das Preuß. Geheime Staatsarchiv zugänglich machte. Seiner Empfehlung verdanke ich auch, daß mir der Chef des Generalstabs, Graf Schlieffen Exc., die Benutzung des im Generalstab befindlichen Teils des Kriegsarchivs gestattete. Herr Geh. Archivrat Dr. Bailleu erteilte mir nicht nur die freundlichste Auskunft über die im G. St. A. befindlichen einschlägigen Akten, sondern gewährte mir auch die Durchsicht eigener Kopien von Briefen Bischoffwerders. Mein Vetter, Herr R. Schwartze M. A. in London, hat mir Abschriften von Depeschen des Londoner Record Office verschafft. Allen diesen Herren, vor allem aber Herrn Geheimrat Koser, sage ich meinen ergebensten Dank. Durch die Vermittlung des Preuß. Staatsarchivs habe ich auch Akten des Sächs. Hauptstaatsarchivs und des Danziger Stadtarchivs benutzen können; die letzteren hatten allerdings keinen Wert.

Nach mehr als einjähriger Unterbrechung durch andere Studien schloß ich die Arbeit in den wesentlichen Punkten im Juni vorigen Jahres ab; nur die Memoiren Schlieffens wurden erst später herangezogen. Herrn Geheimrat Prof. Max Lehmann, in dessen historischen Übungen ich vor fünf Jahren von dem bloßen Interesse an der neueren Geschichte zu eingehenderem Studium hingeführt wurde, bin ich für wertvolle Hinweise auf unbeachtet gebliebene und fehlerhafte Momente und für seinen freundlichen Rat und Unterstützung bei Veröffentlichung dieser Schrift zum größten Danke verpflichtet.

Auf eine Polemik im Einzelnen gegen die Darstellungen Häussers, Rankes und Sybels habe ich verzichtet. Einen Hauptfehler der Häusserschen, der ersten ausführlichen über die Politik Friedrich Wilhelms II., werde ich in Kap. VII Note 7 zu berühren haben. Die Rankes (Die deutschen Mächte und der Fürstenbund) geht, dem Charakter seiner Geschichtschreibung entsprechend, von einer anderen Basis aus, als diese Schrift, die nichts als die urteilende Darstellung unserer eigenen auswärtigen Politik bezweckt, natürlich auf Grundlage der Kenntnis der gesamten bei der Durchführung dieser Politik wirksamen internationalen Verhältnisse. Außerdem, obwohl er die allgemeine Situation Preußens weitaus richtiger wiedergiebt, als die übrigen, namentlich auch den defensiven Charakter der militärischen Situation Preußens im Frühling 1790 erkannt hat, ist doch seine Charakteristik Hertzbergs und seiner Politik nicht frei von Widersprüchen. Die Darstellung Sybels leidet, abgesehen von den vielleicht schwer vermeidbaren Mängeln einer exkursartigen Erzählung inmitten eines größeren Zusammenhangs, an dem Fehler eines etwas raschen und pointierten Urteilens, das häufig ins Schwarze, aber auch sehr häufig daneben trifft. — Die Erzählung Treitschkes glaube ich wegen ihres einleitenden Charakters und als nicht auf eigener Forschung basiert, nicht berücksichtigen zu müssen. Auf den Aufsatz Dunckers (Hist. Z. 37) einzugehn, halte ich für unnötig. Bailleu hat bisher leider nur die erste Hälfte des Hertzbergschen Ministeriums geschildert (Hist. Z. 42).

Das vorgedruckte Motto ist mir natürlich nicht mehr als die angenehme Bestätigung von Seiten eines über jene Zeit nicht näher unterrichteten, aber auch ohne das in die Essenz der Dinge eindringenden politischen Verstandes gewesen. — Die zahlreichen merkwürdigen Analogieen der damaligen zu der augenblicklichen auswärtigen Situation Preußens resp. Deutschlands — der Hauptunterschied ist, daß die gegenwärtige weit größere Gefahren birgt, — gestatten es den Wunsch auszusprechen, daß im gegebenen Fall die Politik des praevenire-Spielens, die Hertzbergsche von 1789, die Oberhand gewinnen möge.

Göttingen, 1. Juni 1899.

P. Wittichen.

Inhalt.

		Seite
I.	Polen seit dem russisch-österreichischen Bündnis und die preußische Politik	1
II.	Die Interessen Englands	7
III.	Gegensatz der preußischen und englischen Interessen	14
IV.	Lage Österreichs Herbst 1788 bis Sommer 1789	18
V.	Glänzende Lage Preußens im Sommer 1789	20
VI.	Abwendung Friedrich Wilhelms von Hertzbergs Politik	22
VII.	Verhandlungen mit der Pforte	27
VIII.	Die Lage Österreichs seit Herbst 1789	36
IX.	Rußland und Preußen	39
X.	Sachsen	41
XI.	Die preußisch-polnische Allianz	45
XII.	Mangelhafte Rüstung Preußens	50
XIII.	Verhandlungen Preußens und Österreichs	56
XIV.	Wendung vom 15. Juli	62
XV.	Resultat der Konvention	69
XVI.	Hertzberg	75
XVII.	Friedrich Wilhelms Politik	82
Anhang:	1) Bemerkungen über den Trésor 1789—91	88
	2) Schlieffens Memoiren und die Hertzbergsche Politik	89
	3) Ein Urteil über Hertzberg aus dem Jahre 1808	91
	4) Zwei Aktenstücke	93
Noten (Belege und kritische Bemerkungen)		99

I. Polen seit dem russisch-österreichischen Bündnis und die preußische Politik.

Die Resultate der ersten polnischen Teilung stellten Preußen gebieterisch die Aufgabe, die gemachten Erwerbungen möglichst schnell zu vervollständigen. An dem Widerspruch Englands war die Erwerbung von Danzig und Thorn gescheitert. Schon die Lage dieser Städte mitten im preußischen Gebiet mußte unerträgliche Zustände zu Wege bringen, und Friedrich hielt es für sein Interesse, die vorhandenen Unannehmlichkeiten möglichst zu verschärfen, auch wenn der preußische Fiskus dadurch benachteiligt wurde[1]). Ein Zoll von 12 % lag auf allen polnischen durch preußisches Gebiet geführten Waren. Die Zollämter von Fordon und von der Montauer Spitze, da wo sich die Weichsel in den Elbinger und Danziger Arm gabelt, waren wegen ihrer Rücksichtslosigkeit berüchtigt. Die Folge war, daß nicht selten am hellen Tage eine Schar großer bewaffneter Lastschlitten über die Grenze brach und das preußische Gebiet durchsauste. Der Danziger Hafenzoll wurde häufig doppelt erhoben, von dem Hafenamt, das in preußischen Händen war, und von den städtischen Zollbehörden. Der Handel der Stadt konnte bei derartigen Zuständen natürlich nicht gedeihen. Aus- und Einfuhr und Transitverkehr waren im Niedergang. Russischer und amerikanischer Handel waren sogleich bei der Hand, den Danziger zu ersetzen.

Das russisch-österreichische Bündnis.

Daß die Einverleibung der Städte unterblieben war, war aber nicht nur für Preußens Handel und Finanzen und für Danzig selbst schädlich, es wurde sogar seit dem Abschluß des russisch-österreichischen Bündnisses im Jahre 1781 eine ernste Gefahr für Preußen. Mit Recht hat Hertzberg über die Politiker gespottet, die die Erwerbung

dieser Stadt nur wegen der vermehrten Zolleinnahmen wünschten; er nannte diesen Standpunkt den von Douaniers. Danzig war eine befestigte Stadt, und wenn es zu einem Krieg der Kaiserhöfe gegen Preußen kam, konnte es nicht nur der russischen Flotte einen trefflichen Stützpunkt zur Plünderung der preußischen Küsten gewähren, der Krieg konnte auch sofort von Danzig aus mitten in preußisches Gebiet getragen werden. Denn Polen war seit der Teilung eine russische Provinz. Wenn Katharina sich für den Handel und die Industrie der Stadt besorgt zeigte, so geschah das, weil die mehr oder minder gute Befestigung der Stadt mit der Blüte der Kaufmannschaft aufs engste zusammenhing [2]). Die Polen bezeichneten sie in ihrer überschwänglichen Weise als ihr Gibraltar, obwohl sie selbst nie eine Rolle als Seemacht gespielt hatten.

Solange das russisch-österreichische Bündnis bestand, war das Verbleiben Danzigs in polnischem Besitz eine Gefahr für Preußen. Durch diese Allianz war aber auch jeder weiteren preußischen Erwerbung in Polen eine mächtige Schranke vorgesetzt. Ob es nun bei dem vorwiegenden Einfluß Rußlands in Polen blieb, oder ob sich die Kaiserhöfe darin teilten, ob sie einfach den bestehenden Zustand gegen Preußen aufrecht erhielten, oder ob sie ihrerseits eine zweite Teilung herbeiführten, Preußen war unter allen Umständen gewiß, leer auszugehen, wenn die Kaiserhöfe nicht anderswo befriedigt wurden, oder wenn es ihnen nicht mit dem Schwerte bewies, daß sie sich in das Unvermeidliche zu fügen hätten. Im Mai 1788 verpflichtete sich Rußland durch eine von Ostermann, Besborodko und A. Woronzow unterzeichnete Note, jede preußische Erwerbung in Polen durch Waffengewalt zu hindern [3]). Zeitweilig tauchte noch eine andere Gefahr auf: die Ableitung des polnischen Handels nach dem Schwarzen Meer. Stanislaus verlangte als Preis einer Allianz mit Rußland ein Stück der Moldau und Bessarabiens mit Ackerman. Stackelberg, der russische Botschafter in Warschau, befürwortete lebhaft diesen Antrag. Katharina ging nur aus Rücksicht auf Österreich nicht darauf ein; erst, als es zu spät war, nach den preußischen Deklarationen im Herbst 1788, bewilligte sie diese Forderung [4]).

Hertzbergs Politik.

Erst mit dem Ausbruch des Türkenkriegs war für Preußen die Möglichkeit gegeben, den Bann zu brechen, der über seiner Politik in Polen lag. Es konnte seine Zustimmung zu österreichisch-russischen Erwerbungen in der Türkei davon abhängig machen, daß die beiden Mächte ihm gestatteten, von Polen die Stücke zu nehmen, die es für

seine Sicherheit und weitere Abrundung nötig hielt. Aber damit wollte sich der leitende Minister Friedrich Wilhelms II. nicht begnügen. Er wollte auch ein für allemal bei dieser Gelegenheit die Möglichkeit beseitigen, daß Österreich allein oder im Bunde mit Rußland dem Vordringen Preußens nach Osten Hindernisse entgegensetzte. Die Österreicher sollten aus Galizien entfernt werden, und so Preußen und Rußland allein die Entscheidung über die Geschicke Polens erhalten. Das war ein sehr wesentlicher Bestandteil, ja häufig erscheint es in den Erörterungen der leitenden Personen der Hauptzweck des sogenannten Hertzbergschen Planes[5]). Auf den Rechtstitel, den sich Preußen gegenüber Polen durch die Herbeiführung der Restitution Galiziens erwarb, kam es Hertzberg wenig an. Erwerbung der notwendigen Gebietsteile und Beschränkung der Teilungsmächte auf Preußen und Rußland war der Hauptzweck seiner Politik. Die Österreicher hatten bisher allerdings auf eine aktive Politik in Polen verzichtet. Sie besaßen nur eine sehr kleine Partei in Warschau. Es war aber nicht schwierig, auf Grundlage der Garantieverträge und gestützt auf den Anhang derjenigen Polen, die zugleich österreichische und polnische Unterthanen waren, namentlich aber im Bündnisse mit Rußland, zu einer größeren Initiative fortzuschreiten. In Berlin war man sogar der Meinung, daß Josef nach dem Besitz der polnischen Königskrone strebe[6]). Dazu kam, daß die militärische Position der Österreicher in Galizien in preußischen Kreisen vielfach als höchst gefährlich angesehen wurde*).

Nach Beseitigung dieser unmittelbaren Gefahren und der Durchführung der notwendigen Erwerbungen sollte dann die preußische Politik soweit möglich eine konservative sein. Denn Hertzberg sah eine völlige Auflösung Polens als ein Unheil für den preußischen Staat an. Die Existenz eines schwachen Staates dritter Ordnung unter preußischem Einfluß, womöglich mit einem sächsischen Herrscher an der Spitze, mit unbedeutender Armee und allen Garantieen für die Unmöglichkeit einer Centralisierung, war sein Ideal. Mit der für Preußen nötigen Erwerbung von Danzig und Thorn und einigen Stücken Groß-Polens, den Palatinaten Posen und Kalisch, sollte die Verspeisung polnischer Landesteile vorläufig ein Ende nehmen. Dann

*) Nicht dieser Meinung war z. B. der General von der Goltz, der sogen. Tartaren-Goltz, eine Zeit lang Adjutant Friedrich Wilhelms II. (nach einem Brief an Hertzberg 2. April 1790); vgl. über ihn S. 5**.

sollte Preußen, wenn es nicht anders ging, im Verein mit Rußland, sonst ohne oder gegen Rußland, die Polen für seine Zwecke brauchbar machen.

Bei dieser ganzen Politik war Hertzberg in der Lage, sich auf die Anschauungen einer großen Anzahl österreichischer Staatsmänner stützen zu können, die die polnische Erwerbung Österreichs als unvorteilhaft, ja schädlich ansahen. Wahrscheinlich hat schließlich neben anderen Gründen auch diese Ansicht Leopold zu den Zugeständnissen in Galizien vermocht, die wenigstens dem Prinzip nach, wenn auch nicht mehr dem Umfange, der Hertzbergschen Politik entsprachen. Österreich war bei den Verhandlungen über die erste Teilung nur mit dem äußersten Widerstreben auf eine polnische Erwerbung eingegangen[7]). Die Maßregeln im Sommer 1770, die Besetzung mehrerer Starosteien und der großen Salzwerke, waren gegen den Rat Kaunitz' unternommen worden. Als dann 1772 Österreich eine Verständigung, zuerst mit Rußland, suchte, versprach es die okkupierten Gebiete mit Ausnahme der Zipser Starostei herauszugeben, die Integrität Polens zu garantieren und eine mäßige Verstärkung Rußlands nach dem Orient hin zuzulassen. Ein polnischer Teilungstraktat wurde als Eventualität zweiter Ordnung hingestellt. Als es sich aber herausstellte, daß die beiden anderen Mächte sich mit den ersten Bedingungen nicht begnügen würden, sah man sich in Wien gezwungen, eine Teilung Polens zuzulassen; man wünschte aber selbst keine polnischen Gebietsteile zu erwerben. In den 7 Teilungsplänen, die Kaunitz im Januar 1772 dem Kaiser zur Beratung vorlegte, waren als österreichische Erwerbungen nie polnische Gebiete, sondern in erster Linie türkische Länder, ferner Ansbach und Bayreuth, Schlesien und Glatz — diese beiden deutschen Cessionen gegen Überlassung des doppelten von Preußen in Polen beanspruchten Gebiets — in Aussicht genommen. Da Friedrich sich aber energisch weigerte, auf diese Anträge einzugehen, so blieb Österreich schließlich nichts Anderes übrig, als Galizien zu nehmen, ein allerdings sehr fruchtbares Land, dessen militärische Verteidigung aber große Anstrengungen und Kosten verursachen mußte. Die leicht zu verteidigende treffliche Karpathengrenze mußte aufgegeben werden. Es kam hinzu, daß, wie Josef selbst eingestand, an dem Verbleiben der Österreicher in Galizien nicht, wie an ihrer Herrschaft in den Niederlanden, andere Großmächte interessiert waren[8]). Jacobi, der preußische Gesandte in Wien, bezeugte Hertzberg zur Zeit der Formulierung seines Plans[9]), daß Kaiser Josef nahezu der einzige

Österreicher war, der nicht die Überzeugung von der Wertlosigkeit Galiziens hatte, es vielmehr als ein günstiges Vorwerk zur Vermehrung des österreichischen Einflusses in Polen ansah*). Namentlich Loudon, den Jacobi mit Geschick aushorchte, war ein Gegner der Erwerbung und des dauernden Besitzes von Galizien. Später, 1810, haben sich Radetzky und andere hervorragende österreichische Staatsmänner für den Austausch Galiziens gegen andere Gebiete ausgesprochen. 1811 dachte Lord Aberdeen daran, Österreich für die Restitution von Galizien mit der Moldau und der Walachei zu entschädigen. Während des Krimkriegs und 1863 tauchte der naheliegende Gedanke von neuem auf[10]). Besonders unterstützt wurden die Absichten Hertzbergs noch dadurch, daß die Unzufriedenheit über die Josefinische Regierungsweise in Galizien naturgemäß besonders groß war[11]). Die Möglichkeit der Restitution dieser Provinz an Polen gründete sich nicht nur auf Spekulationen der allgemeinen Politik, sondern auch auf den sehr realen Groll des von seinen Stammesgenossen getrennten polnischen Adels. Schon 1778 war es die Absicht Stanislaus' gewesen, auf Seiten Preußens und Rußlands die Österreicher anzugreifen, um Galizien zurückzuerobern.

So war der Gedankengang Hertzbergs ein sehr wohlbegründeter. Es war nicht unwahrscheinlich, daß Österreich gegen den Erwerb großer türkischer Provinzen zu bewegen sein werde, Galizien herauszugeben, wenn Preußen seine Forderung auch mit dem Schwerte durchzusetzen sich bereit zeigte. Ungefähr zu gleicher Zeit, als Hertzberg seinen Plan dem König zum ersten Mal mitteilte, wurde ihm selbst ein ähnlicher durch einen früheren Adjutanten des Königs, den General v. d. Goltz, übersandt**). Finckenstein, Hertzbergs Kollege, schrieb, als

---

*) Ob er nicht auch auf die Umklammerung Ungarns durch Galizien und die Bukowina Wert legte, bleibe dahingestellt.

**) Am 12. Dezember 1787. Am 15. Dezember deutete Hertzberg dem König zum erstenmal seine Absichten an; am 19. Januar 1788 folgte das Detail. v. d. Goltz aber bezeichnet den Plan selbst als den Hertzbergs. Er wurde offenbar durch frühere Unterredungen mit Hertzberg beim Ausbruch des Türkenkriegs zu ähnlichen Spekulationen angeregt. Goltz war übrigens ein Phantast in der Politik; ein richtiger Vorfahr des Grafen Robert v. d. Goltz, Mitglieds der sogen. Wochenblattspartei zur Zeit des Krimkriegs. Während der Unfälle der Österreicher und Russen im Sommer 1788 gedachte er ihnen nur folgende Provinzen zu entreißen: Böhmen zum großen Teil, Galizien, Lodomirien, Bukowina; Krim, Karelien, Livland, Ingermanland. Seine an Hertzberg gesandten Denkschriften und Briefe (in Ab-

ihm der König, den die weitreichenden Konsequenzen der vorgeschlagenen Politik mit Ängstlichkeit erfüllen mochten, vertrauliche Mitteilung davon machte: man müsse warten, bis die Verhältnisse sich mehr geklärt hätten. Anderes hatte Hertzberg nicht gesagt. Im übrigen bezweifelte er, daß Österreich so leicht auf die polnischen Besitzungen verzichten werde. Zum Schluß aber kam die Bemerkung, er habe diesen Plan in seinen Umrissen ebenfalls im Auge gehabt, und hätte ihn auch vorgelegt, wenn die Situation ihm reif genug erschienen wäre[12]). Welches Votum der Feldmarschall von Möllendorff, den Hertzberg außer Finckenstein zur Beratung des Plans zugezogen wünschte, abgegeben hat, wissen wir nicht; ebensowenig, ob der Herzog von Braunschweig, eine Zeitlang militärische und politische Hauptautorität, von dem Plan sogleich verständigt worden ist. Übrigens hatte Hertzberg auch den Fall vorgesehen, daß Rußland und Österreich sich vielleicht mit kleineren türkischen Gebieten, als sie in dem Cessionsplan in Aussicht genommen waren, begnügen sollten, und den Vorschlag gemacht, Danzig und Thorn in diesem Fall durch die Herabsetzung des Zolls von Fordon und durch unbedeutende Cessionen in Ostpreußen und Lithauen zu erkaufen[13]) — ein ähnlicher Fall trat später ein, als Hertzberg in einer Art politischer Diversion durch einen Handelsvertrag Danzig und Thorn zu erlangen suchte.

Die Pforte.

Hertzberg dachte nun zuerst daran, gleich im Anfange des Kriegs durch Vereinbarung der beteiligten Höfe, wie zur Zeit der ersten polnischen Teilung, seine Absichten durchzusetzen. Auch dieser Gedanke hatte nichts Unwahrscheinliches. Durch die Bestimmungen von Kutschuk-Kainardje war der Verfall des türkischen Reichs vor aller Augen aufgedeckt worden. Dann hatte sich Österreich ohne Schwertstreich in vollem Frieden die Bukowina, Rußland sogar die Krim einverleibt.

---

schrift, unter dem Titel: 1787—91. Über den damaligen Türkenkrieg in Briefen und Mémoires an den Grafen Hertzberg, im Kriegsarchiv aufbewahrt) haben um so weniger über das Persönliche hinaus gehende Bedeutung, als er sich, wie es scheint, bald nach seiner Ungnade, die aus Differenzen mit Bischoffwerder über eine Reform der Heeresetats hervorging, nach Dänemark zurückzog und im October 1789 dänischer Generallieutenant wurde. Von Interesse ist nur, daß er stets eine Ausnutzung der günstigen Weltlage durch Preußen für unmöglich erklärt, wenn nicht Hertzberg die unumschränkte Direktive aller einschlägigen Angelegenheiten habe. Die ganze Schuld der verfehlten Politik bis 1790 giebt er „den Einfluß habenden Personen".

Jetzt hatten die Türken, von Rußland fortwährend gereizt, angegriffen. Das Mindeste, was zu erwarten stand, war, daß Österreich den Bundesgenossen mit einem Korps von 20000 Mann unterstützen würde. Wenn nun gar Österreich sich mit ganzer Heeresmacht auf Seiten Rußlands stellte, so war vorauszusehen — was denn auch trotz mehrerer vorübergehender Zwischenfälle eingetreten ist — die Okkupation großer türkischer Gebiete auf allen Seiten des Reichs. Im ersten gemeinsamen Feldzug nahmen die Verbündeten Otschakow, Chotin und damit den größten Teil der Moldau, Sabac, Dubica und Novi mit ihren Distrikten und vernichteten die türkische Flotte. Die für den Ruhm der österreichischen Waffen freilich traurige Episode des Einfalls der Türken in das Banat dauerte nur 2 Monate: im November 1788 befand sich kein Türke mehr auf österreichischem Gebiet[14]). Im zweiten Feldzug war der größte Teil von Bessarabien, die ganze Moldau, fast die ganze Walachei, der größte Teil von Serbien und Bosnien in den Händen der Verbündeten. Das war sogar schon viel mehr, als Hertzbergs Plan vorausgesetzt hatte. Hertzberg war eben nicht so leichtgläubig und von Augenblickseindrücken abhängig, wie der preußische Gesandte bei der Pforte, der bald nach seiner Ankunft in Constantinopel den baldigen Untergang des türkischen Reichs prophezeit hatte, sich aber während des Kriegs durch die wohl berechneten Reden türkischer Staatsmänner bekehren ließ und an den Sieg der Pforte glaubte.

Nachdem Hertzberg nach der österreichischen Kriegserklärung die Pforte unter Drohungen hatte sondieren lassen, ob sie zur Abtretung der von ihm vorgesehenen Gebiete bereit sei, und von dem Gesandten die Nachricht erhalten hatte, daß sie eher bis zum letzten Blutstropfen kämpfen werde, hieß es für Preußen warten, bis die vorauszusehenden Niederlagen eintraten. In der Zwischenzeit kam es zum Abschluß der englischen Allianz, die als Stütze einer aktiven Politik nötig war.

II. Die Interessen Englands.

Friedrich II. hatte es verstanden, sein Bündnis mit England mit einer derartigen Selbständigkeit zu vereinigen, daß alle seine wesentlichen Interessen gewahrt blieben. Dieselbe Aufgabe hatte Preußen 1788. Gegenüber den Vorwürfen, die Hertzberg in dieser Hinsicht

gemacht worden sind, wird es sich herausstellen, daß er trotz aller Loyalität gegen den Bundesgenossen und aller Nachgiebigkeit in Fragen, die die Hanptinteressen Preußens nicht berührten, konsequent und, soweit er durch den König gestützt war, auch mit Glück, die spezifisch preußischen Interessen in den Vordergrund gestellt hat.

Seit dem Unabhängigkeitskrieg und dem russisch-österreichischen Bündnis war England in einer sehr mißlichen Lage. Da die Versailler Allianz in voller Kraft bestand, drohte ihm nichts Geringeres als eine große Koalition sämtlicher Kolonial- und Militärmächte mit Ausnahme Preußens. Mit großer Vorsicht hat Pitt ganz allmählich diese Isolierung Englands zu beseitigen gewußt. An eine Versöhnung mit Frankreich von einiger Dauer war noch nicht zu denken. Auch der berühmte Pittsche Handelsvertrag trug nur zur Erbitterung der Franzosen bei; denn er wurde auf Kosten der französischen Industrie geschlossen, um nur der erschöpften Staatskasse durch erhöhte Zolleinnahmen eine momentane Erleichterung zu gewähren [1]). England war also nach wie vor auf die Verbindung mit einer der deutschen Mächte angewiesen. Am wünschenswertesten wäre es freilich gewesen, wenn die beiden Hauptnachbarn Frankreichs nicht fortwährend ihre Kräfte gegen sich selbst gewandt hätten. Versöhnung der beiden Mächte oder aber völlige Auffaugung der einen durch die andere [2]) war das natürliche Ideal englischer Staatsmänner. An der Durchführung ihrer Alleinherrschaft in Deutschland waren sie aber beide durch ihre Bundesgenossen gehindert. Die russische Politik verstrickte Österreich in die orientalischen Angelegenheiten, und Preußen war eine aktive Politik im Reich durch den Fürstenbund unmöglich gemacht. Dieses Hülfsmittel zur Zeit der Isolierung [3]) hatte den kleinen Staaten Sicherheit nicht nur gegen österreichische, auch gegen preußische Vergrößerungsabsichten gewährt. Bundesgenossen, namentlich deutsche, mußten mit Rücksicht behandelt werden. Hertzberg sagt einmal dem Könige, ein vorwiegender Einfluß in Polen sei gegenwärtig wesentlicher für Preußen als der in Deutschland, wo die Macht der verschiedenen Souveräne bereits zu beträchtlich und zu sehr geteilt sei, als daß Preußen imstande wäre, den größten Teil derselben dem österreichischen Rivalen zu entreißen [4]). Eine Versöhnung der beiden Mächte war schon eher denkbar. Es ist nicht bekannt, ob die englische Diplomatie die ersten Annäherungsversuche zwischen Berlin und Wien nach dem Tode Friedrichs II. bemerkt und unterstützt hat. Der Gedanke tauchte gleichzeitig an beiden Höfen auf. Josef hielt noch bis an den Sep-

tember 1787 hinein seinem Vertrauten Cobenzl gegenüber daran fest, daß eine Verständigung mit Friedrich Wilhelm prinzipiell wünschenswert sei[5]), obwohl er durch Kaunitz von der augenblicklichen Unzweckmäßigkeit der Ausführung überzeugt war. Vielleicht ist neben anderen Ursachen, wie dem bevorstehenden Krieg mit der Pforte und der Schwäche Frankreichs, auch dieser friedlichen Stimmung Josefs zuzuschreiben, daß er dem preußischen Vorgehen gegen Holland nichts in den Weg gelegt hat, das doch indirekt auch gegen Österreich gerichtet war[6]); bei der gleichzeitigen Gährung in den österreichischen Niederlanden wäre eine militärische Demonstration sehr leicht möglich gewesen. In Berlin arbeiteten zur selben Zeit die Günstlinge des Königs, Bischoffwerder und Wöllner, daran, eine Zusammenkunft der Monarchen herbeizuführen. Im Juli 1787 stellte Bischoffwerder durch Vermittlung des Erziehers des Kronprinzen, des Grafen Brühl, direkt den Antrag auf eine Zusammenkunft[7]). Woran die Ausführung damals scheiterte, ist im einzelnen nicht bekannt. Bei der Thronbesteigung Leopolds erhielt der Gedanke der Versöhnung größere Bedeutung. In den ersten Jahren Friedrich Wilhelms hatte England aber noch zwischen Österreich und Preußen zu wählen.

Die wünschenswerteste Allianz war zweifellos diejenige Österreichs. Die Zerstörung des Versailler Bündnisses bildete stets eine Hauptaufgabe der englischen Diplomatie. Noch 1786, 2 Jahre vor Abschluß der preußischen Allianz, hat der Staatssekretär des Auswärtigen die österreichische als die weitaus vorteilhafteste bezeichnet[8]). Auch Harris, der einflußreiche Agitator für die Weltstellung Englands, war dieser Meinung. Als zweite der wünschenswerten Verbindungen mit einer Militärmacht erschien die mit Preußen; man sah es aber am liebsten, wenn Rußland oder wenigstens Dänemark ihren Beitritt erklärten, wodurch England, wie Fox sich ausdrückte, das ganze Baltische Meer und das ganze Europäische Schiffsbaumaterial in der Hand gehabt haben würde. Für das Bündnis mit Preußen sprach in den Augen Fox' noch ganz besonders, daß man es hier mit Friedrich II. zu thun hatte, dessen Entschiedenheit, Scharfsinn und geschäftsmäßige Klarheit eine vorteilhafte Zugabe seien. Das waren allerdings die Eigenschaften, welche dem Neffen Friedrichs am meisten mangelten; nichts destoweniger versprach die Allianz mit Preußen große Vorteile. Allianzen.

Ein politisches Bündnis mit Rußland allein hatte für England keinen materiellen Wert[9]). Die Bedeutung guter Beziehungen zum Petersburger Hof bestand, von Handelsvorteilen abgesehen, darin, daß

von hier aus der Weg nach Berlin sowohl als Wien ging, da Rußland stets mit einem der beiden Staaten in Allianz stand. Der sanguinische Staatssekretär des Auswärtigen, der Marquis of Carmarthen, später Duke of Leeds, hoffte eine Zeit lang von Petersburg aus das Versailler Bündnis aus den Angeln zu heben. Aber es kam zu der umgekehrten Entwicklung. Von Katharina gingen vornehmlich die Bestrebungen aus, eine Quadrupleallianz der bourbonischen und der kaiserlichen Höfe herzustellen.

Eine sehr wertvolle Verbindung war die mit Holland; Lord Auckland, der langjährige Gesandte im Haag, hat sie sogar einmal als die einzige von großem, von solidem Wert in Europa bezeichnet[10]). Die Häfen und Docks der holländischen Kolonien standen dadurch der englischen Flotte offen, was im Krieg um Indien von unschätzbarer Bedeutung war; dazu kamen sehr einträgliche Handelsbeziehungen. Es war die erste Verbindung, die England nach dem Pariser Frieden hergestellt hat.

Ein im September 1787 zu Zeit der Mobilmachung gegen Frankreich mit Hessen-Cassel abgeschlossener Vertrag stellte England auf 4 Jahre 12000 Mann zur beliebigen Verfügung.

Die Allianz mit Preußen erfolgte erst, als man endgültig auf die Lostrennung Österreichs von Frankreich verzichten mußte. Die erste Annäherung war durch den Fürstenbund erfolgt, und zwar war Preußen die Macht, die hierdurch die größere Verpflichtung übernommen hatte. Die hannöversche Politik war von der englischen immer wieder ohne Schwierigkeit zu lösen, während für Preußen eine Annäherung an Frankreich fortan unmöglich gemacht war, wenn man nicht auf das Weiterbestehen des Fürstenbunds verzichten wollte. Das Bündnis von Loo und Berlin hat dann für England hauptsächlich den Wert gehabt, daß Preußen den englischen Einfluß in Holland oder besser das englische Protektorat über Holland garantierte. Und fernerhin konnte England jetzt mit besserer Aussicht auf Erfolg den Koalitionsbestrebungen entgegentreten, deren Mittelpunkt sich in Petersburg und Paris befand[11]).

Die Allianz Österreichs mit Rußland hatte zunächst keine Annäherung Rußlands an Frankreich bewirkt. Im Gegenteil, in mehr als einem Punkt schlug sie den traditionellen Interessen Frankreichs ins Gesicht. Aber die Erschöpfung der Finanzen, die 1787 vor aller Welt zu Tage trat, zwang es, allmählich eine nach der anderen seiner branches détachées aufzugeben. In rascher Folge verschwand der

Kontinentale Koalitionsbestrebungen.

französische Einfluß aus Holland, das seit dem Nordamerikanischen Krieg eine Domäne der französischen Politik gewesen war, aus Schweden, einem der ältesten Bundesgenossen Frankreichs (1788), aus der Türkei, die Mirabeau einmal als eine französische Kolonie bezeichnet, und endlich sogar aus dem durch den Familientraktat so eng verbundenen Spanien (1790). Einen gewissen Ersatz schien eine Zeitlang ein Bündnis mit Rußland zu bieten, wenn es ohne Krieg zu erreichen war. Bei der wachsenden Gegnerschaft Englands und Rußlands schien auch der Zarin ein Bündnis mit Frankreich von großem Vorteil; bei den Quadrupleallianz-Verhandlungen ist sie der treibende Faktor gewesen.

Nachdem die Engländer nicht wenig zum Ausbruch des Kriegs mit der Pforte beigetragen[12]) und so die Franzosen gleichzeitig mit der holländischen Verwicklung in die schwierige Lage versetzt hatten, die Pforte, ihren alten Alliierten, aufgeben zu müssen oder mit den Kaiserhöfen in Streit zu geraten, ergriff Montmorin, der Nachfolger Vergennes, der im Februar 1787 gestorben war, die weniger ehrenvolle, aber notwendige Politik einer Verständigung mit Rußland. Zwar machte der französische Gesandte in Constantinopel noch vermittelnde Vorschläge, als der Krieg schon unvermeidlich schien, den der Leichtsinn Katharinas zu früh heraufbeschworen hatte[13]), aber die Türkei sollte nachgeben, nicht Rußland. Als dann der Krieg wirklich losbrach, tauchte der Gedanke auf, Frankreich könne sich vielleicht an der türkischen Beute beteiligen. Der Besitz Ägyptens, das bisher nur der Schauplatz mühsamer und unsicherer Handelsunternehmungen gewesen war, war eine lockende Aussicht. Aber nur mit äußerster Vorsicht ging Montmorin an eine Verbindung mit Rußland heran. Eine Allianz mit einem im Krieg befindlichen Staat konnte leicht den eigenen darin verwickeln, und Frankreich war gänzlich ungerüstet. Der Gesandte in Petersburg Graf Ségur, ein eifriger Vertreter der russischen Allianz, schlug auf Antrag Katharinas seiner Regierung zunächst eine Quadrupleallianz mit dem Zweck des Schutzes Polens vor[14]), — also auch von dieser Seite, sieht man, drohten der preußischen Politik Fallstricke. Da auf eine Teilnahme Rußlands an einem Krieg Frankreichs gegen England nicht zu rechnen sei, so, meinte Ségur, solle Rußland in dem Abkommen die Neutralität während einer solchen Verwicklung gestattet werden. Die französische Regierung wies diesen Vorschlag zurück, als zu wenig ihren Interessen Rechnung tragend. Katharina begann schon mißmutig zu werden. Sie schrieb an Grimm (17. Januar 1789): „Die armen Leute sind viel zu tückisch, als daß sie sollten

gegen uns oder vor uns was Offenherziges fürnehmen. In 15 Monaten sind wir so weit vorgerückt, als wir waren. . . . . Nicht einmal wollen sie Bruder Gu*) ein Wörtchen sagen wegen sein unartiges Betragen“ [15]). Sie war bisweilen sogar nicht ohne Argwohn, daß ein gewisses Einverständnis zwischen Frankreich und England oder wenigstens die Absicht eines solchen obwalte, wonach Frankreich den Engländern freie Hand in Indien, und diese umgekehrt Frankreich freie Hand in der Levante lassen wollten [16]), und sie hatte nicht ganz Unrecht; es kam allerdings zeitweilig zu direkten Vorschlägen Pitts über ein Einvernehmen der beiden Mächte [17]). Zu Anfang 1789 fanden aber immerhin noch einmal intensivere Verhandlungen statt. Der Graf Nassau-Siegen, früherer französischer Marineoffizier, nunmehr russischer Admiral, ein Instrument Ségurs (er hat ihm eine Instruktion auf die Reise mitgegeben) und andererseits Vertrauter Katharinas und so gewissermaßen Repräsentant beider Mächte, wurde nach Madrid gesandt, um den dortigen Hof zu sondieren, dessen Beitritt Frankreich als unumgänglich ansah. Aber Spanien verhielt sich ablehnend. Das genügte, um die französische Regierung in ihrer Reserve zu bestärken. Im März 1789 übersandte Montmorin ein Vertragsprojekt, in dem nicht nur an einer direkten Hülfeleistung Rußlands im Fall eines Kriegs mit England festgehalten war; das auch überhaupt erst zum Abschluß kommen sollte, wenn der Friede mit der Pforte hergestellt war und, was weit wichtiger, wenn die innere Lage Frankreichs sich geklärt habe. Er versprach, den 1788 abgelaufenen Vertrag mit Schweden nicht zu erneuern. Ségur wandte gegen diesen Aufschub sofort ein, daß Katharina auf eine Hülfeleistung gegen England höchstens eingehen werde, so lange sie, wie gerade jetzt, in fortwährender Angst vor der englischen Flotte sei, er fand aber kein Gehör. Allerdings wurde nun in der ganzen ersten Hälfte des Jahres in Constantinopel über den Frieden verhandelt; noch einige Wochen über die Thronbesteigung des reformfreundlichen Selim hinaus, der mit Louis XVI. in Korrespondenz gestanden hatte [18]), war die Hoffnung nicht gänzlich verloren. Was aber den ganzen Verhandlungen mit Rußland die Spitze abbrach, war die Vertröstung auf die Zeit, wo die innere Lage eine Besserung erfahren habe. Mit dem Ausbruch der Revolution schwand allmählich auch die Neigung Katharinas, mit Frankreich in Verbindung zu treten.

---

*) Mit Gu bezeichnete Katharina Friedrich Wilhelm, mit Ge Georg III. Gegu hieß die feindliche Allianz.

Wie man sieht, Rußland war die Seele der Quadruppleallianz-Bestrebungen. Es ist denn auch seit dem Ausbruch des Türkenkriegs und der Demütigung Frankreichs im Oktober 1787 derjenige Teil des russisch-österreichischen Bündnisses gewesen, auf dessen Bekämpfung es der englischen Diplomatie vornehmlich ankam. Seit dem belgischen Aufstand des Jahres 1787, der vorübergehend beigelegt wurde, hatten Österreich und England das gemeinsame Interesse, zu verhüten, daß diese Provinzen unter den Einfluß oder gar in die Hände Frankreichs kamen. Josef kannte sehr wohl diese wunde Stelle Englands und er hat einmal, als die Engländer ihm in ihrer Unterstützung der preußischen Pläne zu weit zu gehen schienen, damit gedroht, im Notfall diese Gebiete an Frankreich überlassen zu wollen. Ein Krieg zwischen England und Österreich war sinnlos, weil ohne Gegenstand, sobald Frankreich sich nicht beteiligte. Verhältnis Englands zu Rußland und Österreich.

Ganz anders lag das Verhältnis zwischen Rußland und England. An eine direkte oder indirekte Bedrohung englischer Territorien durch Rußland war nicht zu denken. Man spielte damals wohl mit dem Gedanken einer russischen Expedition nach Afghanistan [19]), es kam aber nicht zu der ernstlichen Absicht. An dem Fortbestand der Türkei hatte England noch kein direktes Interesse. Die möglichen Repressalien Rußlands gegenüber England beschränkten sich auf Maßregeln, wie die Seeneutralität, Erhöhung der Zölle auf britische Waren u. ä. Andererseits hatte es England in der Hand, durch seine Flotte nicht nur die griechischen Pläne Katharinas im Keime zu ersticken, indem es die russische nicht in das Mittelmeer hineinließ, es war auch mit thatkräftiger Unterstützung Schwedens nicht schwer, die kleine russische Seemacht völlig zu erdrücken. Diese letztere Kombination wurde allerdings erst möglich, seit Frankreich gezwungen war, auch diesen alten Bundesgenossen aufzugeben. 1788 erhielt Schweden die letzten Subsidien von Frankreich [20]).

Bisher hattte nun, trotzdem Rußland der Haupturheber der Seeneutralität war, die ausschließliche Richtung der englischen Politik gegen Frankreich und die Größe der englischen Handelsinteressen in Rußland eine ernstere Verstimmung zwischen den beiden Mächten verhindert [21]). Nicht weniger als $^3/_4$ der russischen Produkte wurde durch England bezogen, dessen Geld auch teilweise überhaupt erst ihre Erzeugung ermöglichte. 1786 aber lief der Handelsvertrag mit Rußland ab, und Rußland stellte so hohe Forderungen, daß selbst die russische Handelskompagnie der Regierung von einem neuen Vertrage abriet. Seitdem

hatten englische Waren 20—100 % Zoll zu bezahlen. Im folgenden Jahr schloß dann Rußland einen Handelsvertrag mit Frankreich ab. Die mehrmals von englischer Seite gemachten Allianzanerbietungen waren stets zurückgewiesen worden. Als nun die Schwäche Frankreichs in der holländischen Frage vor aller Augen aufgedeckt wurde, erhielt England gegenüber Rußland freie Hand, und im weiteren Verlauf des Kriegs mit der Pforte wurde es zum Hauptgegner Englands, auf dessen Demütigung es Pitt vor allem ankam. Rußland war die Seele der Quadrupleallianzbestrebungen, weil es der treibende Faktor in der Allianz der Kaiserhöfe war. An ein Herüberziehen Österreichs zu England war nicht zu denken, solange die ausschweifende Expansionsbegierde des russischen Staates den Bundesgenossen zwang, Schritt zu halten. Dem englischen Kabinett war eine mäßige Ausdehnung der beiden Staaten an sich gleichgültig. Was ihm gefährlich schien, war das Fortbestehen dieser mächtigen Allianz überhaupt, und sie bestand nur fort, solange Rußland in seiner glücklichen Eroberungspolitik fortfuhr. Die Losung der englischen Politik zur Zeit des Türkenkriegs ist Sprengung des österreichisch-russischen Bündnisses unter möglichster Schonung Österreichs und möglichster Demütigung Rußlands *). Besonders schwierig war die Aufgabe noch deshalb, weil die Allianz, 1781 auf 8 Jahre geschlossen, keinesfalls mitten im Krieg mit der Pforte zur Auflösung kommen konnte, also zweifellos 1789 auf 8 Jahre erneuert wurde.

Das waren ungefähr die Interessen Englands.

III. Gegensatz der englischen und preußischen Interessen.

Welche waren die Preußens? Die Auflösung der österreichisch-russischen Allianz mußte auch die Losung der preußischen Politik sein, und zwar entsprang sie geradezu seinen Lebensinteressen. Es war un-

*) Lecky (history of England V), von der inneren Politik Pitts ausgehend, spricht stets von seiner ausgeprägten Friedensliebe. Seit der Gesundung der englischen Finanzen nach dem Versailler Frieden muß aber die englische Politik als eine im höchsten Grad offensive bezeichnet werden. Innerhalb von 5 Jahren konnte es infolge ihrer aggressiven Haltung zu 3 großen Kriegen kommen (1787 mit Frankreich, 1790 mit Spanien, 1790 und 1791 mit Rußland), von partiellen Rüstungen ganz abgesehen. Von einer Absicht Rußlands bei Ausbruch des Türkenkriegs, mit Dänemark zusammen Schweden zu berauben (Lecky 230) kann nicht die Rede sein. Gustav III. war der Angreifer.

bedingtes Erfordernis seiner Existenz, daß es mit einem seiner drei noch immer übermächtigen Nachbarn oder mit England in Allianz stand. Ein englisches Bündnis aber versprach nie Dauer. Nachdem die Schwäche Frankreichs dazu geführt hatte, mußte es Aufgabe der preußischen Politik sein, die Trennung der Kaiserhöfe herbeizuführen. Aber ganz umgekehrt wie bei England, hieß es bei Preußen, unter möglichster Erniedrigung Österreichs und möglichster Schonung Rußlands. Einen Krieg gegen Rußland konnten nur Phantasten als in Preußens Interesse gelegen erklären, wie Bischoffwerder, v. d. Goltz, Diez, der Gesandte in Constantinopel, und der Graf Lusi, einer der nicht seltenen Ausländer in der preußischen Diplomatie. Von Rußland war nichts zu gewinnen, ebensowenig ein Angriff von Seiten Rußlands zu befürchten, das ganz in seinen orientalischen Plänen aufging. Katharina war nicht mehr jung; der Großfürst aber stand in regem Briefwechsel mit Friedrich Wilhelm und bezog eine bedeutende Anleihe aus dem preußischen Tresor [1]). Sollte man durch einen Angriffskrieg dieses günstige Verhälnis verscherzen? Auch Friedrich II. hatte den größten Wert darauf gelegt [2]). Hertzberg glaubte, die nötigen Erwerbungen in Polen auch ohne Krieg mit Rußland durchführen zu können, solange es gegen die Pforte beschäftigt war, und die spätere Entwicklung hat ihm Recht gegeben.

Verhältnis Englands und Preußens zu Rußland.

Aus dem Gegensatz der Interessen der beiden Alliierten und aus dem allmählichen Sieg der englischen über die preußischen erklärt sich der Verlauf der preußischen Politik bis zum Kriege mit Frankreich, ja bis zum Baseler Frieden zum großen Teil. Hertzberg freilich verlangte von England weiter nichts, als daß es Preußen den Rücken gegen einen etwaigen Angriff Frankreichs oder Dänemarks decke. Dies Verlangen war an und für sich kein großes, und zudem die Wahrscheinlichkeit eines französischen Angriffs sehr gering. Hertzberg aber besaß nicht die alleinige Leitung der Politik.

Der Gegensatz trat gleich zu Beginn des Türkenkriegs hervor, als die beiden Mächte noch nicht verbündet waren. Der englische Gesandte in Constantinopel schürte, ob direkt instruiert, oder auf eigene Verantwortung, jedenfalls im Sinne seines Hofs, die kriegerische Leidenschaft der Pforte, um Frankreich Verlegenheiten zu bereiten. Zugleich aber war dieser Schritt eine Rücksichtslosigkeit gegen Rußland, da es trotz seiner Provokationen keineswegs gerüstet dastand. Wenn der preußische Gesandte wirklich zugleich mit dem englischen die Pforte in ihrer kriegerischen Stimmung bestärkt hat [3]), so handelte er gegen die Absichten

der Berliner Regierung. Während dann Preußen in Petersburg die Erneuerung der Allianz anbot, erließ England ein Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial, das die russische Regierung angekauft hatte[4]). Auch die geringsten, der russischen Kriegsführung früher stets gewährten Erleichterungen wurden nun versagt. Es hieß, man wolle nicht auf Seitenwegen der Pforte entgegen wirken. Im April 1788 beantragte dann England in Berlin die Aufnahme Schwedens in die geplante Tripleallianz[5]), eine Maßregel, die sowohl gegen Rußland als Frankreich gerichtet war. Preußen ging nicht darauf ein und wies auch die Aufforderung Gustavs III. zurück, Dänemark im Zaum zu halten. Dann kam ein englisches Verbot, die russische Mittelmeerflotte durch Lebensmittel zu unterstützen, was in dem letzten Krieg von englischen Kaufleuten eifrig betrieben worden war[6]). Nach dem Ausbruch des schwedischen Kriegs, den Preußen wenigstens nicht gewollt hatte, ja mißbilligte, — ob England, ist ungewiß, — erklärte der englische Gesandte in Kopenhagen, Sir Hugh Elliot, einer der vielen ausgezeichneten Diplomaten Englands in dieser Zeit, am 24. August, England werde Dänemark gestatten, seinen vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen Rußland nachzukommen, es werde aber nicht dulden, wenn es die stipulierte Zahl von 12000 M. überschreite[7]). Im übrigen unterließ er nichts, um Dänemark vom Krieg abzuhalten. Als es schließlich nach langem Zögern doch gegen Schweden losbrach, unter der Fiktion, daß seine Truppen als russische Hülfsvölker anzusehen seien, daß sich die dänische Regierung also nicht im Kriegszustand mit Schweden befinde, unternahm es Elliot sofort, eine Vereinbarung der beiden Staaten herbeizuführen. Gustav, in Gothenburg eingeschlossen und des sicheren Untergangs gewärtig, legte sein Geschick in die Hände Englands, und am 9. Oktober schon kam es zum Waffenstillstand vor Gothenburg. Einige Wochen vorher hatte er, ein trefflicher Menschenkenner, in einem eigenhändigen Brief an die Großmut Friedrich Wilhelms appelliert, und am 10. Oktober erteilte der König die Weisung nach Kopenhagen, zu erklären, daß bei weiteren Feindseligkeiten Dänemarks preußische Truppen die Grenze überschreiten würden.

Während so im Norden unter Englands Führung feindselige Schritte gegen Rußland unternommen wurden, verhinderte Preußen in Warschau das Zustandekommen einer russisch-polnischen Allianz, eine Maßregel, die unbedingt geboten war und selbst von den ausgesprochensten Gegnern der Hertzbergschen Politik gebilligt wurde[8]). England hatte bisher kein Interesse gehabt, hier gegen Rußland aufzutreten; es hatte

ja Rußland vornehmlich zu verdanken, daß die englischen Kaufleute in Danzig mit den polnischen und nicht mit den preußischen Behörden zu thun hatten. Die polnische Politik blieb bis zu den Reichenbacher Verhandlungen eine Domäne Preußens, während England von Schweden und der Türkei aus Rußland entgegenwirkte.

Bald nahm die russische Regierung gegenüber diesen beängstigenden Vorgängen eine andere Sprache in London an. Im Dezember 1788 bot der russische Gesandte Pitt durch einen Zwischenträger einen neuen Handelsvertrag an, und zwar wollte Katharina zunächst auf die verhaßten Bestimmungen über die Seeneutralität verzichten [9]). Aber das Entgegenkommen der englischen Regierung war jetzt zu Ende. Und auch die Hoffnung Katharinas, daß der Opposition die Einsetzung der Regentschaft und damit der Sturz Pitts gelingen werde, erfüllte sich nicht. Im April des folgenden Jahres genas Georg III.

Nicht so weit wie in London kam Rußland in Berlin entgegen [10]). Aber der Ausbruch des schwedischen Kriegs und das Auftreten Preußens in Warschau hatte doch auch diesem gegenüber eine mildere Stimmung erzeugt. Nesselrode, der im August 1788 an die Stelle Rumiantzoffs, des bisherigen Berliner Gesandten, eines aus Natur und Prinzip hochfahrenden Mannes, trat, erhielt im Oktober den Auftrag, positiv zu erklären, daß das Bündnis Rußlands und Österreichs niemals beabsichtigte und beabsichtigen werde, irgendwie die Ruhe und das Gedeihen der Regierung Sr. M. zu stören. Das war doch schon eine andere Sprache, als sie Rumiantzoff 1785 führte, wo er den Auftrag hatte, Sr. M. klar zu machen, daß die Kräfte der preußischen Monarchie von ihm über die seinen Nachbarn genehmen Grenzen emporgehoben seien. Nesselrode sollte alles anwenden, um einen Bruch mit Preußen zu verhüten.

Zum Verzicht auf den Türkenkrieg wollte Katharina sich durch den Wiener Hof nicht bestimmen lassen. Im Oktober machte sie den Vorschlag, den Krieg gegen die Pforte defensiv weiter zu führen und sich offensiv gegen Preußen zu wenden [11]). Dieser Antrag sollte wahrscheinlich Österreich nur den guten Willen Rußlands beweisen *). Denn es

*) Nach Ssolowjow, Geschichte des Falls von Polen (übers. von Spörer, Gotha 1865) 197 war das Konseil Katharinas vom 18. September 1788 mit Ausnahme Schuwalows ernstlich für Defensive in der Türkei und Offensive gegen Preußen, falls dasselbe auf seinem Vermittlungsvorschlag bestehe. Man müsse sich alsdann mit Frankreich verständigen. Trotz des schroffen Vorgehens Preußens

war von vornherein klar, daß der Bundesgenosse nicht darauf eingehen konnte. Ein energischer Krieg gegen die Pforte und Preußen zugleich war für Österreich nicht denkbar. Josef war entrüstet; wenn Rußland den Krieg mit Preußen wolle, dann müsse es auch Frieden machen; wenn es den Krieg fortführen wolle, dann müsse es auch in Schweden und Polen Preußen nachgeben. Eher als einen doppelten Krieg führen werde er die russische Allianz aufgeben [12]). Es blieb dabei, daß die Hauptmasse des österreichischen Heeres an der Donau festgehalten war.

Das Verhältnis Preußens zu Rußland war also noch keineswegs ein materiell feindseliges. Preußen hatte dem Nachbarstaat nur bedeutet, wie sehr ihm eine Verständigung mit Preußen in der polnischen Politik Not thue, daß Preußen nach Hertzbergs Ausdruck wohl Rußlands Verbündeter, aber nicht sein Sklave sein wolle [13]).

IV. Die Lage Österreichs Herbst 1788 bis Sommer 1789.

Es ist später öfters gesagt worden, Preußen hätte schon im Lauf des Jahres 1788 den Verbündeten oder Österreich allein seine Forderung als Ultimatum stellen müssen [1]). Das wäre aber unmöglich oder doch unpraktisch gewesen. Erst im August wurde das englische Bündnis geschlossen. Preußen konnte nicht sofort mit seinen Plänen hervortreten, die mit den Ansichten der Engländer durchaus nicht übereinstimmten.

Im Herbst 1788 wurde es Josef klar, daß es möglicherweise zum Kriege mit Preußen kommen werde. Denn er hatte die feste Absicht, nichts von Galizien herauszugeben. Er hat einmal gesagt [2]): „Galizien abzutreten, da muß man es eher auf alle Extremität ankommen lassen, da dessen Verlust für die Monarchie noch weit empfindlicher als die Niederlande selbst wäre, weil dieser dem König von Preußen eine wahre Vergrößerung verschaffte". Wenn Friedrich Wilhelm also auf seinen Absichten bestand, so bedeutete das für Österreich den Krieg mit zwei Fronten. Mit großer Besorgnis sprach sich der Kaiser gegen Kaunitz darüber aus. Die 282000 M., die er augenblicklich auf Kriegs-

---

in Warschau drang aber allmählich die Meinung Schuwalows durch, die auch Potemkin teilte: Verständigung mit England und Preußen zur Ermöglichung energischer Fortsetzung des Türkenkriegs.

fuß gegen die Pforte habe, seien gerade hinreichend, um die langgestreckte Grenze zu schützen. Die Monarchie sei geradezu verloren, wenn man zugleich mit der Pforte und Preußen Krieg führen müsse. Die Vorstellung Kaunitz', daß Österreich die siegreichsten Kriege gegen große Koalitionen geführt habe, verfing nicht. Der Kaiser meinte, Preußen habe jetzt eine ganz andere Stellung als 1740. Von solcher Furcht war er durch die drohende Stellung Preußens erfüllt, daß er sogar dahin kam, den ruhmlosen Zustand, wo er von den Türken nur wenig erobert und sogar verloren hatte, noch als einen relativ günstigen zu bezeichnen, weil die Absichten Preußens ja gerade österreichische Eroberungen zur Grundlage hätten. Der status quo und Friede auf dieser Grundlage, meinte er, sei das einzige Mittel, um dem König von Preußen und seinen Ministern durch den Sinn zu fahren [3]). Später führte er einmal gegen Kaunitz als Grund dafür, daß Österreich auf Erwerbung der westlichen Balkanländer und nicht der Walachei zu sehen habe, an, daß der König von Preußen ja gerade diese österreichische Erwerbung wünsche, um sein großes Projekt auszuführen. Es sei also weiser, wenn man sich garnicht in die Lage versetze, die Walachei zu erwerben [4]). Die österreichische Politik und Kriegführung war also durch die Furcht vor einem preußischen Angriff völlig lahmgelegt.

Während der ganzen ersten Hälfte des Jahres 1789 wurde nun auch wirklich über den Frieden verhandelt. Frankreich machte den offiziellen Vermittler. Die Kaiserhöfe waren übereingekommen, daß ein Separatfriede mit ihrer Allianz vereinbar sei [5]). Die Russen waren nach der Einnahme Otschakows im Dezember dem Frieden noch weniger geneigt. Aber auch zwischen Österreich und der Pforte kam er nicht zu stande. Zeitweilig übernahm auch England hier die Vermittlung [6]), gewiß nicht in Übereinstimmung mit der preußischen Politik. Wenn der Krieg fortgesetzt wurde, und die für Preußen günstige Lage anhielt, so hatte es das weder seinem unfähigen Constantinopler Gesandten, der von diesen Friedensverhandlungen überhaupt nichts gemerkt zu haben scheint, noch seinem Bundesgenossen zu danken. Es waren hauptsächlich die Illusionen eines jungen Herrschers, der im April 1789 den erledigten Thron der Khalifen bestieg, und der unverständige Fanatismus der Türken, der sie zur Fortsetzung des Kriegs antrieb und weiteren schweren Niederlagen entgegenführte.

V. Glänzende Lage Preußens im Sommer 1789.

Im Sommer 1789 war die Lage für Preußen außerordentlich günstig. Wenn den Alliierten eine Zeitlang die Gefahr einer Quadruple-allianz gedroht hatte, der turbulente Zustand Frankreichs hatte diesen Bestrebungen ein sicheres Ende gesetzt. Frankreich war als not politically existing zu betrachten. Österreich hatte vergebens versucht, mit der Pforte Frieden zu schließen. Mit der Thronbesteigung des neuen Sultans war der Kriegseifer der Türken neu entbrannt. Trotz der Erfolge am Ende des vorigen Feldzugs war der Eindruck der österreichischen Niederlagen im Herbst noch nicht verwunden. Von Rußland drohte keine Gefahr. Der König von Schweden hatte durch seinen zweiten glänzend ausgeführten Staatsstreich die Offensivkraft des Staats erhöht und war Ende Mai*) durch preußische, im Juli durch türkische Subsidien so weit unterstützt, daß er den nächsten Feldzug mit Energie fortsetzen konnte. Dänemark erklärte endlich am 6. Juli formell seine Neutralität [1]). Die russische Armee hatte ihren alten Stützpunkt im Türkenkrieg, Polen, verloren. Immer mehr gewann in Petersburg die Meinung an Gewicht, daß man eine ernstliche Verständigung mit England suchen müsse, da die Hoffnung auf Frankreich völlig aufzugeben sei. Traurig war die Lage Österreichs. Vor allem der Kaiser todkrank, der die Seele aller Unternehmungen war. Im Juni fand die entscheidende Sitzung der Stände in Brüssel statt, durch die der Abfall der belgischen Provinzen eigentlich entschieden war. Die Gährung in Ungarn war stark genug, um Besorgnisse einzuflößen. Bis jetzt hatte die mächtige Allianz keine Erfolge errungen, die den großen Erwartungen entsprachen. Es charakterisiert die Gesamtsituation Österreichs, wenn Kaunitz als durchschlagenden Grund für die Erneuerung des Bündnisses im Mai 1789 nicht etwa die Hoffnung auf Erwerbungen,

*) In der Berliner Konvention vom 31. Mai lieh Preußen dem König 1 100000 Thlr. zu 3½ % auf 2 Jahre. Gustav hätte lieber gesehen, wenn er 3 Mill. Thlr. zu 4 % auf 4 Jahre gegen Verpfändung Vorpommerns mit Ausnahme von Stralsund erhalten hätte. Hertzberg riet davon vorsichtigerweise ab: 3 Mill. seien zu viel bei der Aussicht auf Krieg; Pommern ohne Stralsund genüge nicht. (Hertzberg an den König 22. Juli, vor der Ratifikation des Maivertrags. G. St. A.) Auffallend ist, daß englische Subsidien an Schweden nicht bekannt sind. Vielleicht versteckt sich hinter der türkischen eine englische. — Die preußischen Anleihen an Schweden und die für die Pforte geplanten (vgl. die Anm. in Kap. XV) haben einen mehr finanziellen als politischen Charakter.

Einschränkung Preußens u. dgl. anführt, sondern „die imminente Gefahr, die aus der Nichtexistenz der Allianz entspringe". Aber nicht nur die allgemeinen Verhältnisse machten die Kaiserhöfe zu Gegnern, die wohl mit einiger Energie einzuschüchtern waren, auch die militärische Lage provozierte geradezu einen entscheidenden Schlag Preußens. Wahrscheinlich im Vertrauen auf die Unbeweglichkeit des Königs hatte Josef die Grenzen fast völlig von Truppen entblößt gelassen. Erst im Winter hat er den notwendigen Schutz verfügt, als die Kunde von den Allianzverhandlungen Preußens den Krieg als unvermeidlich erscheinen ließ. Rußland war durch Schweden genügend in Schach gehalten, als daß es hätte schaden können.

Hertzbergs Vorschläge.

Hertzberg[2]) hatte seine Politik den Ereignissen entsprechend modifiziert. Überzeugt, daß der Kaiser auf seine Cessionsvorschläge nicht eingehen würde, riet er dem König, bei Gelegenheit der schlesischen Revue zwei Armeekorps zusammenzuziehen und in Form eines Ultimatums mit kurzer Frist eine Deklaration im Sinne seines Cessionsplans an die Kaiserhöfe zu erlassen. Sobald die erwartete ablehnende Antwort eintraf, sollte Preußen nun nicht etwa seine ganze Heeresmacht gegen Österreich wenden, sondern es sollte ohne weiteres sich in Besitz der Beute setzen, die es als seinen Bedürfnissen entsprechend ansah. Statt Danzig, Thorn und der beiden Palatinate, lag es aber jetzt in Hertzbergs Absicht, den größten Teil, vielleicht sogar ganz Großpolen zu okkupieren, ungefähr das Gebiet, das Preußen außer den beiden Städten bei der zweiten Teilung erhalten hat. Mit dem Besitz des ganzen Hinterlandes ergab sich dann der von Danzig von selbst. Keiner der beiden Gegner war im Stande, einen solchen Schritt zu hindern. Von Rußland war höchstens zu befürchten, daß es sich auch einige Stücke Polens aneignen werde. Hätte Österreich und gegen alle Erwartung auch Rußland Miene gemacht, sich gegen Preußen zu wenden, dann fiel diesem die Allianz mit der Pforte von selbst in den Schoß[3]). In Polen selbst hatte die preußische Politik mit Geschick dahin gearbeitet, die Republik völlig zu isolieren[4]). Unter Ausbeutung des Hasses gegen Rußland, der sich fast aller Kreise in Polen bemächtigt hatte, hatte es Lucchesini durchgesetzt, daß die Polen den Abzug der russischen Truppen aus ihren Provinzen verlangten. Ingrimmig hatten die russischen Generale der Aufforderung der Deputation Folge geleistet, die die unklugen Polen noch mit besonderen

Demütigungen verbanden. Polen war mit Haut und Haar der preußischen Politik überliefert.

Ob Hertzberg bei seinem Plan noch an der alten Absicht, Galizien an Polen zurückgeben zu lassen, festgehalten hat, ist ungewiß, aber höchst wahrscheinlich. Wenn der Friede Österreichs und Rußlands mit der Pforte nicht zu stande kam, wäre auch das wohl ohne besondere Schwierigkeit zu erreichen gewesen. Der Aufstand in Galizien war im August vorbereitet genug [5]). Irgend welche Versprechungen in dieser Hinsicht waren aber in Warschau nicht gemacht worden; auch sonst hatte Preußen keinerlei Verpflichtung gegenüber den Polen übernommen.

VI. Abwendung des Königs von der Hertzbergschen Politik.

Am 15. August 1789 reiste der König zur schlesischen Revue ab. Hertzberg und Finckenstein hatten ihm wiederholt vorgestellt, es sei jetzt ein Moment, wie er nie wieder eintreten werde [1]); kräftige Maßregeln, nicht ungewisse Verhandlungen, müsse jetzt die Losung sein. Aber zur selben Zeit erlitt der Einfluß Hertzbergs einen schweren Schlag [2]). Im Juli kam in Berlin ein vertrauter Abgesandter Katharinas an, Alopäus, der später bekannt gewordene Diplomat, mit dem Auftrag, zu erforschen, wie weit der König in seiner Gegnerschaft gegen Rußland gehen werde. Er wandte sich direkt an Bischoffwerder und erhielt die Versicherung, daß der König ernstlich eine Verständigung mit Rußland wünsche. Er verlangte zunächst die äußerste Geheimhaltung der Verhandlungen. Außer den Souveränen und den beiden Vermittlern sollte nur der Vizekanzler Ostermann eingeweiht sein. Hertzberg war von vornherein ausgeschlossen. Er veranstaltete auf eigene Faust mehrere vertrauliche Unterredungen mit Alopäus, die aber natürlich von geringer Bedeutung waren. Im Mai war die russisch-österreichische Allianz erneuert worden; ob der König davon nichts wußte oder ob er andere Absichten hatte, er bot an und verlangte von Rußland die Herstellung der alten Allianz, wahrscheinlich auch sein Einverständnis zur Erwerbung von Danzig und Thorn. Alopäus erhielt den Eindruck, daß Preußen sich direkt mit der Pforte und Polen alliieren werde, wenn man nicht auf seine Wünsche eingehe. Um dieselbe Zeit wurde der

Generallieutenant von Schlieffen auf Betreiben der Prinzessin von Oranien nach dem Haag und dann nach London entsandt, um mit Pitt und dem König über die holländisch-brabantischen Angelegenheiten in nähere Fühlung zu treten, namentlich auf energische Defensivmaßregeln gegenüber einer möglichen französischen Invasion zu bringen, und zugleich, um dem Berliner Kabinett sicheren Bescheid über den Umfang der englischen Unterstützung im Kriegsfall zu verschaffen. In der Instruktion, die Hertzberg zu diesem Zweck aufsetzte, wünschte der König die Worte, daß Preußen beabsichtige, die Türken zu zwingen, die Moldau und Walachei abzutreten, gestrichen zu sehen. Das war das erste förmliche Abweichen des Königs von den Ansichten Hertzbergs*). Der König ging nach Schlesien, vielleicht nicht mit dem festen Entschluß, aber doch mit dem Hintergedanken, statt Preußen kurzer Hand ein Äquivalent für die Eroberungen der Kaiserhöfe in Großpolen zu verschaffen, dieselben an weiteren Eroberungen überhaupt zu hindern, aber mit der Ausführung dieser Absicht bis zum nächsten Jahre zu warten — und das war der Punkt, um den sich das Interesse der Gegner und Verbündeten Preußens drehte. Von großem Einfluß auf den König scheinen die Erklärungen gewesen zu sein, die das englische Kabinett im Juli in Berlin abgeben ließ*). Es verweigerte, wie das ja der Allianz entsprach, jede Unterstützung preußischer Aktionen, die zum Kriege führen konnten[4]). England hatte in dem noch jugendlichen Josef Ewart einen ausgezeichneten Vertreter in Berlin Im Verein mit dem jungen Legationssekretär hatte Harris seine gegen die splendid isolation angehende Politik bei den Ministern im Wesentlichen durchgesetzt, und bei Abschluß des Bündnisses mit Preußen war Ewart zum ordentlichen Gesandten am Berliner Hof kreiert worden. Er genoß ein ganz ungewöhnliches Ansehen, eine Folge seiner hervorragenden diplomatischen Fähigkeiten, denen auf maßgebender preußischer Seite nur allzuwenig Begabung entgegenstand, und seiner Verbindung mit einer Gräfin Wartensleben — ein Angehöriger dieser Familie hatte zu den nächsten Freunden Friedrich Wilhelms als Thronerben gehört. Auch mit Hertzberg, dem er durch Temperament und geistige Neigungen ähnlich war, stand er auf dem besten Fuße**). Seine Überredungskunst war groß. Ewart.

*) Vgl. z. B. die Äußerungen Hertzbergs in der Denkschrift vom 25. Nov. 1789 im Anhang.

**) Der General von Schlieffen, der bei Hertzberg Abhängigkeit von Ewart zu bemerken glaubte, scheint selbst stark unter seinem Einfluß gestanden zu haben,

Hertzberg hielt die englische Hülfe aber garnicht für nötig. Durch den Ausbruch der Revolution war jede Aussicht auf einen Angriff von Seiten Frankreichs beseitigt. Noch ein anderer Einfluß auf den König hat sich geltend gemacht, der des Finanzministers [6]). Welche Einwendungen Blumenthal gegen eine Schilderhebung Preußens im Sommer oder Herbst vorbrachte, ist nicht bekannt. Der Schatz war wohl gefüllt. Finanzielle Erwägungen brauchten und durften in diesem Zeitpunkt nicht den Ausschlag geben.

In Schlesien ist Friedrich Wilhelm dann in der Abwendung von der Hertzbergschen Annexionspolitik bestärkt worden. Eine auffallend große Zahl angesehener polnischer Herren drängte sich hier um den König [7]). Hertzberg hat ihm später bemerkt, er möge sich doch nicht von den Galiziern und Polen die Impulsion geben lassen, sondern diese Leute nach dem preußischen Interesse lenken; sonst sei die Gefahr, daß man ihnen Galizien geben werde, ohne etwas dafür zu bekommen [8]). Von den Offizieren in der Umgebung des Königs sprachen sich die Generäle Kalckreuth und Erbprinz von Hohenlohe-Ingelfingen für den Anschlag auf Großpolen aus. Die meisten übrigen legten einen besonderen Wert auf die Gährung in den verschiedenen Teilen der österreichischen Monarchie und hielten eine abwartende Ausnutzung derselben für geboten, was ihnen Lucchesini und Jacobi, die sich beide im Manöverlager befanden, auszureden suchten. Alle Offiziere behaupteten übereinstimmend, daß es jetzt unmöglich sei, loszuschlagen. Die Jahreszeit sei zu sehr vorgerückt. Der Feldmarschall Möllendorff war der Ansicht, die auch der abwesende General Schlieffen teilte, man müsse warten, „damit die versprechenden Aussichten erst noch eine bestimmtere Gestalt überkämen und die Widersacher sich länger ermatteten" — d. h. er war ein Anhänger der lendenlahmen Politik, die das Heil von den Fehlern des Gegners erwartet. Der Herzog von Braunschweig trieb im Fahrwasser seiner Verwandten, der Engländer. Er wünschte wahrscheinlich sogar völlige Neutralität während dieser mehrjährigen Krise der preußischen Lebensinteressen. Der Graf Lusi, ein intriganter Korfiot, diplomatischer Dilettant, wie der bedeutend fähigere Lucchesini, malte dem König das Bild eines seiner Söhne auf dem polnischen Königsthron aus und

---

soweit dies bei vorwiegend brieflichem Verkehr möglich war. Zu Ewarts persönlichen Freunden gehörte auch der Freiherr vom Stein, damals Kammerpräsident in Cleve (vgl. Schlieffen, Betreffnisse und Erlebungen, 543).

trug seine Entdeckung vor, daß Rußland, nicht Österreich, der natürliche Feind Preußens sei. Welche Einflüsse auch immer den König dazu vermocht haben, die Absichten Hertzbergs bei Seite zu setzen und die Aktion zu verschieben[9]), er teilte Luccheſini mit, er habe die Absicht, im März loszuschlagen und zu diesem Zweck die mititärischen Rüstungen mit der größten Energie fortzusetzen. Er sei nach wie vor mit den Ansichten Hertzbergs einverstanden, aber ein Äquivalent dürfe Österreich nicht erhalten. Wenn man bedenkt, wie wenig der König nach diesem stolzen Worten gehandelt hat, wie ein halbes Jahr lang die preußische Grenze den Österreichern offen lag, so versteht man den Schmerz und bewundert die Voraussicht Hertzbergs, die sich in einem Brief an Luccheſini vom 29. August ausdrücken. Er schrieb: „Ich habe gesehen, daß das System des Temporisierens die Oberhand behalten hat. Ich wünsche, daß man sich dabei gut befindet, und daß im nächsten Frühjahr noch alles in integro ist, aber ich bin vom Gegenteil überzeugt; wir werden unseren Zweck nicht erreichen . . . . . namentlich wegen der Rüstungen, welche die beiden Kaiserhöfe während des Winters machen können, wodurch sie unsere Absichten hinfällig machen können, während in dem jetzigen Augenblick das Unternehmen leicht sein würde und in dem Lauf des Jahres beendigt sein könnte. Denn wir sind zu allem bereit, und die drei Mächte würden völlig überrascht". Später, am 9. Oktober, erinnerte er noch einmal an das Beispiel Friedrich des Großen 1740 und 1756. Luccheſini erwiderte auf den Brief: „Ich verzweifle nicht in dem Maße an unseren Angelegenheiten, daß ich die Möglichkeit aus den Augen verliere, durch Ihre Fürsorge und durch Ihre große Thätigkeit das preußische Staatsschiff wieder auf See zu sehen, das man allerdings im Monat Juli mit den schönsten Hoffnungen auf eine glänzende und vorteilhafte Verhandlung hätte aus dem Hafen fahren lassen können". In denselben Tagen schrieb der englische Gesandte an einen preußischen General über den preußischen Minister des Auswärtigen: „Ich habe das große Vergnügen, Ihnen versichern zu können, daß unser würdiger und ehrenwerter gemeinsamer Freund hier, der Graf Hertzberg, sich völlig beruhigt hat, was um so günstiger ist, als seine kostbare Gesundheit anfing unter den Beunruhigungen zu leiden, denen ihn seine lobenswerten, aber allzu feurigen patriotischen Gefühle aussetzten". „Der König kann ja im nächsten Jahr den Österreichern Galizien wegnehmen, und zwar in sehr sicherer und leichter Weise, indem er den Kaiser zwingt, ihn in einer trefflichen Position anzugreifen, und dadurch Angreifer zu werden oder

den Zankapfel zu cedieren. Ich habe das alles mit unserem wackeren General Möllendorff diskutiert“ [10]).

Folgen einer Aktion im Herbst 1789.

Was wären die Folgen gewesen, wenn der König von Schlesien aus im Juli oder August 1789 eine Deklaration mit einem kurzen Termin an die Kaiserhöfe gerichtet hätte, die ihre Zustimmung zu preußischen Erwerbungen in Polen und die Restitution Galiziens verlangte? Josef hat wiederholt seine feste Absicht ausgesprochen, weder das eine noch das andere zuzulassen. Man kann also annehmen, daß er zunächst eine ablehnende Antwort geschickt hätte. Dann hätte Preußen Großpolen ganz oder teilweise okkupiert, was weder Österreich noch Rußland hindern konnten. Der Aufstand in Galizien wäre ausgebrochen, auch die Brabanter hätten den günstigen Zeitpunkt benutzt. Im Augenblick standen den verbündeten Heeren große Truppenmassen der Türken gegenüber, sodaß sie an der Donau keine Truppen entbehren konnten. Kurz vor und nach der Anwesenheit des Königs in Schlesien kam es zu den großen Niederlagen der Pforte, die die Verbündeten in den Besitz der gewünschten Erwerbungen brachten *). Die Wahrscheinlichkeit ist sehr groß, daß sie vorgezogen hätten, sich mit Preußen zu verständigen, als einen neuen Krieg mit ungünstiger militärischer Anfangsposition zn beginnen. Preußen gab dann die Pforte auf, die über kurz oder lang Frieden schließen mußte.

Was aber auch kommen mochte, ob Josef sich fügte und Galizien gegen große Erwerbungen türkischen Gebiets herausgab oder auch nicht, ob Rußland die preußische Okkupation zum Anlaß nahm, seinerseits einige polnische Provinzen zu annektieren oder nicht, Preußen war jedenfalls im glücklichen Besitz seines Anteils, und seine militärische Lage der der Verbündeten weit überlegen.

Kaunitz bemerkte sofort die veränderte Stimmung Hertzbergs, nachdem Friedrich Wilhelm sich für Aufschub der Aktion entschieden hatte. Mit Freuden entnahm er seinen Depeschen, daß er sogar von Besorgnis erfüllt war [11]). In der That, die Lage war jetzt eine ganz andere geworden. In mehreren großen Schlachten waren die Türken

*) Der König weilte in Schlesien vom 15.—31. August. Am 1. Aug. die Schlacht bei Focsani, am 22. Sept. die bei Martinesti. Wenn es dem König um die Integrität der Pforte zu thun war, dann mußten ihn diese Nachrichten zu den eifrigsten Rüstungen anspornen. Die Nachricht von Focsani erhielt er vielleicht schon in Schlesien auf dem Weg über Wien (über Constantinopel brauchte sie 5—6 Wochen).

geschlagen, fast die ganze Moldau und Walachei befand sich in den Händen der Verbündeten, und mit diesen mit dem Verlust ihrer besten Provinzen bedrohten Türken wollte der König nun eine Allianz schließen, die notwendigerweise der Pforte allein zu gute kam, Preußen nur Lasten auferlegte. Am 15. September befahl er Hertzberg unter Vorwürfen, dieses Bündnis herbeizuführen.

VII. Verhandlungen mit der Pforte.

Die bisherigen Verhandlungen mit dem Divan hatten nur den Zweck verfolgt, die Vermittlung bei einem etwaigen Friedensschluß in die Hand zu bekommen und die Pforte warm zu halten, für den Fall, daß es zum Krieg mit Österreich kam. Durch die beabsichtigten Allianzen — auch mit Polen gedachte der König im weiteren Verlauf der Ereignisse ein enges Bündnis einzugehen — gewann die preußische Diplomatie und namentlich der Constantinopeler und der stets wichtige Warschauer Posten eine erhöhte Bedeutung.

Die preußische Diplomatie.

Die schlechte Gewohnheit der doppelten diplomatischen Korrespondenz, der Minister im Auftrag des Königs und des Königs ohne Kenntnis der Minister, führte unter Friedrich II. nicht zu großen Unzuträglichkeiten. Unter Friedrich Wilhelm aber bestanden außerdem noch meistens eine vertrauliche Korrespondenz des Ministers und auf der anderen Seite bisweilen der vertrauten Freunde des Königs mit dem Gesandten. Mehrere Monate vor Hertzbergs Entlassung kam es vor [1]), daß aus dem Kabinett ein Schreiben an den Gesandten erging, in dem der König ihm bedeutete, nicht die Meinung des Ministers zu befolgen, da sie nicht die seine sei; der Minister seinerseits schrieb ihm, er solle sich nicht um das kümmern, was der König sage; seiner Meinung ständen die und die Schwierigkeiten gegenüber. Der Gesandte hatte also zwischen König und Minister zu wählen, und außerdem hatte er oft noch selbst Untergebene, die ihren besonderen Briefwechsel mit ihren Kollegen an den anderen preußischen Gesandtschaften hatten. Dieser Zustand war an den fremden Höfen wohl bekannt. Mit Schadenfreude bemerkte man auch, wie die Gesandten öfters den Minister direkt belogen [2]). Ein großer Teil der diplomatischen Verhandlungen war Hertzberg überhaupt verborgen. Namentlich die mit dem Fürstenbund in Zusammenhang stehenden Verhandlungen waren nur zum Teil unter seiner Leitung. Die Mainzer und

Lütticher Coadjutorwahl[3]) wurde ohne Hertzbergs Wissen und gegen seine Absichten betrieben, so daß sogar Carl August von Weimar darauf drängte, daß man ihn in Zukunft über derartige Dinge unterrichte[4]). Der Vertrag von Loo war mit Umgehung der Minister, wenn auch im wesentlichen in Übereinstimmung mit ihren Absichten geschlossen worden. Im Juli 1789 begannen dann die geheimen Verhandlungen mit dem Petersburger Hof, von denen Hertzberg völlig ausgeschlossen war. Wenn man die Schwäche und Bestimmbarkeit, die geringen Kenntnisse und die kurze Erfahrung des Königs bedenkt, so versteht man die schlimmen Folgen dieses Zustandes.

Lucchesini. Seit dem September 1789 waren die wichtigsten Posten die, welche Lucchesini und Diez inne hatten. Über Lucchesinis Charakter hat Hardenberg ein scharfes Urteil abgegeben. Es ist um so schwerwiegender, je eingehender und gemäßigter im Ton es ist. Seit dem April 1789 war er ordentlicher Gesandter in Warschau; er hatte diese Stellung zum großen Teil Hertzberg zu verdanken, mit dem er in seinen Anfängen auf dem besten Fuß stand. In seinen vertraulichen Briefen überschüttete er den Minister mit schwülstigen Lobpreisungen und Dankeserhebungen, bis er es für sein Interesse hielt eine andere Tonart einzuschlagen. Im Februar 1790 hetzte er in Warschau offen gegen den Minister[5]). Dabei waren seine Fähigkeiten als Diplomat durchaus nicht über allem Zweifel erhaben; Hardenberg hat über seine Pariser Berichte kein günstiges Urteil gefällt. In Warschau aber war er erst im Anfang seiner Laufbahn, und es war vielleicht der schwierigste Posten, den es damals überhaupt gab. Er ist in mehreren wichtigen Punkten völlig hinter das Licht geführt werden[6]).

Diez. Von noch größerer Wichtigkeit war der Constantinopeler Posten. Schon in gewöhnlichen Zeiten verlieh der Umstand, daß die Pforte keinen ordentlichen Gesandten in Berlin akkreditierte, der Person, die diese Stelle bekleidete, einige Bedeutung. Die große Entfernung und schlechte Verbindung führte dazu, dem Gesandten etwas Spielraum zu lassen, so wie ihn die englischen Diplomaten damals meistens besaßen. Jetzt war nun der Schwerpunkt der preußischen Politik wenigstens zeitweise nach Constantinopel verlegt.

Seit 1784 wurde Preußen von Heinrich Friedrich von Diez[7]) vertreten, der sich durch mehrere Werke über orientalische Litteratur und Beförderung derartiger Studien einen Namen gemacht hat. Für den diplomatischen Posten, den er bekleidete, war er völlig ungeeignet; doch weit davon entfernt, dies einzusehen, verließ er schließlich Con-

stantinopel mit einer an Größenwahn grenzenden Überschätzung seiner Thätigkeit. Friedrich II. hat in der Wahl dieses Mannes einen Mißgriff begangen. Allerdings hatte er damals nicht die Absicht, eine orientalische Politik im Sinne Hertzbergs oder Friedrich Wilhelms einzuschlagen.

Als 1784 der preußische Geschäftsträger Gaffron wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten abberufen wurde, waren als Bewerber um den Posten ein Direktor der Tabaksregie, ein pensionierter Dragoneroffizier und ein Kanzleidirektor aufgetreten. Der letztere, eben Diez, bei dem Provinzial-Justizkollegium in Magdeburg angestellt, aber von der Kanzleithätigkeit durchaus nicht befriedigt und mit vielerlei Studien beschäftigt, hegte seit langem den Wunsch, die weite Welt und namentlich den Orient kennen zu lernen, wozu ihm die Stellung eines preußischen Residenten oder Konsuls die erwünschte Gelegenheit zu bieten schien. Ohne seinen Freund Dohm in Berlin, den bekannten Diplomaten, um Rat zu fragen, der sich bemüht haben würde, ihn von diesem Gedanken abzubringen, bewarb er sich um den Constantinopeler Posten. Dohm schrieb an Finckenstein, seine Eigenschaften seien nicht die zu diesem Posten erforderlichen[8]); er verhalf ihm aber wenigstens zu der Kenntnis des Französischen, so weit es für die Audienz beim König nötig war. Denn der angehende Diplomat hatte diese Sprache nicht in den Kreis seiner Studien gezogen. Sein keckes und freimütiges Auftreten gefiel dem König, der vielleicht auch die Nützlichkeit türkischer Sprachkenntnisse — gründlich erlernte er übrigens das Türkische erst in Constantinopel[9]) — für einen Diplomaten in Constantinopel überschätzte, und Diez erhielt wirklich die Stelle ohne Schwierigkeit. Kaum war er auf seinem Posten angelangt, als ihm der Angelpunkt der preußischen Politik auch schon in Constantinopel zu liegen schien. Solange freilich der alte König lebte, konnte sein Leichtsinn und seine Eitelkeit dem Staat keinen großen Schaden zufügen. Seine vielen Denkschriften über die nunmehr einzuschlagende neue Politik gingen an Friedrich spurlos vorüber. Anders wurde das, als die Leitung des Staats zwischen einem energielosen Herrscher, wohlmeinenden und übelwollenden Nullen und einem erfahrenen und gescheiten, aber autoritätslosen Minister hin- und herschwankte. Bald nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms erhielt Diez den Adel und den Gesandtentitel. Bis zum Abschluß der preußisch-türkischen Allianz hat er den Posten bekleidet. Einmal, im Oktober 1788, hat

er seine Entlassung angeboten, die aber aus unbekannten Gründen nicht bewilligt wurde.

Eine seiner Grundideen [10]), die ihn während der Krise des Türkenkriegs beherrschte, war, daß die Lasten auch eines mehrjährigen Kriegs mit Rußland und Österreich ein sehr gut angelegtes Kapital seien, daß es Preußen dabei ganz in seiner Hand habe, Böhmen und Mähren zugleich zu erwerben. Aber nicht genug damit: auch Ungarn, meinte er, müsse den Habsburgern entrissen werden. Von Galizien und Brabant verstand sich das von selbst. Was würde Friedrich der Große gesagt haben, wenn Diez gewagt hätte, ihm diese lächerlichen Phantasieen aufzutischen. Das Bündnis mit Rußland hielt Diez nicht mehr für nötig, weil Preußen im deutschen Reich eine so mächtige Stellung gewonnen habe; als ob die paarmal 15000 Mann kleinstaatlicher Truppen, die die Fürstenbundsmitglieder für engbegrenzte Defensivzwecke aufzuwenden versprachen, in einem die Welt erfassenden Krieg irgend welche Bedeutung gehabt hätten. An die Stelle Rußlands, meinte dieser jammervolle Politiker, müsse Polen und Schweden treten, die durch russische Gebietsteile zu vergrößern seien; Polen, dessen Existenz überhaupt nur auf der Eifersucht der Teilungsmächte beruhte, und Schweden, dessen Existenz sich bisher auf französische, neuerdings preußisch-türkische Subsidien stützte. Seine Gedanken über die Türkei waren derselben Art. Als er in Constantinopel eingezogen war, konnte er sich nicht genug thun in Prophezeiungen von dem baldigen Untergang des türkischen Reichs. Er nannte in absurder Weise die Türken eine Nation von alten verwöhnten Kindern; die weitere Existenz einer solchen Nation müsse einen in höchstes Staunen setzen [11]). Anderer Ansicht war Friedrich gewesen, der nicht nur den Charakter und die Hülfsquellen der Osmanen bedeutend günstiger ansah, als es damals üblich war, sondern auch den unversöhnlichen Gegensatz Österreichs und Rußlands in ihrem Verhältnis zur Pforte betonte. Diez war von seiner Ansicht auch nicht so tief durchdrungen, daß er sich nicht durch die wohl berechneten Äußerungen der türkischen Staatsmänner über die große nationale Offensivkraft der Osmanen hätte bethören lassen. Es dauerte nicht lange und er glaubte an türkische Siege, ja eine Zeit lang sogar an die Rückeroberung der Krim [12]).

Mit diesen verfehlten Grundanschauungen ging die Anwendung verkehrter Mittel Hand in Hand. Monate lang war seine Beschäftigung, Ministerstürze zu unternehmen, Hofbeamte und Eunuchen zu bestechen. Die Türken nahmen stets mit Behagen sein Geld; erreicht wurde nichts.

Dagegen gelang es dem französischen Gesandten gerade zu der Zeit, als Diez jeden Augenblick den Reis-Effendi zu beseitigen glaubte, sich die geheimen Instruktionen des preußischen Hofes zu verschaffen und der Pforte mitzuteilen. Das gab denn auch Diez in den Augen Hertzbergs den Rest, er setzte die Abberufung durch, nachdem er sich schon seit langer Zeit nur widerwillig die Unfähigkeit des eitlen Gesandten hatte gefallen lassen*). Kurz vorher schrieb Diez noch nach Berlin, er werde jetzt suchen, auf alle Zweige der Regierung wirksamen Einfluß zu gewinnen. Der Reis-Effendi sei in seinen Händen nur ein Stück Wachs. Lächerlicher noch ist ein Brief, den er an Dohm richtete, als er Constantinopel verließ, worin er von seinem thränenreichen Abschied von den Türken erzählt; der Oberst der Ehrenwache sei soeben aus Gram über seinen Abschied gestorben [13]). Diez macht am besten den Seufzer Hertzbergs verständlich: „Wie kann ein Minister des Auswärtigen die Rolle aufrecht erhalten, die Friedrich II uns vermacht hat, mit subalternen Gesandten, die nicht seiner Wahl sind?“ [14]).

Dieser Mann hatte nun in Constantinopel mit Diplomaten zusammen zu arbeiten, die selbst in der ruhmreichen Geschichte der Diplomatie ihres Landes eine hervorragende Rolle spielten. Der englische Gesandte Sir Robert Ainslie, ein sehr geschickter Unterhändler, besaß einen größeren Einfluß in Constantinopel, als irgend einer seiner Vorgänger [15]). Diez erhielt seit Abschluß der englischen Allianz den Auftrag, sich eng an ihn anzuschließen. Statt dessen überwarf er sich mit ihm und nannte ihn in seinen Depeschen Lügner aus Gewohnheit, eitel,

---

*) Über viele Vorgänge auch in der auswärtigen Politik und den damit zusammenhängenden Personalfragen unter Friedrich Wilhelm II. wird man nicht eher urteilen können, als bis wir ausgiebigere authentische Kunde über Bischoffwerder, Wöllner, die Rosenkreuzer überhaupt haben. Ganz unverständlich ist z. B. die Stellung Hertzbergs gegenüber Diez im Januar 1790. Nachdem er seit Monaten auf die Abberufung Diez' gedrängt und sie endlich erwirkt hatte, beantragt er plötzlich, Diez noch auf seinem Posten zu lassen, da seine Fähigkeiten nicht so leicht zu ersetzen seien (H. an den König 26. Jan. G. St. A.). Er sprach also Diez gegenüber die Wahrheit, wenn er ihm mitteilte, er habe zu seinen Gunsten Schritte unternommen (vgl. Zinkeisen, Gesch. des osman. Reichs VI, 752.). Jetzt war es freilich zu spät. — Es ist nicht unmöglich, daß Diez sich in Constantinopel zu dem alleinseligmachenden Glauben der Rosenkreuzer bekehrt hat. Es fiel seinen Freunden auf, daß er, der sich als Schriftsteller über religiöse Dinge zu sehr freien Anschauungen bekannt hatte, nach seiner Rückkehr den strengsten dogmatischen Grundsätzen huldigte (vgl. Gronau, C. W. v. Dohm, 114.). Die Rolle Diez' in der Gaffronschen Angelegenheit ist eine sehr zweifelhafte (vgl. Zinkeisen 474 ff.).

habsüchtig, einen kleinlichen Schwierigkeitsmacher[16]). Dies thörichte Verhalten hat vielleicht nicht wenig dazu beigetragen, daß England zeitweilig allein zwischen Österreich und der Pforte vermittelte*). Der französische Botschafter, Graf Choiseul-Gouffier[17]), war ein in jeder Beziehung hervorragender Mann, der seine mit den größten Schwierigkeiten verbundene Stellung ausgezeichnet ausfüllte, nachdem er als Altertumsforscher und Schriftsteller einen großen Ruf gewonnen hatte. Neben diesen Männern nahm Diez eine subalterne Stellung ein, obwohl Preußen recht eigentlich die Macht war, von der die Pforte das Mot d'ordre erwarten mußte.

Verhandlungen Diez' bis zur Allianz.

Nachdem die Pforte zu Beginn des Kriegs die Zumutung einer Gebietsabtretung abgelehnt hatte**), war das Bestreben der preußischen Politik dahin gegangen, die Vermittlung für den künftigen Frieden in die Hand zu bekommen. Diez erhielt den Auftrag, im Fall großer Niederlagen der Pforte die preußische Vermittlung zu einem anständigen Frieden vorzuschlagen. In dem Friedensinstrument sollte Österreich dann zu der Cession Galiziens verpflichtet werden. Die bewaffnete Neutralität Preußens sollte den nötigen Druck ausüben. Diez hatte hinzuzufügen, daß es ja Preußen frei stehe, im Weigerungsfalle sich jeder Unterstützung der Pforte zu enthalten, ja die weitgehendsten Pläne der Kaiserhöfe zu begünstigen. Kaum aber war diese Instruktion in Constantinopel eingetroffen, als sich die Lage auf österreichischer Seite für einige Zeit veränderte. Die Türken fielen in das Banat ein und hielten einen großen Teil desselben während zweier Monate besetzt. Friedrich Wilhelm meinte sogleich, man werde die Pforte nun nicht mehr zu Abtretungen veranlassen können. Hertzberg mußte also die Instruktion modifizieren und Diez am 10. Oktober den Auftrag erteilen, der Pforte Hoffnung auf eine Offensivallianz zu machen, wenn sie in dieser Weise fortfahre. Aber er wies Diez an, keine bestimmten Zusagen zu geben. Die Situation war denn auch sehr bald wieder die alte. Die Türken waren bald zurückgetrieben; Loudon eroberte Novi***). Von der Offensivallianz war jetzt vorderhand nicht mehr die

*) vgl. S. 19.

**) vgl. S. 7.

***) Chotin war am 19. September gefallen; es ist ungewiß, ob die Nachricht davon bei Absendung der neuen Instruktion vom 10. Okt. schon in Berlin war; wahrscheinlich nicht.

Rede. Die Vermittlung trat wieder in den Vordergrund, ohne daß spezielle Bedingungen daran geknüpft wurden[18]). Diez erhielt den Befehl, eine entscheidende Erklärung der Pforte darüber herbeizuführen, ob sie für den Fall des Friedens die preußische Vermittlung annehmen wolle oder nicht. Er zeigte sich dieser einfachen Aufgabe nicht gewachsen. Dagegen gelang es in einer Konferenz vom 9. Februar 1789 den Türken, die Verhandlungen auf eine andere Grundlage zu stellen und dem Gesandten die mündliche Versicherung zu entreißen, die allen seinen Instruktionen widersprach, daß der König die Restitution der Krim und sämtlicher Eroberungen der Russen und Österreicher, sowie eine österreichische Kriegskontribution bewirken werde. Durch solche Versprechungen kühn gemacht, stellte der Reis-Effendi als erste Verhandlungsbasis die Forderung auf, daß der König sofort an beide Kaiserhöfe den Krieg erkläre. Es überrascht, daß Diez sich nicht bereit erklärte, eine derartige Versicherung abzugeben. Er weigerte sich kategorisch, und die Verhandlung schien schon abgebrochen, als der Reis-Effendi schließlich doch noch auf den Vermittlungsantrag einging, indem er versprach, den Frieden nicht ohne die Vermittlung Preußens zu schließen, mit dem Vorbehalt, daß die Pforte von dieser Verpflichtung entbunden sein solle, wenn einer der beiden Kaiserhöfe ihr vorteilhafte Bedingungen biete, und Preußen nach geschehener Anzeige nicht mehr vermitteln wolle. Dieses Versprechen bedeutete so gut wie nichts, aber Diez gab sich damit zufrieden. Nach einiger Zeit zog die Pforte aber auch dies wenige zurück, und der Reis-Effendi gab schließlich nur die nichtssagende Erklärung ab, die Pforte werde die Vermittlung Preußens mit Dank annehmen, müsse sich aber die Hände frei behalten.

Die Konsequenz, die Diez aus allen diesen Verhandlungen zog, war, daß Preußen nun möglichst schnell eine Offensivallianz mit der Pforte abschließen müsse. Hertzberg dagegen war der richtigen Meinung, daß Preußen die Macht sei, die hier Bedingungen zu stellen habe, und nicht die Pforte, die in ihren Grundfesten erschüttert war.

Die geräuschvolle Thätigkeit des Gesandten hatte nicht den geringsten Erfolg erzielt. Während des ganzen Frühjahrs 1789 bis in den Juni hinein fanden Friedensverhandlungen zwischen den Kaiserhöfen und der Pforte statt*); während Diez sich durch die Türken an der Nase herumführen ließ, spielte Frankreich den Vermittler, zeitweilig

*) Vgl. S. 19.

auch England. Preußen nahm in Constantinopel eine ganz subalterne Stellung ein.

Eine neue Wendung trat bald nach der im April erfolgten Thronbesteigung des kriegslustigen Selim ein. Im Lauf dieses Sommers gedachte Hertzberg den König zur Ausführung seiner Erwerbspläne zu bestimmen. Mit Recht war er der Ansicht, daß es nicht von vornherein eines Vertrags mit der Pforte bedürfe. Wenn die Kaiserhöfe die preußischen Vorschläge nicht annahmen, und es wider Erwarten zum Kriege kam, hatte man auch ohne formelle Sanktion die Pforte und Schweden ohne weiteres zu Verbündeten. Eine Allianz aber belastete ausschließlich Preußen. Man hatte nur die Aufgabe, der Pforte für den Fall großer Niederlagen die preußische Unterstützung in lockende Aussicht zu stellen, damit sie nicht voreilig Frieden schloß. Diez erhielt am 23. Mai 1789 [19]) den Befehl, eine eventuelle, nur für den bestimmten Fall in Wirkung tretende Defensivallianz abzuschließen, die der Pforte die Verpflichtung zur Annahme der preußischen Vermittlung, Preußen die Unterstützung im Fall des Übergangs feindlicher Heere über die Donau auferlegte. Wenn dieses Abkommen überhaupt zu Stande kam, so glaubte Hertzberg doch, bis das vorgesehene Ereignis eintrat, längst mitten in der Ausführung seines Plans zu stehen.

Allianz.

Er hatte sich geirrt. Und es kam im Herbst zu jener folgenschweren Wendung, die schließlich das Fiasko von Reichenbach herbeigeführt hat. Anstatt zu einer Zeit loszuschlagen, wo die Kräfte der Pforte immerhin noch genügten, um den größten Teil des österreichischen Heeres festzuhalten, und andrerseits ihre Verluste groß genug waren, um die Abtretung beträchtlicher Gebietsteile als einen vernünftigen Ausweg aus größeren Drangsalen erscheinen zu lassen, entschloß sich der König zu einem direkten Bündnis, das ihn zum Angriff auf Österreich im Frühjahr verpflichtete. Die furchtbaren Schläge, die rasch nacheinander auf die Türken niederfielen (1. August Focsani, 22. Sept. Martinesti, 30. Sept. Einnahme von Akkerman, 8. Oct. von Belgrad, darauf von Semendria und Passarowitz, 10. November Bukarest, 14. November Bender), brachten ihn nicht von seinem Vorsatz ab. Was war von einem Bundesgenossen zu erwarten, der auf allen Punkten seines Reichs die vernichtendsten Niederlagen erlitt?*)

*) Hertzberg und Finckenstein machten noch einmal am 25. Oct. den Versuch, den König zu bestimmen, nunmehr die preußische Friedensvermittlung eintreten zu lassen, da Rußland sich zur Annahme von Vorschlägen bereit erklärt hatte. Aber sie hatten keinen Erfolg.

Hertzberg hat in sehr kluger und geschickter Weise die nun einmal eingeschlagene verfehlte Politik zu einem guten Ende zu führen versucht, ohne in offenen Gegensatz zu dem König zu treten. Zunächst war es unmöglich, sobald man der Pforte eine Offensivallianz vorschlug, von der Abtretung der Moldau und Walachei zu reden. Nun war der Ausbruch der belgischen Insurrektion gerade zur Zeit gekommen, um die größere oder geringere Begünstigung derselben zu einem Druckmittel auf den Wiener Hof verwerten zu können. Bei der veränderten Sachlage sollte nunmehr als Art Äquivalent für die Herausgabe Galiziens und die preußischen Erwerbungen in erster Linie der ruhige Besitz der Niederlande dienen; die neuen Erwerbungen Österreichs sollten sich auf die sogenannten Passarowitzer Grenzen, d. h. die kleine Walachei und ein Stück Serbiens beschränken. Obwohl der günstigste Zeitpunkt unbenutzt verstrichen war, so war die Situation doch immer noch nicht ganz aussichtslos, wenn nur die militärischen Vorbereitungen, wie es der König versprochen, energisch betrieben wurden. Zu dem Abfall der belgischen Provinzen, deren endgültigem Verlust freilich das Interesse Englands entgegen stand, wie in Wien sehr wohl bekannt war, kam die Gährung in Ungarn, die bei längerer Fortdauer und weiterer Ausbreitung des Kriegs eine sehr ernste Gefahr in sich barg. So wenig Bedeutung die von der Majorität des Reichstags nie gebilligten Neigungen zu einem Wechsel der Dynastie gehabt haben, es war doch sehr fraglich, ob die Ungarn bei einem preußischen Angriff sich wie zur Zeit der Friedericianischen Invasion ohne weiteres auf Seiten der alten Dynastie stellen, ob sie nicht vorziehen würden, diese gefährliche Lage zur Erreichung einer weitgehenden Autonomie zu benutzen und Bedingungen zu stellen, deren Erfüllung die Resultate selbst eines glücklichen Kriegs aufgewogen hätte. Dazu kam noch die Agonie des Kaisers; trotz der Energie und Geisteskraft, mit der dieser außerordentliche Mensch noch auf dem Sterbebett die Maßregeln ergriff, auf denen dann sein Nachfolger nur weiter gebaut hat, mußte sie die Staatsmaschine aufs bedenklichste lähmen.

Am 22. September 1789 erhielt Diez die Instruktion, ohne weitere Beschränkungen und Klauseln die Allianz mit der Pforte abzuschließen. Aber auch diese Aufgabe hat er erst nach einem Vierteljahr beendet. Während er früher die Ansichten seines Vorgesetzten mit souveräner Verachtung behandelte, scheint er seit den großen Niederlagen der Türken plötzlich seine Meinung gewechselt zu haben und nun, im Gegensatz zu der neuen Politik und den ausdrücklichen Befehlen des

Ministeriums zuwider, den Türken eine Zeit lang immer noch von der Cession der Moldau und dem Austausch Galiziens gegen dieses Wertobjekt gesprochen zu haben[20]). Endlich, im Januar 1790, kam der ungeheuerliche Vertrag zu stande, durch den sich Preußen verpflichtete, im Frühjahr die beiden Kaiserhöfe anzugreifen und die Restitution sogar der Krim zu erwirken, zu einer Zeit, wo es nur einer Genesung Josefs oder des Siegs kriegerischer Ratschläge in Wien bedurft hätte, um Preußen in die heikelste Lage zu bringen. Der einzige Umstand, der Diez zu Gute kommt, ist, daß er eine Ratifikationsfrist von 5 Monaten vorsah, die Hertzberg dann auch fast bis auf den letzten Tag ausgebeutet hat.

VIII. Die Lage Österreichs seit Herbst 1789.

Während des Laufs des Jahres 1789 hatten Josefs Besorgnisse vor einer Aktion Preußens sich bedeutend vermindert[1]). Er mochte auf die Schwerfälligkeit Friedrich Wilhelms rechnen, der sich nur mit Mühe zu kühnen Entschlüssen fortreißen ließ. Aber gleich nach den Siegen im Herbst ließ er der Pforte wieder Frieden anbieten und zwar durch den französischen Botschafter, der hier geradezu als österreichischer Bevollmächtigter erscheint. Kaunitz war jedoch der Meinung, wenn die Pforte sich nicht sehr entgegenkommend zeigen sollte, könne man den Krieg ruhig fortsetzen. Von Preußen sei nichts zu befürchten, auch im Frühjahr sei keine Schilderhebung zu erwarten[2]). Das war kein falscher Optimismus, sondern er gründete sich auf seine Kenntnis von dem Charakter Friedrich Wilhelms. Die Waffenstillstandsverhandlungen[3]), die in Schumla stattfanden, wurden denn auch von keiner Seite mit großem Eifer betrieben. Die Pforte hatte jetzt die Allianz Preußens in Aussicht. Österreich wünschte erst über seinen in London gestellten Allianzantrag im Klaren zu sein. Rußland endlich weigerte sich, auf etwas Anderes als einen definitiven Frieden einzugehen; die Absicht eines sofortigen Friedensschlusses lag ihm fern, es beteiligte sich an den Verhandlungen nur, um die österreichischen Unterhändler zu beaufsichtigen.

Annäherung an England.

Von ganz anderer Bedeutung als diese Verhandlungen war die Systemänderung, die Josef im November 1789 vorzunehmen beabsichtigte. Gegenüber der drohenden Auflösung des Versailler Bündnisses, der Sendung des Herzogs von Orleans nach London und der Zumutung Frankreichs, daß er sich mit der Unabhängigkeit der Niederlande

abfinden möge, that er den ersten entgegenkommenden Schritt in London und schlug vor, daß England und Holland zusammen ihm die Niederlande garantieren möchten [4]). Er teilte diesen Schritt Katharina mit [5]), die ihre Mißbilligung nicht verhehlte. Josef ging aber noch weiter, er wünschte eine direkte Allianz. Kaunitz hielt eine defensive Doppelstellung Österreichs für recht gut möglich. Auch mit Englands Interesse, meinte er, sei ein gleichzeitiges Bündnis mit Österreich und Preußen zur Herstellung des Friedens sehr wohl vereinbar [6]). Im Dezember erging wirklich der Antrag nach London, der im Grunde doch den Bruch mit der seit mehr als 30 Jahren befolgten Politik bedeutete. Welche Gründe in London den Ausschlag gegeben haben, die Allianz abzulehnen, ist nicht bekannt. Wahrscheinlich befürchtete man im Fall der Annahme ein sofortiges französisch-preußisches Bündnis, mit dem Hertzberg gelegentlich zum Verdrusse Friedrich Wilhelms gedroht hatte [7]). Der Kommandierende der preußischen Truppen an der belgischen Grenze, Graf Schlieffen, setzte sich mit Lafayette in Verbindung, allerdings ohne Auftrag, aber mit nachträglicher Genehmigung des Königs [8]). Aber die Versuchung der englischen Staatsmänner mag nicht gering gewesen sein: Endlich war die Frucht ihnen reif in den Schoß gefallen. Wenn man die preußische Allianz aufgab, hatte man die österreichische, die bedeutend wertvollere, zur Verfügung. Doch hegte Pitt vielleicht die Hoffnung, im Laufe der Zeit die beiden Mächte zu Englands Gunsten unter einen Hut zu bringen.

Zu bestimmten allgemeinen Abmachungen mit Österreich zeigte sich England also zunächst nicht bereit [9]). Aber sofort trat in der alten Frage der Niederlande die Gemeinsamkeit der österreichisch-englischen Interessen hervor. Im Januar 1790 kam die Haager Konvention zustande, deren Bedeutung für Österreich darin lag, daß es des Zusammengehens von England und Preußen in dieser Frage sicher war. An eine Durchführung einseitiger preußischer Absichten war jetzt nicht mehr zu denken. Noch inniger schien die Verständigung sich zu gestalten, als mit dem Tode Josefs Leopold zur Regierung kam.

Leopold II.

Die Person des neuen Regenten ist vielfach überschätzt worden. Er war ein kleinlicher Mensch, ohne Selbstvertrauen, mißtrauisch und hinterlistig. Von militärischen Dingen verstand er gar nichts, wie er selbst bekannte. Er hatte zwar die materielle Wohlfahrt seines Großherzogtums in den 22 Jahren seiner Regierung außerordentlich gehoben, aber das Wichtigste versäumt; er hatte alles Militär im Lande aufgehoben, so daß es später eine leichte Beute der Napoleonischen

Heere wurde [10]). Es spricht auch nicht für seine innere Politik, daß ein paar Wochen nach seiner Abreise von Toskana an allen Ecken mehr oder weniger ernste Unruhen ausbrachen, in Livorno, Prato, Pistoia und Florenz, die namentlich in der Hauptstadt mit blutiger Strenge unterdrückt werden mußten. Freilich für eine Politik der Konzessionen, der Aussöhnung, war er wie gemacht. Er bestieg den Thron mit der festen Absicht, den Frieden herzustelleu, es koste, was es wolle. Doch ist es ein Irrtum, anzunehmen, daß durch seine Initiative prinzipielle Änderungen in dem Verhältnis zu den anderen Mächten und in der inneren Politik eingetreten wären. Er baute zunächst nur auf den neuen Grundlagen weiter, die Josef noch in seinen letzten Monaten geschaffen hatte, nur kam er viel weiter entgegen, als ein erfahrener Staatsmann wie Kaunitz für nötig hielt.

Schon vor seiner Abreise von Florenz teilte Leopold dem dortigen englischen Gesandten mit, daß er auf der Grundlage des status quo Frieden zu machen gedenke, wenn er nur wieder in den Besitz der Niederlande komme. Dann begann auf Anregung Keiths, des englischen Gesandten in Wien [11]), der Briefwechsel Leopolds mit den beiden Souveränen des Dreibunds*). Am 12. April brachte England ohne Vorwissen und gegen die Absichten Preußens seinen Waffenstillstandsantrag ein. Kaunitz verhielt sich ablehnend. Er meinte, man könne die Pforte durch einige kräftige Schläge zum Frieden zwingen und Preußen so lange durch Demonstrationen hinhalten. Wahrscheinlich mit Recht. Der Feldetat des preußischen Heeres war erst auf den 15. resp. 21. Mai angesetzt, bis dahin befanden sich in Schlesien nur wenige Regimenter, die den österreichischen Truppen an der Grenze nicht gewachsen waren**). Aber Leopold suchte die Verständigung mit England hinter dem Rücken Kaunitz' durchzuführen, indem er sich nunmehr förmlich verpflichtete, den Waffenstillstand mit oder ohne Rußland herbeizuführen [12]). Unmittelbar nach diesem Ereignis bot Kaunitz in dem überlegenen kalten Ton des selbstbewußten Verdienstes seine Entlassung an [13]). Eine so scharfe Auffassung seines

*) Auf die Kunde von der Korrespondenz Leopolds mit Georg III. schrieb auch Friedrich Wilhelm im Mai einen Brief an denselben. Auch dies ein Zeichen der großartigen Stellung Englands.

**) In den ersten Tagen des April erteilte der König den Befehl zur Mobilmachung mit dem Endtermin 15. Mai. Möllendorff und Schulenburg versprachen eine völlige Dispositionsfähigkeit der Armee auf den 21. (Bericht Möllendorffs und Schulenburgs vom 5. April G. St. A.); vgl. Kap. XII.

taktlosen Vorgehens hatte Leopold nicht erwartet, er schickte seinen Sohn zu dem Minister und bestimmte ihn wirklich, zu bleiben, obwohl Kaunitz wiederholte, daß ihm seine Entlassung lieber sei. Ob der Minister Garantieen für die Fortführung der Politik in seinem Sinn verlangt hat, ist nicht bekannt, aber die unmittelbar darauf an Cobenzl, den Gesandten in Petersburg, gesandte Instruktion verwarf sowohl den status quo als eine Tauschoperation. In beiden Fällen werde Österreich den Krieg vorziehen. Von einem Waffenstillstand war gar nicht die Rede [14]). Auch zu Katharina sprach Leopold am selben Tage wohl von Opfern, durch die er eine Verständigung mit England zu erreichen bereit sei, um eine Vergrößerung Preußens zu hindern, aber nicht von dem status quo. Als das Wünschenswerteste erklärt er eine schnelle Niederwerfung der Pforte, um sie zum Frieden zu zwingen. So behielt doch zunächst im Wesentlichen die Kaunitzsche Politik die Oberhand. Statt direkt einen Waffenstillstand herbeizuführen, suchte Leopold die Pforte durch energische Fortsetzung des Kriegs einzuschüchtern. Preußen wurde hingehalten. Aber das ging nur so lange, als die preußische Armee noch nicht in Schlesien konzentriert war. Dann hieß es, sich entscheiden.

IX. Rußland und Preußen.

Während sich ein immer innigeres Verhältnis zwischen England und Österreich herausbildete, dauerten die geheimen Verhandlungen Preußens und Rußlands fort. Josef hatte seine Bundesgenossin von seinen in London unternommenen Schritten unterrichtet; die Sendung Alopäus' dagegen wurde in Wien nicht mitgeteilt, und es kam zu erbitterten Auseinandersetzungen darüber [1]). Nachdem der Gesandte sich während der schlesischen Manöver zu erneuter Besprechung mit Katharina nach Petersburg begeben hatte, traf er im Oktober wieder in Berlin ein. Leider sind wir über den Inhalt der Verhandlungen sehr wenig unterrichtet [2]). Der König erklärte dem Gesandten durch Bischoffwerder, er wünsche eine direkte Korrespondenz mit Katharina zu beginnen. Er blieb aber dabei, die Erneuerung der alten Allianz, also völligen Bruch mit Österreich zu fordern. Ein Vierteljahr später, zur Zeit der Verhandlung über die polnische Allianz, hat Lucchesini in geheimer Sitzung des Reichstagsausschusses erklärt, daß Rußland vor nicht langer Zeit dem Berliner Hof seine Zustimmung zu der Annexion

von Großpolen ausgedrückt habe [3]). Es ist nicht unmöglich, daß diese Äußerung nicht nur eine Perfidie Lucchesinis war. Jedenfalls lag eine zweite Teilung in der Luft. Während Preußen seine Augen auf Danzig, Thorn, Posen, Kalisch und später auf den größeren Teil oder ganz Großpolen geworfen hatte, teilte Potemkin der Kaiserin seine Absicht mit, für den Fall, daß die Polen sich aktiv am Krieg auf Seiten Preußens beteiligen sollten, nicht weniger als vier große Wojewodschaften, Kiew, Brazlaw, Podolien und Wolynien zu annektieren [4]). Nur durch die Neutralität Polens wurde dieser Absicht der Boden entzogen. Auf die dringenden Anträge Österreichs um Unterstützung antwortete Rußland, es werde nichts übrig bleiben, als eine zweite Teilung Polens herbeizuführen. Wenn der Wiener Hof sich scheue, dies Odium auf sich zu nehmen, so sei Rußland bereit, den Antrag in Berlin zu stellen [5]). Im Januar nahm Rußland auch die Vermittlung Preußens zu Verhandlungen mit Schweden an. Seine Forderungen waren allerdings so hoch, daß die Absicht der Fortsetzung des Kriegs offenbar war. Im März teilte der Berliner Hof dem Petersburger das Friedensprojekt mit, das Josef einige Tage vor seinem Tode nach London geschickt hatte [6]).

Die große Allianz hatte in den letzten Monaten bedeutend an Festigkeit verloren. Der Wiener Hof konnte von Katharina nicht das Versprechen erhalten, daß sie sich zu einer thatkräftigen Hülfeleistung im Falle des Kriegs herbeilassen werde. Erst Ende Juni oder Anfang Juli [7]) erteilte sie Potemkin den Befehl, einen Teil seiner Truppen nach Galizien zu werfen, was Kaunitz stets verlangt hatte; also zu einer Zeit, als es zu spät war.

Die Annäherung des Berliner und Petersburger Hofes hatte jedoch nicht das Resultat, daß ein Zusammenstoß der beiden Mächte völlig ausgeschlossen wurde. Preußens erste Absicht beim Abschluß des polnischen Bündnisses in den ersten Monaten d. J. 1790 ging auf eine Beteiligung der Polen am Krieg, die sich dann auch wohl gegen Rußland gewandt haben würden. Katharina wußte zwar, daß der Hauptangriff gegen Österreich gerichtet sein würde, aber sie war doch in Besorgnis vor einer preußisch-polnischen Diversion nach Livland [8]). Eine wirkliche Gefahr trat für sie aber erst mit dem Abschluß der Reichenbacher Verhandlungen ein — dann erst wandte sich die ganze Macht des Dreibunds, die englisch-holländische Flotte und das preußische Heer, gegen das erschöpfte Rußland.

X. Sachsen.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die militärischen Operationen Preußens gegen Österreich war seine Stellung zu Sachsen. Denn die Möglichkeit eines direkten Angriffs auf Wien von Schlesien aus, die eigentliche strategische Offensive, war bei der Unentschlossenheit des Königs von vornherein ausgeschlossen. Sie war eben nur bei völliger Überraschung der Österreicher denkbar. Friedrich Wilhelm spielte wohl eine Zeit lang mit dem Phantom eines Marsches auf Wien von Hochschlesien aus *), aber es kam nicht zum Entschluß. Wie die Verhältnisse lagen, kam auf die Behandlung Sachsens alles an. Nur zwei Möglichkeiten standen offen: Sachsen mußte zur Allianz gezwungen oder okkupiert werden. Denn blieb es neutral, so konnten die Österreicher ihre gesamten Rüstungen an die schlesische Grenze verlegen **).

Der Fürstenbund.

Durch den Fürstenbund war der Kurfürst nur für einen Defensivkrieg gegen österreichische Angriffe auf das Reich verpflichtet. Ausdrücklich hatten Sachsen und Hannover dagegen protestiert, daß der Vertrag sich auch auf Kriege beziehe, die der König von Preußen in Schlesien oder Preußen zu führen habe und hatten schließlich nur dem Antrag zugestimmt, daß im Fall eines österreichischen Angriffs auf Schlesien Hülfeleistung, aber nur in deutschen Landen stattzufinden habe [1]), d. h. also: Sachsen verpflichtete sich in diesem Fall 15000 M. an der sächsischen Grenze aufzustellen oder zu dem preußischen Korps in Magdeburg stoßen zu lassen. Derartige Bestimmungen waren freilich, wie Hertzberg treffend sagte, ein Kreuz der großen Politik. Es war besser, wenn man es mit Sicherheit thun konnte, den ganzen Fürstenbund fahren zu lassen, dies ungeladene Schießgewehr, wie ihn

*) Im Februar 1790 noch überreichte der Oberst von Götze der Pforte eine militärische Denkschrift, in der unter Voraussetzung eines Bündnisses mit Sachsen ein Marsch auf Wien und Okkupation Galiziens in Aussicht gestellt wurde.

**) Mit Schärfe vertritt 2 Jahre später diese Ansicht der Major von Lecoq in einem Manuskript: Über Sachsen bei einem Krieg Preußens mit Österreich (Potsdam 1792), im Kriegsarchiv aufbewahrt. Er berechnet, daß bei gleichzeitiger Mobilmachung Ö. in 32 Tagen 100000 M. an der schlesischen und sächsischen Grenze, Preußen in 30, vielleicht 26—28 Tagen 130000 M. teils in Schlesien, teils bei Halle, teils bei Treuenbrietzen und bei Kottbus an der sächsischen Grenze aufstellen und dann durch den Einmarsch in Sachsen eine ungleich vorteilhaftere Position einnehmen konnte.

der Freiherr von Fürstenberg bezeichnete, in die Ecke zu werfen, als sich durch derartige Bundesgenossen in seinen Unternehmungen behindert zu sehen, zumal das wichtigste Mitglied, Hannover, durch die englische Allianz fester als durch den Unionsvertrag mit Preußen verbunden war. Solange der Friede währte, konnte man sich ja die zwar wenig einbringende Popularität des Fürstenbundes gefallen lassen, der das Entzücken politischer Schriftsteller bildete. Imponderabilien, wie Anerkennung oder Nichtanerkennung der Kammergerichtsurteile, hatten in der öffentlichen Meinung Deutschlands einigen Wert, und Hertzberg war deswegen z. B. in der lütticher Affaire dafür, daß Preußen sich an der Exekution des Wetzlarer Spruches beteiligte*). Auch die Grobheiten des Kurfürstenerzkanzlers, der im Dezember 1789 aus Anlaß derselben Angelegenheit mit dem Austritt aus der Union drohte, konnte man hinnehmen, wenn man sie auch ignorierte[2]). Aber der Ernst eines großen Kriegs erforderte ein ruhiges Hinwegschreiten über das niedrige Gestrüpp dieser Verhältnisse**).

Als daher im November 1789 in Berlin der Gedanke auftauchte, durch Verhandlungen in Dresden eine engere Allianz herbeizuführen, riet Hertzberg dringend davon ab[3]). Der furchtsame Kurfürst werde nicht darauf eingehen wollen, und sein Günstling Marcolini alles zu Ohren des Wiener Hofes bringen. Unmittelbar vor Ausbruch des Kriegs müsse man Sachsen die Wahl stellen; dann sei der Erfolg nicht zweifelhaft. Der König gab auch vorläufig den Gedanken auf, bis im Januar 1790 der sächsische Gesandte plötzlich erklärte, Sachsen habe die Absicht, mit Österreich eine Neutralitätskonvention abzuschließen[4]). Es ist nicht bekannt, wie Hertzberg sich dazu gestellt hat; man kann annehmen, daß er eine solche für den Fall, daß der König den Krieg ernstlich wollte, freudig begrüßt haben würde, weil sie Preußen einen trefflichen Vorwand gegeben hätte, Sachsen nach seinem Interesse zu behandeln. Ganz anders verfuhr der König. Nachdem der sächsische Gesandte jene Erklärung abgegeben hatte, beauftragte er Hertzberg, auf Grund des Fürstenbundsvertrags gegen den Abschluß dieser Konvention zu protestieren und, obwohl der Minister ihm bemerkte, daß keine Ver-

*) Vgl. Anhang II.

**) Auch die Pläne und Absichten Carl Augusts von Weimar, des eigentlichen Hauptes der Fürstenbundsbestrebungen, müssen auf Grund der eigenen Mitteilungen Droysens (Zur Geschichte der deutschen Partei in Deutschland, 1854. Gedr. in den Abhandlungen z. n. Gesch.) in der Hauptsache als wohlmeinend, aber konfus bezeichnet werden.

pflichtung Sachsens zur Teilnahme an einer preußischen Offensive vorliege, wies er ihn an, eine Note in diesem Sinne abzuschicken. Die Antwort des sächsischen Ministeriums pochte natürlich auf die Abmachungen des Fürstenbunds. Der König kam nun auf die unglückliche Idee der engeren Allianz zurück, und ohne weitere Ankündigung schickte er Luccheſini auf der Rückreise nach Warschau nach Dresden, um den Kurfürsten zu überraschen (2. Febrnar). Friedrich August war schon früher Hoffnung auf die polnische Königskrone gemacht worden; Hertzberg wünschte einen sächsischen Wahlkönig auf dem polnischen Thron, was seit 1788*) die Abhängigkeit Polens und Sachsens zugleich von Preußen bedeutet haben würde. Der König war mit der Wahl des sächsischen Kurfürsten trotz einiger vorübergehender anderer Pläne einverstanden; er wünschte aber ein erbliches Königtum hergestellt zu sehen, was Hertzberg stets als dem preußischen Interesse widersprechend bezeichnete. Die Polen rechneten bei ihren Reformen, die dem Lande eine größere Selbständigkeit geben sollten, von vornherein auf die guten Beziehungen zwischen dem Berliner und Dresdener Hof [5]). Die Sachsen in der Umgebung Friedrich Wilhelms, Bischoffwerder, Lindenau, der Oberstallmeister, und der Graf Brühl, der Erzieher des Kronprinzen, genossen ja einen besonderen Einfluß, und Bischoffwerder war zudem mit Marcolini, seinem sächsischen Kollegen, persönlich befreundet [6]) **).

Luccheſini hat nun wahrscheinlich den Auftrag gehabt, als Preis der Allianz dem Kurfürsten die polnische Königskrone anzubieten, obwohl sich in seinen Berichten an den König keine Spur davon findet. Vielleicht sollte er auch allgemeine Andeutungen über etwaige Erwerbungen Sachsens bei einem glücklichen Kriege machen [7]). Hertzberg

*) Vgl. S. 16. 21.

**) Italiener spielten in Dresden, Warschau, Berlin und Wien eine hervorragende Rolle. Marcolini, der frühere Silberpage Friedrich Augusts, war als Prior des Ritterordens St. Stephan zu Pisa von dem Großherzog von Toskana abhängig (vgl. O-Byrn, Camillo Graf Marcolini 52). Luccheſinis erster wichtiger diplomatischer Auftrag war die Herstellung eines Einvernehmens zwischen Preußen und der Kurie zur Zeit der Mainzer Koadjutorwahl. In Warschau übte der Pater Piattoli, früherer Prijarenmönch, dann Atheist und Mitglied der Société de la Propagande, einen großen Einfluß aus; er scheint der Haupturheber der polnischen Revolution vom 3. Mai zu sein (vgl. über ihn Kalinka, der 4 jährige polnische Reichstag, II 709 ff.). In Wien besaß Manfredini, Erzieher Ferdinands III. von Toskana, die Gunst Leopolds, in dessen Umgebung er bis zur Übernahme der toskanischen Regierung durch Ferdinand (März 1791) verblieb. Manfredini ist jedoch den anderen Höflingen nicht an die Seite zu setzen.

hatte aber richtig prophezeit. Der Kurfürst wich so vorsichtig allen positiven Erklärungen aus, daß Lucchesini sich nicht einmal über seine Absichten Klarheit verschaffen konnte. Die Allianz fiel unter den Tisch. Die einzige Folge der Sendung Lucchesinis war, daß Sachsen den formellen Abschluß einer Konvention mit Österreich unterließ. Nicht wenig trugen aber dazu die Drohungen bei, mit denen Hertzbergs Noten versehen waren. Der Kurfürst hatte die Angst, daß der Abschluß der Konvention vielleicht doch den Ausbruch des Kriegs beschleunigen könne. Sachsen hatte den Frieden um so nötiger, als bedenkliche Zeichen von Unruhe in der Landbevölkerung auftraten, die sich später, zur Zeit der Reichenbacher Verhandlungen, zu einem sehr ernsten Aufruhr gestaltet haben*).

Sachsen neutral.

Immerhin war Österreich des guten Willens des Kurfürsten versichert. Nach Josefs Tod entspann sich eine eifrige Korrespondenz der beiden Souveräne. Anfang April zogen die an der sächsischen Grenze aufgestellten österreichischen Truppen allmählich nach Schlesien zu. Auf den Wunsch Leopolds schrieb der Kurfürst an Friedrich Wilhelm, er versichere ihn, daß Leopold den Krieg nicht wolle. Die Antwort des Königs traf erst nach einem Monat ein. Auch in Wien mußte sich der kleine neutrale Staat manche Demütigung gefallen lassen. Kaunitz fuhr einmal den sächsischen Gesandten, als er in guter Absicht einen von Hertzberg eingeblasenen Vermittlungsvorschlag vorbrachte, inmitten einer Gesellschaft mit den Worten an: Vous êtes chargé, monsieur, d'une ouverture incroyable, incroyable! ohne eine Entgegnung abzuwarten. Das Verhältnis der Souveräne war aber ein sehr inniges. Leopold fühlte sich dem Kurfürsten für sein Benehmen sehr zu Dank verpflichtet, ja er bemerkte einmal, wenn es zum Frieden komme, so sei das hauptsächlich dem Kurfürsten zu verdanken[8]). Vielleicht hat Friedrich August noch in anderer Weise, als durch die Ablehnung der preußischen Allianz und die Mitteilung wertvoller Nachrichten vom Berliner Hof, im Interesse Österreichs gewirkt. Nach Abschluß der Reichenbacher Verhandlungen bot Leopold ihm das goldene Vließ an. Der Kurfürst aber bat um Aufschub, damit es nicht als Remuneration für geleistete Dienste angesehen werde.

*) Zweifellos hat nicht nur der germanische Charakter, sondern vor allem die Zersplitterung Deutschlands eine große revolutionäre Bewegung verhindert. In fast allen Einzelterritorien fanden mehr oder minder gefährliche Aufstände oder Tumulte statt.

XI. Die preußisch-polnische Allianz.

Ein Ereignis von den schwersten Folgen für den Ruf der preußischen Politik war der Abschluß des Bündnisses mit Polen.

Preußen und Polen seit Herbst 1788.

Die Deklarationen, die Preußen im Herbst 1788 in Warschau abgegeben hatte, hatten nur die Bedeutung gehabt, daß die Polen versichert wurden, sie würden von preußischer Seite in ihren Reformanläufen, die ja gegen die Garantieverträge verstießen, nicht behindert werden. Hertzberg war eine mäßige Besserung der inneren polnischen Verhältnisse nicht zuwider. Er wollte sie soweit zulassen, als sie zur Beseitigung des russisch-österreichischen Einflusses diente. Aber er sah als eine Gefahr für Preußen die offenen Bestrebungen der Polen an, die Republik in ein erbliches Königtum zu verwandeln. Das durfte man nach seiner Meinung nur zulassen, wenn die Österreicher aus Galizien entfernt wurden, und andererseits Preußen eine derartige Vergrößerung erhielt, daß es gegen etwaige kriegerische Absichten des neuen Staates geschützt war. Auch eine direkte Allianz oder gar, wie es die Polen beabsichtigten, den Eintritt Polens in ein großes Defensivsystem, das auch Sachsen einschließen sollte, erklärte er als überstürzte und schlecht verdaute Projekte [1]). Wie es sich später herausgestellt hat, eine Allianz mit Polen mußte Preußen schwere Lasten auferlegen, wenn es loyal an ihr festhielt, oder sie mußte notwendigerweise gebrochen werden, sobald sich die Haltung der Kaiserhöfe änderte. Auch Lucchesini konnte sich der Folgerichtigkeit der Hertzbergschen Ausführungen nicht verschließen, er schrieb noch am 15. August 1789 an Hertzberg: „Wie ich sehr wohl fühle, kann die Allianz mit Polen uns nur konvenieren, nachdem wir unseren großen Plan ausgeführt haben, oder aber auf jede Vergrößerung von dieser Seite her verzichtet haben" *). Bei allen Beziehungen zu Polen kam ferner in Betracht, daß man es hier mit einem Alliierten zu thun hatte, der von der individuellen Meinung jedes Ignoranten abhängig war, der es verstand, eine zündende Rede zu halten.

Allianzabsichten.

Mit dem allgemeinen Umschwung der preußischen Politik im Herbst 1789 kam es auch zu einer radikalen Änderung der in Warschau bisher befolgten Haltung. Friedrich Wilhelm wünschte jetzt eine Allianz

*) Auch der beharrliche Gegner Hertzbergs, Schlieffen, erkannte das Unverständige einer Allianz (vgl. Schlieffen 316).

und eine aktive Beteiligung der Polen am Kriege. Über den Wert des ganz untauglichen polnischen Heeres, das sich im April 1790 auf 44000 M. belief [2]), scheint man in Berlin sich nicht klar gewesen zu sein. Jedenfalls hat der König nach Abschluß der Allianz den Gedanken aufgegeben. Außer der Flankierung des preußischen Heeres durch polnische Kavallerie, meinte man, gewähre die Beteiligung Polens am Kriege die Aussicht, daß er sich zum großen Teil auf polnischem Boden abspielen werde. Das war wenigstens der Gedanke Luccheſinis [3]). Diese Berechnung war insofern richtig, als sich die Russen in diesem Falle thatsächlich zunächst ausschließlich gegen Polen gewandt haben würden. Aber diese kurzsichtigen Politiker übersahen, was Hertzberg klar durchschaute [4]), daß sie sich nicht mit einer Abwehr der Polen begnügt haben würden, sondern daß es wahrscheinlich zu großen russischen Annexionen, zu einer Konföderation und zur Beseitigung der preußischen Hegemonie gekommen wäre. Auch Kaunitz hielt eine direkte Beteiligung Polens am Krieg geradezu für vorteilhaft für die österreichische Kriegsführung. Die Neutralität Polens während eines preußischen Angriffs schien ihm noch das Unangenehmste. In jedem Fall aber konnte es nach seiner Meinung nach dem Abschluß einer Allianz nicht zu großen Annexionen seitens Preußens kommen, was immer die Hauptsache blieb [5]). Ein weiteres Argument Luccheſinis für den Abschluß der Allianz war die Besorgnis, daß es dem vereinigten österreichisch-russischen Einfluß vielleicht doch gelingen könne, die neuerdings erworbene Stellung Preußens in Warschau zu vernichten, wenn man ihr nicht einen vertragsmäßigen Abschluß gab [6]). Diese Furcht war grundlos. Kaunitz bot im Februar dem polnischen Gesandten in Wien neben großen Erleichterungen für die polnischen Unterthanen Österreichs eine Allianz mit der Republik an und fügte für seine Person die Versicherung hinzu, daß Österreich gegen die geplanten Reformen der Polen nichts einzuwenden habe. Erfolg hatte dieses Anerbieten nicht. Die Aussicht auf völlige Losreißung Galiziens drängte alle anderen Erwägungen in den Hintergrund. Luccheſini organisierte in Warschau ein geheimes Komittee, das den unzufriedenen Galiziern Befehle erteilte, den größten Einfluß auf die Reichstagsverhandlungen übte und allmählich schlechthin an die Stelle der polnischen Regierung trat *). Unter diesen Umständen hätte es, wenn Friedrich Wilhelm

*) Im Januar schon trat das Komittee, gebildet aus Malachowski, dem Reichstagspräsidenten, zwei Potockis und Ignaz Morski, einem galizischen Adligen, unter

den Offensivkrieg ernstlich wollte, eines besonderen Vertrags nicht bedurft. Die Deputation der auswärtigen Angelegenheiten überließ auch dem Berliner Hof völlig die Formulierung der Bedingungen und den Zeitpunkt der Allianz und erklärte, sie werde sich mit der Versicherung des Königs begnügen, daß er im Fall eines russischen Angriffs während oder nach dem Türkenkrieg Polen nicht im Stich lassen werde [7]). Die Führer der preußischen Partei im Reichstag, von der Stimmung am Berliner Hof unterrichtet, wünschten allerdings einen möglichst schnellen Abschluß des vorteilhaften Bündnisses, und Lucchesini scheint ihren Eifer nicht zügeln gewollt oder verstanden zu haben.

Hertzbergs Nebenabsichten.

Wenn Hertzberg auf die Wünsche des Königs einging, so verfolgte er damit andere Zwecke als Friedrich Wilhelm, der ihm gleichwohl freie Hand ließ [8]). Er mochte mit einiger Skepsis in die Zukunft schauen, wenn er die geringen Fortschritte in den Vorbereitungen zum Krieg bemerkte. Die militärische Lage hatte sich seit den großen Siegen der Verbündeten im Herbst zu Ungunsten Preußens verändert. Die österreichischen Grenzen waren nicht mehr ungeschützt, die preußischen wurden es allmählich *). Was er früher durch die Ausnützung der allgemeinen Lage, das hoffte er jetzt in kleinerem Umfang durch friedliche Vereinbarung mit den Polen zu erreichen. Wenn die Kriegswolke sich doch nicht entlud, dann hatte Preußen immerhin wenigstens einen Teil seiner Wünsche, den Besitz von Danzig und Thorn, verwirklicht. Man hat Hertzberg vorgeworfen, daß er mit verblendeter Eitelkeit an seiner zu Beginn des Türkenkriegs konzipierten Politik festgehalten habe, als die Umstände bereits völlig andere waren. Ganz mit Unrecht. Nachdem der König die seit 1788 unter seiner völligen Zustimmung befolgte Politik im Sommer 1789 gerade im günstigsten Moment aufgegeben hatte, hat Hertzberg auf einem andern, bisher nicht versuchten Wege Preußen einen Teil der nötigen Erwerbungen zu verschaffen gesucht.

Der polnische Handelsvertrag von 1775 war längst veraltet. Auf beiden Seiten war man über die Notwendigkeit einer Erneuerung einig. Namentlich Stanislaus drängte auf eine Abänderung der bestehenden unleidlichen Verhältnisse. Hertzberg hielt es für angezeigt,

---

der Leitung Lucchesinis zusammen (vgl. Kalinka II § 124). Bereits im Januar brach eine bedeutende Revolte in Galizien aus, die 140 Dörfer erfaßte (Instruktion Hertzb.-Finckensteins an Jacobi 8. Febr.).

*) Vgl. S. 51.

das unter allen Umständen den preußischen Staat schwer belastende Bündnis nur dann abzuschließen, wenn die Polen sich zur Cession von Danzig und Thorn verstanden. Um dieselbe noch mundgerechter zu machen, gedachte er ihnen die Herabsetzung des Zolls von 12 auf 4 % und andere Erleichterungen zu gewähren.

Die Personen, auf deren Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse Hertzberg angewiesen war, der preußische Gesandte in Warschau und die polnischen Gesandten in Berlin, erklärten, daß sie den Erfolg gewährleisten könnten [9]). Der Fürst Czartorysky teilte bereits in den ersten Januartagen einigen Mitgliedern der Deputation die Absichten Hertzbergs mit [10]). Auch Lucchesini machte Anfang Januar vor seiner Abreise nach Berlin in Warschau einige Andeutungen [11]). Hertzberg hat später Lucchesini beschuldigt, daß er in dieser Sache nicht den nötigen Eifer an den Tag gelegt habe. Sehr möglich; denn, wie sich später zeigte, nicht nur die preußischen Parteigänger, auch Stanislaus selbst, waren durchaus keine prinzipiellen Gegner einer derartigen Gebietsabtretung, wie die unbesonnenen Politiker, die später den Beschluß vom 6. September herbeigeführt haben. Man kann aber auf Seiten Lucchesinis mehr als Lässigkeit in der Ausführung der Pläne des Ministers annehmen; im Februar hat er in Warschau offen gegen Hertzberg polemisiert, der doch immer noch sein Vorgesetzter war.

Hertzberg wünschte die Cession der Städte in einem besonderen Handelsvertrag zu erlangen; die Aufnahme dieser Bestimmung in das Bündnis hätte die Verpflichtungen Preußens gegen Polen noch bindender erscheinen lassen. Wenn denn wirklich auf Befehl des Königs eine Allianz geschlossen werden mußte, so gebot die Klugheit, die Wohlthat, die Preußen dadurch den Polen erwies, auch nicht unter den Scheffel zu stellen. Stanislaus dagegen, der infolge der Vertagung des Reichstags in diesen Verhandlungen auf einmal wieder eine bedeutende Rolle spielte, wünschte die Bestimmungen über den Handel in den Bündnisvertrag aufgenommen zu sehen. Ob er dabei die Absicht gehabt hat, den Abschluß der Allianz möglichst herauszuziehen oder sie gar unmöglich zu machen, wie die preußische Partei behauptete [12]), ist nicht festzustellen. Seine Meinung drang in der Deputation durch, und die Verhandlungen nahmen naturgemäß eine sehr komplizierte Form an. Am 24. Februar machte Lucchesini, aus Berlin und Dresden zurückgekehrt, die ersten konkreten Vorschläge, unter denen sich die Abtretung von Danzig und Thorn befand. Als die Polen, über den Zwiespalt in der preußischen Regierung wohl unterrichtet, Entrüstung kundgaben,

zog Lucchesini sich sofort hinter den Minister zurück. Er hatte die Schamlosigkeit, den Vertretern eines fremden Staats zu erklären, Hertzberg, der seinen Einfluß in Warschau und bei Friedrich Wilhelm beneide und ihn kompromittieren wolle, habe ihn gezwungen, gegen seine Überzeugung zu handeln. In seinem Bericht an den König vom 27. Februar, nachdem 3 Tage seit der Vorlage des Allianzprojekts verflossen waren, erklärte er, es sei keine Aussicht auf die Erwerbung von Danzig und Thorn, und es sei zu befürchten, daß die Polen sich Österreich zuwenden würden: eine wenig glaubhafte Angabe, da zur selben Zeit das Warschauer Komité unter seiner eigenen Leitung mit dem größten Erfolg an der Organisation des galizischen Aufstandes arbeitete. Friedrich Wilhelm, der Schwarz auf Weiß sehen wollte, daß im Krieg mit Österreich Polen auf seiner Seite sei, gab den Anspruch auf Danzig und Thorn auf und beschränkte die weiteren Verhandlungen auf das Bündnis. Stanislaus war durchaus nicht damit einverstanden, er wollte die Handelsverhältnisse nach wie vor in Verbindung mit der Allianz geregelt wissen, aber dem Reichstag gegenüber mit einer Majorität, die stürmisch auf den Abschluß des Bündnisses hindrängte, war kein Widerstand denkbar. So kam es am 29. März wirklich zu stande. Ein reines Defensivbündnis, verpflichtete es Polen nicht einmal zur Unterstützung im Fall einer preußischen Offensive, die man trotz der Langsamkeit der Rüstungen doch im Sinne hatte. Selbst wenn es gelang, Österreich die Rolle des Angreifers zuzuschieben und damit Polen in den Krieg hineinzuziehen, die Verpflichtungen Preußens überwogen in diesem Vertrag derartig die Rechte, daß er überhaupt nur verständlich ist, wenn man annimmt, daß der König für seine Person ihn in diesem Moment zu seinem Schutz für nötig hielt[13]). Wenn die beiden Kaiserhöfe, den Bruch der Garantieverträge zu gerechtem Anlaß nehmend, an eine zweite polnische Teilung oder auch nur an eine Wiederherstellung der alten Verfassung gingen, hatte' Preußen die Verpflichtung, mit 30000 Mann, eventuell mit seiner ganzen Macht diesen Staat zu unterstützen, dessen eignes Heer sich nur auf einige 40000 Mann untauglicher Truppen belief. Das Fortbestehen dieses verrotteten Staatswesens, das seit 1772 nur durch die Eifersucht der 3 Teilungsmächte ermöglicht war, sollte jetzt durch die militärischen Kräfte Preußens allein garantiert werden.

Allianz

Noch unbegreiflicher aber wird diese ganze Politik in den folgenden Monaten. Jetzt, nachdem der Vertrag abgeschlossen war, fand der General Kalckreuth, daß das polnische Heer dermaßen wertlos sei, daß

Neutralität Polens.

man besser thue, Polen neutral zu lassen. Hertzberg fügte in einem Bericht über die polnische Neutralität von seinem Standpunkt aus hinzu, daß es ja auch vorteilhafter für Preußen sei, wenn die Polen von etwaigen Erfolgen gegen Österreich ausgeschlossen blieben; Preußen könne dann in Warschau ganz andere Forderungen stellen[14]). Der König verzichtete wirklich auf eine Teilnahme Polens am Krieg, womit er ja unbewußt richtiger handelte, als wenn er bei seiner ursprünglichen Absicht geblieben wäre. Aber die Rolle, die der Republik nunmehr bei einem Krieg mit Österreich zufiel, hätte sie auch ohne ein Bündnis gespielt. Der Druck, den Preußen durch die Unterstützung der galizischen Unzufriedenen auf Österreich ausübte, bestand auch vor der Allianz und ohne sie; der Durchmarsch preußischer Truppen durch polnisches Gebiet und die Erleichterung der Vorproviantierung wäre durch einige Drohungen zu erreichen gewesen. Wenn es nun vielleicht gar nicht zum Kriege mit Österreich kam, dann war Preußen durch die Allianz in seinen notwendigsten Bestrebungen gehindert. Das unnatürliche Bündnis trug schon bei seinem Entstehen den Todeskeim in sich. Das Odium des Bruches aber, den berechtigten Vorwurf der Unehrlichkeit oder mindestens eines unwürdigen, sträflichen Leichtsinnes, haben die zu tragen, die den König zum Abschluß der Allianz bestimmten.

XII. Mangelhafte Rüstung Preußens.

Die Äußerungen des Königs im Herbst 1789, die Allianzverhandlungen mit der Pforte und Polen stellten den Krieg in nahe Aussicht. Man sollte also meinen, die Rüstungen wären wenigstens so eifrig betrieben worden, daß die Sicherheit des Staats gewährleistet war. Nicht einmal das war der Fall. Seit Dezember 1789 versammelte sich an der schlesischen Grenze eine beträchtliche österreichische Armee[1]). Durch den Siegeszug der Verbündeten im September, Oktober und November war ein Teil der Truppen an der Donau entbehrlich geworden. Vielleicht hat nur die Krankheit des Kaisers eine kühne Unternehmung verhindert, die Preußen sehr gefährlich gewesen wäre; Loudon wünschte einen Überfall auf Neisse[2]). Die militärische Lage war schon zu Anfang des Winters zu Ungunsten Preußens verändert. Aber auch ein halbes Jahr später war man in Preußen nicht viel weiter gekommen. Der Termin, auf den der König die Mobil-

machung ansetzte, der 15. Mai, widersprach seiner früher geäußerten Absicht, eine energische Offensive zu ergreifen. Bis dahin konnte an der schlesischen Grenze längst ein überlegenes österreichisches Heer in unangreifbaren Stellungen angesammelt sein, das die Offensive aussichtslos machte*). Denn auf den Durchmarsch durch Sachsen hatte der König verzichtet. Wenn gar bei Leopold ein kriegerischer Geist die Oberhand gewann, dann war die Okkupierung eines Teils der Grafschaft Glatz, ja die Überrumpelung der Festung Glatz selbst kein Ding der Unmöglichkeit. Die preußischen Offiziere wunderten sich, daß die Österreicher nicht losschlugen[3]). Noch bis in den Juni hinein waren die Gegner im entschiedenen Vorteil, und die Versicherung des österreichischen Gesandten, daß Leopold keine feindseligen Absichten habe, nahm Friedrich Wilhelm wirklich einen Stein vom Herzen[4]). Erst Ende Juni war Preußen überhaupt im stande, einem österreichischen Angriff zu begegnen. — Zu den wundesten Punkten der preußischen Kriegsrüstung im Einzelnen gehörten die Proviantverhältnisse, die sich trotz jahrelanger Vorbereitungen oder Anläufe zu Vorbereitungen in einem kläglichen Zustand befanden.

Mobilmachungsvorbereitungen seit 1788.

Die organisatorischen Vorbereitungen für den Fall des Kriegs hatten schon 1788 begonnen[5]). In den letzten Tagen dieses Jahres war eine Mobilmachungskommission eingesetzt worden, bestehend aus dem Feldmarschall Möllendorff, Vizeoberpräsident des neueingerichteten Oberkriegskollegium, dem Minister Schulenburg-Blumberg**) und dem Chef des Militärdepartements von Groeben. Das Militärdepartement war im Juni 1787 vom Generaldirektorium losgelöst worden[6]), eine Reform, die dem notwendigen Zusammenwirken von Militärbehörden und Provinzialfinanzdepartements nicht förderlich war. Zur Mobilmachungskommission waren jedoch 4 Vertreter des Generaldirektoriums, 3 des Oberkriegskollegiums hinzugezogen. Die Kommission sollte das Proviant- und Magazinwesen so regulieren, „daß im Fall des Kriegs nicht nur der erste Bestand gleich vorhanden war, sondern daß auch ohne Rücksicht auf die Jahreszeit der Feldzug gleich mit Nachdruck begonnen werden

*) Nach einem Bericht des Grafen von Schlabrendorf, der aus Italien zurückreiste, befanden sich Anfang Mai über 150 000 Mann im östlichen Böhmen und um Olmütz (der Bericht liegt der Ministerialkorrespondenz Wien 1790 Podewils-Jacobi bei). Der Graf von Schlabrendorf war ein intimer Freund Bischoffwerders.

**) Schulenburgs Ressorts waren: 1) Magdeburg, Halberstadt, Quedlinburg 2) Bank, Seehandlung, Tabaksadministration.

konnte". Es sollte Fürsorge getroffen werden, „daß man nicht gewinnsüchtigen Entrepreneurs in die Hände fiel, und daß die Magazine auf die wenigst kostbare Art angelegt wurden". Die Kommission hatte die Befugnis, die unter dem Generaldirektorium stehenden Kriegs- und Domänenkammern anzuweisen, nötige Auskünfte zu erteilen. Namentlich Wöllner drängte in einem um dieselbe Zeit an den König gerichteten „pro memoria für sämtliche Minister [7])", in dem er die den Ministern zu stellenden Aufgaben erörterte, auf eine gründliche Vervollständigung der Magazine. „Blumenthal", sagte er, „soll Vorschläge thun, wie nach der diesjährigen Ernte im nächsten Herbst und Winter das Manquement sowohl im Kriegs- als im Friedensmagazin könne gehoben werden. Denn Ew. M. wären nicht ehender ruhig, als bis sie die Magazine wieder angefüllt wüßten". Auch die Schiffbarmachung der Oder, die später bei der Mobilmachung eine bedeutende Rolle spielte, wünschte Wöllner energisch in Angriff genommen zu sehen.

Nachdem dann der König im August 1789 sich für Verschiebung der Aktion entschieden hatte, war im Frühling 1790 um so mehr zu erwarten, daß nach mehr als einem Jahr der Vorbereitung beim Eintritt der Mobilmachung die Proviant- und Transportverhältnisse sich in einem wohlgeordneten Zustande befanden. Das Gegenteil war der Fall.

Proviantwesen.

Die Schuld trägt zum großen Teil das Schwanken in der Getreidepolitik, die in der kurzen Zeit seit Friedrichs Tod mehrere Wandlungen durchgemacht hatte [8]), wahrscheinlich eine Folge der einander widerstrebenden Einflüsse der alten Beamten und Wöllners, der schon in seinen dem Kronprinzen gehaltenen Vorträgen eine freiere Gestaltung derselben verlangt hatte, aber bald auch wieder schwankend wurde [9]). Anfangs, 1787, hatte der König freie Ein- und Ausfuhr angeordnet, mit Ausnahme von Schlesien. Dann waren starke Bedenken aufgetaucht, ob die freie Ausfuhr mit dem Interesse der Magazine zu vereinbaren sei. Mehrere schlechte Ernten und Ausfuhrverbote der angrenzenden Staaten zwangen schließlich zu derselben Maßregel (Januar 1789), die ausdrücklich auf magazinmäßiges Getreide d. h. Hafer und Roggen beschränkt wurde. Es scheint, als ob das Verbot im Laufe des Jahres wieder aufgehoben worden ist [10]), es wurde dann aber im September nicht nur wiederholt, sondern auf sämtliches Getreide ausgedehnt. Auch die Einfuhr polnischen Getreides nach Westpreußen und der Neumark wurde im Dezember untersagt, um den Magazinen einen billigen Einkauf in Polen zu sichern. Trotz dieser letzten Maßregeln befand sich

zu Beginn des Jahres 1790 das Proviantwesen in einem kläglichen Zustande. Im Februar wurde der Oberstleutnant von Schrötter, Mitglied des Oberkriegskollegiums, der bekannte spätere Minister, zu einem großen Getreideeinkauf nach Schlesien gesandt. Er fand, daß trotz der so häufig wiederholten Verbote fast aller Hafer im Lande aufgekauft und bereits verkauft war, sodaß er ihn nur zu sehr hohen Preisen und mit großer Mühe erhielt. Der Roggeneinkauf in Polen war durch eine Menge von Freipässen der Königlichen Magazinverwaltung erschwert, durch die das Verbot in großem Umfang wieder aufgehoben war. Sehr häufig kam es infolge der Nachlässigkeit der Behörden vor, daß die Händler mit ungültig gewordenen Pässen der Vorjahre ihre Geschäfte weiter betrieben. Bei einer solchen Lage war natürlich nicht daran zu denken, eine Erneuerung der alten Magazinbestände vorzunehmen, die der Major v. Gröben als durchaus nötig erklärte. Möllendorff und Schulenburg sahen sich gezwungen, schon im Anfang Mai, also noch vor Beendigung der Mobilmachung eine Herabsetzung der Rationen sämtlicher Regimenter zu beantragen, eine merkwürdige Einleitung für einen Krieg.

Schulenburg-Blumberg.

Sehr möglich ist, daß trotz der verschiedenen Einflüsse, die bei allen entscheidenden Maßregeln unter Friedrich Wilhelm ihr Spiel trieben, und trotz der Unterlassungssünden der Vorjahre einzelnes hätte besser vorbereitet sein können, wenn andere Personen die Leitung der Mobilmachung in der Hand gehabt hätten. Am 10. April wurde Schulenburg-Blumberg zum alleinigen Leiter sämtlicher Mobilmachungs- und Kommissariatsgeschäfte ernannt; auch die Rechnungsführung der gesamten Kriegskosten ruhte in seinen Händen. Die Machtvollkommenheit, die er erhielt, reichte allerdings nicht aus, seinen Willen gegenüber widerstrebenden Organen der Verwaltung durchzusetzen. Die Kriegs- und Domänenkammern erhielten den Befehl, „in Fällen, die keinen Aufschub leiden, den Verfügungen des Ministers parition zu leisten". Die Beurteilung der Verfügungen war ihnen also anheimgestellt. Am 15. Mai sollte die Armee auf den Feldetat gesetzt sein. Noch am 5. April hatten Möllendorff und Schulenburg versprochen, bis dahin oder spätestens 21. Mai solle alles fertig sein. Sie baten nur um die bestimmte Ordre des Königs an Blumenthal, daß die zur Mobilmachung ausgesetzten Fonds prompt zur Auszahlung kämen*).

*) Wie nötig eine derartige Ordre war, zeigt die Thatsache, daß noch später, am 14. April, Blumenthal plötzlich ohne Ordre die Zahlung der Gelder ein-

Der 15. Mai kam heran, und die schlesischen Magazine, auf die die Armee angewiesen war, waren leer. Am 16. erschoß sich Schulenburg. Er hatte alte Bestände durch die Seehandlung verkauft und die Anschaffung frischen Getreides, wofür ihm 1/2 Mill. Thlr. ausgezahlt war, versäumt[11]). In der Aufzeichnung, die er vor seinem Tode machte, warf er alle Schuld auf sich selbst. Großer Unternehmungseifer genüge nicht, um etwas zu leisten, das habe er eingesehen. Er habe zuviel übernommen, und fühle sich nicht fähig, dem Übel beizuwohnen, dem der Staat entgegensteuere. Dasselbe Urteil, das der sterbende Minister über sich abgab, hatte schon vor Jahren Mirabeau gefällt, als der König ihm das erste Mal einen wichtigen Posten gegeben hatte[12]). Hertzberg war mit der Wahl dieses Mannes nicht einverstanden gewesen. Seinen Tod sah er als den eines von Leidenschaft Verwirrten, nicht den eines Märtyrers an[13]). Neuerdings ist Wöllner angeklagt worden, durch geheime Intriguen beim Könige den Tod des Ministers verursacht zu haben[14]); Wöllner erscheint als ein im Finstern wirkender Dämon der Selbstsucht und Heuchelei. Dem widerspricht nicht nur das Selbstbekenntnis des Ministers. Die Mobilmachungsrechnungen ergeben auch, was schon von vornherein wahrscheinlich war, daß eine Summe von 200 000 Thalen, deren Überweisung an Schulenburg Wöllner verhinderte — eben dadurch soll er Schulenburg in den Tod getrieben haben —, bei der Höhe der faktisch an ihn ausgezahlten Gelder garnicht in Betracht kam. Durch Kabinettsordre vom 10. April wurden ihm nicht weniger als 22 Millionen Thaler Trésorgelder zur Verfügung gestellt. Auf diese Anweisung hin ließ er sich bis zu seinem Tode 1 500 000 Thaler auszahlen. Dazu überließ er auf seine Verantwortung Hoym, dem schlesischen Minister, die Disposition über das ganze schlesische Depot von 8 733 500 Thalern. Der schon vorhandene Mobilmachungsfonds oder Kleine Trésor, der durch besondere Kabinettsordres vom Dezember 1789 und vom März 1790 komplettiert war, bestand Anfang April, als Schulenburg die alleinige Leitung der Geschäfte erhielt, aus ungefähr 4 Mill. Thalern. Auch über diesen Fonds hatte er die ausschließliche Verfügung[15]).

Schuld an der mißlichen Lage der Armee war also nicht Wöllner,

---

stellte, wodurch in Berlin — zugleich infolge des Eintreffens der englischen Note betr. Waffenstillstand — das Gerücht entstand, der Krieg sei verhindert (Geusau an den König 14. April, Kriegsarchiv). Der König befahl sofort die Fortsetzung der Zahlungen.

sondern Schulenburg-Blumberg und der König, der ihn auf einen Posten berufen hatte, dem er nicht gewachsen war*). — Mit bemerkenswerter Schnelligkeit und einem weitaus glücklicheren Griff übertrug Friedrich Wilhelm nun das wichtige Amt sofort dem Grafen Schulenburg-Kehnert, dem langjährigen Minister Friedrich II., den er zu Beginn seiner Regierung in Ungnaden entlassen hatte. Er hatte diesen Entschluß gefaßt, ehe Bischoffwerder, dem er verhaßt war, auch nur seinen Namen erwähnen konnte [16]). Das Generaldirektorium wurde angewiesen, sämtliche Kammern gehörig zu instruieren, „daß sie den Verfügungen des Etatsministers Grafen Schulenburg parition leisten". Die Armee scheint ohne größere Verspätung in Schlesien eingerückt zu sein, um die Wende des Mai die ersten, Ende Juni die letzten Regimenter [17]). Aber schon fingen die Klagen über Proviantnot an. Der österreichische Gesandte Fürst Reuß, der sich in Breslau befand, frug Hoym, den schlesischen Minister, wie denn bei den schlechten Ernteaussichten eine so große Armee in Schlesien versorgt werden könne. Hoym erwiderte mit heiterer Miene, es sei so gut dafür gesorgt, daß man Jahre lang einen Krieg soutenieren könne; in seinem Bericht an den König fügte er hinzu: „Wollte der Himmel, daß dieses vollkommen begründet wäre" [18]). Was Wöllner zu verhindern gewünscht hatte, trat ein; die Oder, die Friedrich II. die Nährmutter der Armee zu nennen pflegte, sank so tief, daß der Transport unmöglich wurde. Schulenburg glaubte gleich an Widerspenstigkeit der Glogauer Kammer, als die erwarteten Proviantschiffe nicht eintrafen, und bat den Herzog Friedrich von Braunschweig, seine Autorität in die Wagschale zu werfen, „da dies mit Erhaltung des Ganzen unmöglich bestehen könne". Die Antwort war, daß nichts zu machen sei. Möllendorff machte die skeptische Bemerkung, die Armeen würden wohl mehr mit dem Hunger als mit dem Feinde zu kämpfen haben. Bei den Österreichern war nämlich auch nicht alles zum besten bestellt; infolge des Kriegs mit der Pforte hatte man die Magazine in Böhmen und Mähren angreifen müssen.

Proviantnot.

*) Die Kritik des absoluten Preußens, Lob sowohl als Tadel, hat überhaupt bei dem Könuig einzusetzen. Das Urteil Preuß' über Wöllner ist erheblich einzuschränken. Daß W. den König zur leichtsinnigen Inangriffnahme des Trésor angeleitet habe, ist nicht richtig. In dem genannten Promemoria schlägt er sogar vor, die ersten Kriegskosten nicht aus dem Trésor, sondern durch Anleihen, innere und auswärtige, zu bezahlen, „um den Trésor bis zuletzt zu versparen, wenn etwa der Krieg sich in die Länge ziehen möchte". Glücklicherweise ging der König auf diese zweischneidige Finanzpolitik nicht ein.

In Preußen aber hatte man gar keine Entschuldigung für diese Zustände. Seit 1½ Jahren war man auf dem qui vive und als es Ernst wurde, war nichts in Ordnung.

XIII. Verhandlungen Preußens und Österreichs.

Die Folgen der langsamen und mangelhaften Kriegsrüstung traten sehr bald zu Tage. Als Leopold im Einverständnis mit England zu Ende März die Hand zu einer Verständigung bot, war Preußen garnicht in der Lage, sie zurückzuweisen. Verhandlungen hinderten freilich nicht daran, die Rüstungen fortzusetzen, aber solange sie dauerten, mußte man auch in seinen Forderungen Mäßigung bewahren[1]). In seiner ersten Eröffnung an Friedrich Wilhelm ging Leopold nicht so weit, als als er Lord Elgin in Florenz versprochen hatte. Statt des status quo wünschte er die Erwerbung der sogenannten Passarowitzer Länder. Nach einiger Zeit aber erklärte er, im äußersten Fall auch zur Annahme der buchstäblichen Restitution des Besitzstandes bereit zu sein*). Wenn er dieses Versprechen wirklich erfüllte, dann war Preußen von vornherein jede Möglichkeit zu Erwerbungen abgeschnitten. Mit großer Geschicklichkeit hat Hertzberg bei den Verhandlungen stets dieser Basis auszuweichen gesucht und Österreich vor die Alternative preußischer Erwerbungen und des Kriegs gestellt.

Der Antwort Friedrich Wilhelms auf die erste Eröffnung Leopolds wurde ein Memoire beigelegt, in dem die Aufrichtigkeit derselben in sofern bezweifelt war, als die von Rußland geforderte Unabhängigkeit der Moldau und Walachei ja auch Österreich zu gute gekommen wäre. Solange Rußland daran festhalte, könne man der Behauptung Leopolds, daß er sich mit den Passarowitzer Ländern begnügen werde, keinen Glauben schenken. Dann wurde ausgeführt, Preußen wünsche mit Österreich eine Vereinbarung über beiderseitige Erwerbungen herbeizuführen. Früher hatte Hertzberg an die Restitution von ganz Galizien gedacht. Das war jetzt nicht mehr zu verlangen, und er nahm von Anfang an den Kreis von Zips, Pocutien und Halicz aus**). Dniester

*) Mit Bestimmtheit aber erst am 25. Mai nach Beendigung der preußischen Mobilmachung.

**) Gleichzeitig mit der Absendung der Antwort Fr. W. vom 15. April wurden wahrscheinlich dem ö. Gesandten sogen. Observations mitgeteilt (undatiert. G. St. A.), in denen die Abtretung von ganz Galizien mit Ausnahme von Zips und Pocutien verlangt war. Förmlich erklärte der König seine Absichten aber

und Stryi sollten Polens Grenzen bilden. Zum Entgelt für diese Cession werde Preußen dem Wiener Hof gestatten, die gewünschten Erwerbungen zu machen. Aber schon nach einigen Tagen, am 11. Mai, sah sich Hertzberg gezwungen, auch diese Forderung weiter herunterzusetzen. Die Rüstungen gingen nicht voran, und die Günstlinge Friedrich Wilhelms drängten in ihn, nachzugeben. Am 10. April hatte die Trauung des Königs mit der Gräfin Dönhoff stattgefunden. Obwohl diese geistvolle und sehr energische Dame den Oberst Bischoffwerder mit leidenschaftlichem Haß verfolgte — sie bezeichnete ihn als das apokalyptische Tier, und er hat nicht geruht, bis er ihre Entfernung herbeigeführt hatte —, so scheint sein Einfluß doch höchstens momentan durch sie ernsthaft gefährdet gewesen zu sein. Die Politik oder das, was der König für Politik ansah, die trüben, geheimnißvolle Zwecke verfolgenden Ratschläge einer verdächtigen Gesellschaft, siegte doch meistens über seine Liebe. Die Rosenkreuzer waren mächtiger, als die schönste Frau*). Selbst jetzt,

---

erst am 4. Mai in der Audienz, die er dem Fürsten Reuß erteilte. Hier wurde auch Halicz ausgenommen. Also gleich die zweite Mitteilung war ein Rückzug, der durch die mangelhaften Vorbereitungen verschuldet und geboten war.

*) Die Gräfin Dönhoff schrieb, als sie schon lange den Hof verlassen hatte, folgende höchst charakteristische Worte an eine Freundin: Croyez-vous que le roi aime ceux dont il suit aveuglément les conseils? Il les craint. Savez-vous ce qui est chez lui vraiment plus fort que l'amour? C'est cette diable de dévotion, ce sont ces prières, ces pénitences, ces absolutions distribuées par des coquins, par des visionnaires qui ne seront jamais absous pour tout le mal qu'ils font. Der geradezu unheimliche Einfluß der Rosenkreuzer auf das Gemüt des Königs erhellt aus einem Erlebnis der Baronin de Charrière, einer Freundin der Gräfin: Die beiden Damen warteten eines Tags auf der Rückkehr von Berlin nach Potsdam an dem Schloßgitter von Charlottenburg auf den König, wie er mit ihnen verabredet hatte. Der König trat heraus, mit starrem Blick, ganz in sich versunken, und setzte sich zu ihnen in den Wagen, indem er, ohne sie anzublicken, unverständliche Worte vor sich hin sprach, so daß die Baronin geradezu Furcht ergriff. Zwei Stunden dauerte dieser ekstatische Zustand, worauf er gänzlich niedergeschlagen war. Am anderen Tage war er wieder wie sonst. Die Baronin fügt ihrer Erzählung hinzu wenn sie über die Vorgänge im Charlottenburger Schloß etwas Näheres wüßte, so würde sie es gleichwohl nicht mitteilen. (Ich entnehme diese Mitteilungen einer Une demi-reine betitelten Publikation der Bibliothèque Universelle de Genève 1849 Sept. und Nov., aus Briefen der Dönhoff an ihre Freundin und der Baronin an ihre Verwandten bestehend. Diese mir durch Zufall in die Hände geratenen höchst instruktiven Briefe sind von Sybel namentlich I, 468 benutzt und in der 1. Aufl. I, 156 zu der Bemerkung citiert, daß die Politik für Fr. W. Mittel geistiger Erregung gewesen sei.)

in den Flitterwochen der neuen Ehe, war die Gefahr der Ungnade nicht von langer Dauer. So mußte Hertzberg dem ersten Antrag einen neuen Vorschlag als Idee eines Privatmannes hinzufügen[2]): Österreich solle nur einen Teil der Passarowitzer Länder erhalten, namentlich Belgrad solle ausgeschlossen sein. Dafür brauche es aber auch nur den 4. Teil von Galizien, nämlich den westlichen, zwischen Dunajec und Schlesien gelegenen, und die Stadt Brody im Osten abzutreten. Die Antwort Kaunitz' war ausweichend. Den ersten Vorschlag bezeichnete er als nicht diskutierbar; den zweiten erwähnte er überhaupt garnicht. Inzwischen war die Mobilmachung endlich beendet, die Armee zog in Schlesien ein. Hertzberg blieb dabei, daß Österreich nach seinem zweiten Vorschlag nur einen Teil der gewünschten Länder erhalten solle. Über die Abtretungen in Galizien könne man sich des näheren verständigen. Er halte das Stück zwischen Dniester und Wisloka für geeignet[3]). Das war aber ungefähr die Hälfte von Galizien. Leopold wünschte sehnlichst den Frieden gewahrt zu sehen. Die Position des österreichischen Heeres war günstig, sie war sehr schwer angreifbar. Aber selbst eine glückliche Defensive oder ein siegreicher Angriff hätte bei der allgemeinen Lage der österreichischen Monarchie keine Vorteile, vielleicht Nachteile gebracht. So sandte Leopold seinen Staatsreferendar Spielmann nach Schlesien, um eine Vereinbarung mit Preußen herzustellen.

Hertzberg ging nicht mit großen Erwartungen in die Verhandlungen. Bei der nicht gerade imponierenden Verfassung der Armee und der ungünstigen militärischen Lage, glaubte er nicht mehr, als die Herstellung des status quo erreichen zu können[4])*). Aber er unterschätzte diesmal seine eigenen Fähigkeiten als Unterhändler. Auch hatte er wenigstens eine Zeitlang die Unterstützung Englands. Eine der so häufigen unbedeutenden Streitigkeiten zwischen englischen und spanischen Kaufleuten an der nordamerikanischen Westküste diente Pitt zum Anlaß, auf die Demütigung Frankreichs von 1787 die Spaniens folgen zu lassen. Da das Inkrafttreten des Bourbonischen Allianztraktates nahezu ausgeschlossen schien, so war das Unternehmen gefahrloser, als das gegen Frankreich gewesen war. Eine Mobilmachung mußte ge-

*) In Galizien führte die österreichische Regierung schon am 2. Juni den ersten Schlag gegen die Verschwörer, indem die bisher geduldeten Kommissionen, der Anfang einer Art Landesvertretung, aufgelöst wurden. Preußen konnte es natürlich nicht verhindern. (vgl. Kalinka II 132.).

nügen. Der spanische Stolz aber ließ den Ausbruch eines Kriegs doch nicht unmöglich erscheinen, und für diesen Fall war ein größeres Entgegenkommen gegen den preußischen Bundesgenossen angebracht. So wies Pitt Ende Mai den Berliner und Wiener Gesandten an, ihre Übereinstimmung mit den Hertzbergschen Vorschlägen kundzuthun, worüber Leopold nicht wenig entrüstet war[5]).

Als die Verhandlungen begannen, war aber Hertzbergs Politik der gegenseitigen Konzessionen eigentlich schon der Boden entzogen. Am 23. Juni ratifizierte der König, eine Woche vor Ablauf des Termins, den veränderten unglücklichen Vertrag mit der Pforte[6]). Nur seine kaum glaubliche Schwäche erklärt, daß er nach diesem Schritt, der die Herstellung das status quo zur Folge haben mußte, den Minister noch mehrere Wochen weiter auf der entgegengesetzten Grundlage unterhandeln ließ. Der späte Beginn der Rüstungen war schon ein Abweichen von der mit diesem Vertrag eingeschlagenen Politik gewesen. Der stipulierte Angriff auf die Gegner der Pforte hätte ja im Frühjahr eintreten müssen. Im Juni aber war es in jedem Fall, ob es zum Krieg kam, oder nicht, zwecklos, den Vertrag zu ratifizieren, so weit er gegen Österreich gerichtet sein sollte. Vor Ende August oder Anfang September konnte die Ratifikation nicht in Constantinopel sein. Die türkischen Minister erklärten aber Knobelsdorff, Diez' Nachfolger in Constantinopel, was der König allerdings noch nicht wissen konnte, nicht länger als bis zum 1. August auf dieselbe warten zu wollen[7]). Niemand konnte hoffen, daß die Türken auf das bloße Versprechen der preußischen Bevollmächtigten hin noch in dieser späten Jahreszeit sich gegen die Übermacht der Österreicher wenden würden, im Herbst, wo ihre Armeen häufig auseinander zu laufen pflegten. Es stellte sich später heraus, daß im August die Kampagne schon unwiderbringlich verloren war. Am 15. lösten sich die türkischen Truppen auf[8]). Wenn es also wirklich zum Krieg gekommen wäre, wäre auch noch die sehr geringe Unterstützung weggefallen, die eine Diversion einer kleinen türkischen Armee in Kroatien der preußischen Strategie gewährt hätte.

Ratifikation des Vertrags mit der Pforte.

Es war Hertzberg bisher gelungen, unter den verschiedenartigsten Vorwänden, die auf die Bestimmbarkeit des Königs das hellste Licht werfen, die Ratifikation zu verhindern. Zuerst hatte er ihn darauf aufmersam gemacht, daß der Abschluß mit der Pforte einem Bruch mit Österreich gleichkommen werde. Die Unterzeichnung des Vertrags hätte ohne weiteres den Österreichern das Recht gegeben, in Schlesien einzu-

fallen, und Preußen hätte es nicht verhindern können. Der König hatte das auch vollkommen eingesehen und Hertzberg gleichzeitig angewiesen, aus dem Brief an Leopold alles zu entfernen, was wie ein Ultimatum aussähe. Aber er hatte Angst, daß die Pforte vielleicht mit Österreich Frieden schlösse[9]). Später, als er von neuem auf die Ratifikation drängte, hatte Hertzberg von der Schwierigkeit ihrer Abfassung und der großen Mühe, die die Formalitäten einer derartigen Urkunde machten, ja sogar von den bedeutenden Kosten eines Kuriers gesprochen, weswegen man besser einen Feldjäger nehme*). Aber jetzt, wo die Armeen sich einmal einander gegenüberstanden, und die Sprache der österreichischen Minister in Wien trotz der bestehenden Verhandlungen eine kriegerische war, glaubte der König, sich der Pforte durchaus versichern zu müssen[10]) und es auch ohne die Gefahr eines sofortigen österreichischen Angriffs thun zu können. Er ratifizierte den Vertrag, um Preußens Existenz als unabhängige Macht zu retten, die in seinen Augen gefährdet war[11]). Am 25. ging ein Feldjäger mit der Ratifikationsurkunde ab, zuerst nach Berlin, um die Unterschrift Finckensteins und verschiedene Formalitäten zu erwirken, obwohl der König am 24. die Unterlassung derselben und die direkte Reise über Dresden befohlen hatte[12]). Hertzberg hätte gewünscht, daß Finckenstein, der mit ihm während dieser Monate ganz einer Meinung war, ihn noch länger in Berlin gehalten hätte, aber der König schickte auch dorthin den ausdrücklichen Befehl, die Abreise des Jägers zu beschleunigen[13]). Hertzberg hatte aber dafür gesorgt, daß die Urkunde nicht zu früh in Constantinopel ankam. Der Jäger bekam den Auftrag, auf der Reise krank zu werden, was denn auch in Venedig pünktlich eintraf[14]), und nach Abschluß der Reichenbacher Verhandlungen erhielt die Pforte einen ganz neuen Vertragsentwurf übersandt.

Aussicht auf Erwerbungen.

Trotz der Ratifikation ging nun in der ersten Zeit der Verhandlung alles nach Hertzbergs Wunsch. Der König ließ ihn auf Grundlage der bisherigen, dem eben ratifizierten Vertrag widersprechenden Cessionsvorschläge unterhandeln**). In den ersten Konferenzen erklärten

---

*) Irgend ein unwesentliches Vertragsinstrument wurde aber doch abgeschickt, wie aus einem Brief Friedrich Wilhelms an Hertzberg vom 21. Juni hervorgeht: J'espère que le traité que j'ai signé dernièrement avant de quitter Berlin fera déjà un bon effet à Constantinople. (G. St. A.)

**) Hertzberg gestand aber schon am 24. Juni nach Ratifikation des Vertrags den Gesandten Ewart und Reede: Sa Majesté n'entre dans aucun détail avec

die Österreicher, bereit zu sein, ohne Rußland abzuschließen. Sie verlangten aber die Zustimmung Preußens zur Erwerbung nicht nur der ganzen Passarowitzer Länder, sondern auch noch eines großen Stücks von Kroatien bis zum Flusse Urbas, das sich noch nicht in ihren Händen befand. Auch auf Belgrad wollten sie nicht verzichten. Hertzberg, dem es darauf ankam, nur endlich in den Besitz der polnischen Gebiete zu kommen, ging auch darauf ein. Noch mehr, er ließ auch eine Verminderung der galizischen Cessionen zu. Österreich sollte nur einen Teil des nordöstlichen Galiziens (Zolkiew, Zamosc, Brody) und die Salinen von Wieliczka abtreten. Dagegen präzisierte er jetzt die von den Polen herauszugebenden Länder auf Danzig, Thorn, ein großes Stück Landes zwischen Netze, Warthe und kleine Warthe und einige andere kleinere Gebietsteile. Es ist allerdings nicht wahrscheinlich, daß die Polen über das Zustandekommen einer derartigen Vereinbarung sehr erfreut gewesen wären. Immerhin war es für sie vorteilhafter, die galizische Restitution wenigstens teilweise, als garnichts zu erhalten, was die Folge des status quo gewesen wäre. Damit wäre die seit Jahren geübte Agitation in Galizien nutzlos in den Wind verweht gewesen. Die verständigen Reichstagsmitglieder waren einer Abtretung der Städte Danzig und Thorn nicht abgeneigt; gerade am 15. Juli, als Hertzberg die bisherigen Verhandlungen abbrechen mußte, wurde im Reichstag der mehr aus patriotischem Gefühl als aus patriotischem Verstand hervorgegangene und später, am 6. September, wiederholte Antrag abgelehnt, daß die Republik keinen Teil des Staatsgebiets veräußern dürfe[15])*). Schließlich hatte Preußen sich durch Nichts verpflichtet, den Polen wieder zu ihrer alten Provinz oder zu einem Teil derselben zu verhelfen. Für einen derartigen Dienst konnte es wohl eine entsprechende Gegenleistung verlangen.

---

moi. Je suppose qu'Elle croit qu'il s'agit pour le moment d'une négociation particulière entre Elle et le Roi d'Hongrie (G. St. A.)

*) Auch gegen den Antrag vom 6. September sprachen sich alle politisch denkenden Männer aus: der König selbst, Czartoryski, die Potockis, Ignaz Morski und viele andere. Der Fürst Jablonowski, polnischer Gesandter in Berlin, wiederholte Hertzberg am 15. Juli, daß Danzig und Thorn zweifellos wäre abgetreten worden; der König hätte sich nicht lassen sollen détourner par les criailleries de quelques particuliers (H. an Lucchesini 15. Juli). Er meinte jedenfalls den Galizier Morski damit, der sich seit Beginn der Reichenbacher Verhandlungen um den König befand (H. an Lucchesini 28. Juli. G. St. A.).

Die Antwort Kaunitz', der durch seine Instruktion die Verhandlungen leitete, auf diesen Vorschlag Hertzbergs, vom 7. Juli datiert und am 13. dem Minister vorgelegt, war sehr ausführlich gehalten[16]). Die letzten preußischen Cessionsvorschläge wurden für undiskutierbar erklärt. Man werde lieber auf den buchstäblichen status quo zurückgehen, wenn Preußen darauf bestehe. Doch sei man bereit, 80 Quadratmeilen mehr abzutreten, als Spielmann zuletzt angeboten habe, und zwar sollten die Cessionen in einem großen Teil des nordöstlichen Galiziens, dem Distrikt von Zamosk, der Hälfte der Distrikte von Zolkiew, Brody und Tarnopol bestehen. Dazu sollte den Polen statt der Abtretung einer Saline das Salz zu einem festgesetzten billigen Preis geliefert werden. Mit „redlicher Offenherzigkeit" machte Kaunitz darauf aufmerksam, daß die Pforte möglicherweise den noch nicht eroberten Urbaser Distrikt nicht herausgeben wolle, oder nicht den nötigen Druck auf ihre Vasallen ausüben könne. In diesem Fall verlangte er ein kleines Stück polnischen Gebiets, von wo aus Chotin beherrscht werde, und unbestimmt gelassene Stücke in der Moldau.

Zweifellos konnten diese Vereinbarungen nur getroffen werden, wenn Preußen und Österreich gemeinsam einen Druck auf die Pforte ausübten. Nach den Maßregeln, die Hertzberg getroffen hatte, war Preußen durch nichts gefesselt. Die Pforte mußte zufrieden sein, wenn sie auf diese Weise die Hälfte, und zwar die bessere, der eroberten Gebiete zurückerhielt.

XIV. Wendung vom 15. Juli.

Der König hatte bisher Hertzberg ruhig gewähren lassen. Aber jetzt trat der unheilvolle Einfluß der gegen Rußland gerichteten englischen Politik ein. Die Engländer hatten sich nicht aus irgendwelchem Interesse für die Pforte stets für eine ungefähre Herstellung des Besitzstandes ausgesprochen, sondern weil sie glaubten, bei der Expansionslust Rußlands am ehesten so ihren Zweck der Sprengung des österreichisch-russischen Bündnisses und der Isolierung Rußlands[1]) erreichen zu können. Nur wenn Österreich auf seine Eroberungen verzichtete oder doch nur geringfügige Erwerbungen machte, war eine Lockerung der Allianz sicher zu erhoffen. Es ist aber keine Rede davon, daß sie das Fortbestehen der Allianz mit Preußen von dessen Übereinstimmung mit dieser Ansicht abhängig gemacht hätten. Zeitweise unterstützten sie

sogar die über den status quo weit hinausgehenden Forderungen Hertzbergs, einmal infolge des Konflikts mit Spanien, und zugleich in der Erwartung, daß Österreich vielleicht auch so zur Trennung von Rußland zu bewegen sein werde. Leopold war über die Haltung Englands während des ersten Teils der Reichenbacher Verhandlungen, die so sehr im Widerspruch zu früheren Versprechungen zu stehen schien, äußerst erbittert. Allmählich aber ging Ewart wieder auf die alte Methode zurück [2]), und er hatte um so leichteres Spiel, als durch die Ratifikation des türkischen Vertrags, den früher England als einen offensiven scharf getadelt hatte, nunmehr die Rückkehr zum status quo für den König nur noch eine Frage der politischen Ehrlichkeit geworden war. Er machte zugleich die Andeutung, daß Preußen sich die Städte Danzig und Thorn mittelst eines durch England und Holland garantierten Handelsvertrags verschaffen könne [3]). So kam man wieder auf die Hertzbergsche Idee vom Anfang des Jahres zurück. Aber eine Garantie durch die Seemächte hätte die Aufhebung des hanseatischen Privilegs der Danziger Bürger, des sogenannten ius stapulae, bedeutet; Engländer und Holländer hätten den gewinnreichen polnischen Handel in die Hand bekommen. Auf den König machte dieser zur Erwerbung der Städte vorgeschlagene Ausweg keinen großen Eindruck [4]); es war ihm vor allem darum zu thun, den Österreichern jeden Vorwand zu türkischen Erwerbungen zu nehmen. Solange Preußen sich mit Erwerbsplänen trug, konnten sie immer wieder den Anspruch auf Äquivalente erheben. Aber die eifrigen Ausführungen Ewarts, daß die Forderung des status quo die einzig richtige Politik sei, trafen vollkommen mit seinem Gedankengang zusammen. Nach dem Abschluß der Reichenbacher Verhandlungen dankte er dem Gesandten in sehr herzlicher Weise für die Unterstützung, die ihm England in den letzten Wochen gewährt habe. Die beiden englischen Gesandten in Wien und Berlin beglückwünschten sich zu ihren Erfolgen. Keith schrieb an Ewart: „Im Gegensatz zu zwei allmächtigen Ministern haben wir zwei hauptsächlich bewirkt, daß diese heilsame Konvention zustande kam“ [5]). Und der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Sir James Bland Burges konnte rühmen, „daß dieses große und gute Werk ganz allein durch die Weisheit und Mäßigung unserer Regierung zustande gekommen ist, die durch ihr beharrliches Festhalten an den ursprünglich dargelegten Prinzipien die heftige und schwankende Politik des Berliner Hofes in die richtige Temperatur gebracht und den hitzköpfigen Monarchen und seinen nicht weniger stürmischen Minister gezwungen hat, fortan in terminis zu marschieren“ [6]).

Von großem Gewicht war bei dem König auch die Meinung Lucchesinis. Hertzberg hatte seine Anwesenheit in Reichenbach und Schönwalde gewünscht, um sich mit ihm über die Behandlung der Polen zu verständigen, wenn es zum Abschluß mit Österreich kam. Der Gesandte hatte von Warschau aus, in völliger Unkenntnis der militärischen Lage, auf die Kunde von der Herabsetzung der preußischen Forderungen dem König vorgestellt, daß die Polen mit einem kleinen Stück Galiziens sich nicht begnügen würden; man müsse den Österreichern mit dem Schwert ganz Galizien nehmen. Als er nach Schönwalde kam, gingen ihm die Augen auf. Aus dem Anhänger einer kriegerischen Politik wurde er plötzlich zum Vertreter der Herstellung des buchstäblichen status quo, die den Frieden verbürgte, aber auch den Verzicht auf Danzig und Thorn [7]). Vielleicht bewog ihn auch die Aussicht, bei den zu erwartenden Kongreßverhandlungen eine große Rolle zu spielen, zu diesem Gesinnungswechsel.

Mit schöner Festigkeit und Konsequenz suchte Hertzberg gegenüber all diesem Widerstand an der Erwerbung der Städte festzuhalten. Es gelang ihm nicht. Der König befahl ihm kategorisch, seinen Willen zu erfüllen und die buchstäbliche Herstellung des Besitzstandes zu verlangen. Die österreichischen Unterhändler hatten denselben bisher, wenn darauf die Rede kam [8]), mit der Cession verschiedener Gebiete durch die Türken vereinbar gehalten. Orsowa, St. Elisabeth, der Distrikt der Unna in Kroatien, eine kleine Lisière längs der Donau und die Sprengung von Belgrad waren ihre bescheidenen Forderungen. Am 15. Juli erklärte ihnen Hertzberg, daß Preußen den absoluten Verzicht auf jede, auch die geringste Erwerbung verlange, und Ewart unterstützte ihn auf eigene Verantwortung. In 8—10 Tagen forderte er Antwort.

Wünsche Friedrich Wilhelms.

Der König war weit davon entfernt, mit Gewalt den Krieg herbeiführen zu wollen. Derartige Entschlüsse, die einen energischen Willen, Sicherheit des Urteils und Beherrschung der möglichen Kombinationen voraussetzen, waren nicht seine Sache. Er ließ die Dinge an sich herankommen. Es war ihm wohl bewußt, daß Leopold sich mehrmals zur Herbeiführung auch des buchstäblichen status quo erboten hatte und in der neuen Forderung Preußens also keine Herausforderung sehen konnte [9]). Am 12. Juli hatte er sogar noch die Absicht, Leopold von seiner Sinnesänderung durch einen eigenhändigen Brief zu unterrichten, den der Graf Lusi überbringen sollte [10]). Eine Zeit lang dachte er wohl daran, die Garantie der ungarischen Konstitution

durch Preußen zu verlangen. Als Hertzberg ihm aber vorstellte, daß eine solche Forderung den unmittelbaren Bruch herbeiführen werde, und vielleicht auch auf einen Brief des Herzogs von Braunschweig hin, der ihn auf das gemeinsame Interesse aller Souveräne gegenüber ihren aufrührerischen Unterthanen aufmerksam machte*), erklärte er, sie nicht zur conditio sine qua non machen zu wollen (12. Juli). Der Gedanke behielt wohl etwas verführerisches für ihn, selbst nachdem er das Ultimatum gestellt hatte; aber abgesehen von der moralischen Unmöglichkeit einer neuen Schwenkung erklärte Ewart am 18. Juli auf das Nachdrücklichste, daß England Preußen nicht unterstützen werde, falls es die Garantie Ungarns mit der Forderung des strikten status quo verbinde und den Krieg dadurch herbeiführe [11]).

Zweifellos aber ist, daß der Krieg, wenn es denn dazu kam, dem König nicht unwillkommen gewesen wäre. Er hoffte vielleicht, nun doch noch einen Teil der Pläne verwirklichen zu können, die ihm früher durch den Kopf gegangen waren. Nach seiner Berechnung sollten sich Preußen und Türken vor Wien — die Türken von Croatien her —, Preußen und Schweden vor Petersburg die Hand reichen, und der Nachfolger Diez', der Major von Knobelsdorff, und der Oberst von Götze, sein früherer Adjutant, der sich im türkischen Lager befand, hatten dieses Luftgebilde als eine berechtigte Erwartung bezeichnet [12])**). Er sonnte sich mit einem gewissen Genuß an dem glänzenden, die Machtfülle des Staates darstellenden Leben des Kriegslagers. Er äußerte Hertzberg gegenüber, an der Spitze des Heeres müsse er weniger conciliant sein, als in der Stille des Kabinetts, ein Ausspruch, der seine Abhängigkeit von momentanen Eindrücken sehr gut bezeichnet.

---

*) Am 11. Juli: Cette rage des soulèvements des Peuples gagne à un point incroyable, et comme il est impossible de prévoir tous les Evénements, je la regarde comme la chose du monde la plus dangereuse pour les chefs des nations de soutenir des peuples révoltés contre leurs maîtres, ce qui ne peut être utile, quoique toujours dangereux, qu'au moment d' une guerre. (G. St. A.) Dieser Brief ist das einzige sichtbare Zeichen für das Vorhandensein einer antirevolutionären Tendenz am preußischen Hofe in dieser Zeit. — Der Herzog befand sich in Frankenstein nnd sollte im Kriegsfall die zweite Armee kommandieren.

**) Er scheint an die Eroberung Böhmens oder eines Teils von Böhmen gedacht zu haben, wie indirekt zu schließen ist. Die Türken boten — wahrscheinlich nicht im Ernst — ihre Garantie bei etwaiger Eroberung Böhmens an (Knobelsdorff 29. Juli G. St. A.). Einige auf derartige Absichten zu beziehende Notizen bei G. Wolf, Österreich u. Preußen 170 u. a.; v. d. Goltz, Roßbach u. Jena 113.

Militärische Unordnung.

Mit Stolz sprach er von seiner ausgezeichneten Armee. Gleichwohl war die Tüchtigkeit derselben doch schon damals nicht über allem Zweifel erhaben. Im Februar hatte der Major von Lindenau, der im Herbste 1789 angeblich wegen einer Schrift über die preußische Taktik den Dienst hatte quittieren müssen und sich nun im österreichischen Generalquartiermeisterstabe befand — er hat sich in den späteren Feldzügen ausgezeichnet und war ein sehr populärer Offizier —, den Österreichern die militärischen Zustände Preußens in den schwärzesten Farben gemalt und ihnen demonstriert, daß ein Angriff unter diesen Umständen unfehlbaren Erfolg haben werde [13]). In Petersburg war man sogar des übertriebenen Glaubens, beim Ausbruch des Kriegs werde sich ein Teil der Armee auflösen [14]). Eine Äußerung von Hertzberg lief um, daß die Armee nicht mehr die alte sei [15]). Die Veteranen meinten, der prächtige Troß des Königs mache mehr den Eindruck, als ob es zu einer Revue als zum Kriege gehe. Mehr als 100 schön gezäumte Maultiere trugen das Gepäck der königlichen Hofhaltung [16]). Auch zwei Komödiantentruppen waren mit ins Feld gezogen, und der Fürst von Ligne *) machte die witzige Bemerkung [17]): On a tort d'avoir cent chariots de bagage et deux troupes de comédie, qui me font croire, que les autres troupes ne serviront point à la tragédie. Eine Menge von untergeordneten Personen mischte sich in die wichtigsten Heeresverhältnisse, zur Entrüstung der wenigen Sachverständigen [18]). Die ersten Männer der Monarchie waren einstimmig in der Verurteilung dieser Zustände, Militärs wie Minister. Ihre Ansichten hatten aber keinen Einfluß. Der militärische wie politische Einfluß des Herzogs von Braunschweig war in dieser kritischen Zeit so gut wie aufgehoben. Schon im Februar äußerte er Freunden gegenüber seine Absicht, den preußischen Dienst zu verlassen. Seine Unentschlossenheit und reservierte Haltung, eine Folge seiner weitverzweigten Verbindungen und Verhandlungen — während der Reichenbacher Vorgänge stand er in Unterhandlung mit den Belgiern, die ihm als Preis seiner militärischen Dienste Limburg, Geldern und Luxemburg versprachen —, hinderte ihn, das niedrige Intriguengewebe, in das der König eingesponnen war, zu zerreißen und seine männlichen Tugenden aufzustacheln, wozu er am ersten im Stande gewesen wäre.

*) Er hatte vor dem Tode Josefs einen Teil des in Ungarn stehenden Heeres nach Böhmen und Mähren geführt und befand sich in dem Lager von Alt-Titschein an der böhmischen Grenze.

Seine Stellung war freilich keine leichte. Sein Landes- und Familien-Interesse wies ihm eine zwischen Preußen und England vermittelnde Stellung zu, wobei das natürliche Schwergewicht der glänzend vertretenen englischen Interessen leicht überwog. Im vorigen Jahr, ja noch bis in den April hinein war er für eine Verschiebung der Aktion oder Neutralität im Sinne der Engländer gewesen. Noch am 12. April forderte er Hertzberg auf, sich mit Blumenthal, Schulenburg und Möllendorff zu verständigen, um den König vom Krieg abzuhalten. Zu Ende des Monats bekehrte er sich zur Mobilmachung. Seine Absicht, die Entlassung zu nehmen, befestigte sich aber immer mehr. „Er wünsche nicht mehr das bloße Instrument in den Händen einer Anzahl Personen zu sein, die er nicht die Ehre habe selbst zu kennen", schrieb er an seinen Freund Schlieffen. Während der Reichenbacher Verhandlungen war er ohne jeden Einfluß, obwohl er im Kriegsfall die 2. Armee zu befehligen hatte*). Er suchte jedoch mäßigend auf den König einzuwirken. Gleich nach Auflösung der Armee wollte er seinen Abschied fordern. Auch der Feldmarschall Möllendorff war von der militärischen Unordnung so angewidert, daß er dieselbe Absicht verlauten ließ[19]). Der Prinz Heinrich, der zu Beginn des Jahres seinen ihm fast entfremdeten Neffen wieder einmal besucht hatte und die Vorkehrungen gegen Österreich mit Aufmerksamkeit verfolgte, ließ seiner galligen Unzufriedenheit mit dem gesammten politischen Treiben die Zügel schießen[20]). Nicht eingeweiht in die verwickelten Gänge der unter steten Friktionen leidenden Hertzbergschen Politik, schob er alle Schuld auf den Minister, den er der leichtsinnigen Phantasiepolitik bezichtigte. Er wünschte den Krieg unter allen Umständen vermieden zu sehen; er sah ihn geradezu als ein Unglück für Preußen an. Die Position der Österreicher war nach seiner Ansicht derart, daß ihnen nichts anzuhaben war[21]). Thatsächlich war die militärische Lage die Friedrichs II. zu Beginn der Kampagne von 1745. Wenn der König eine Entscheidung wollte, dann mußte er die Pässe freigeben und sich in der Mitte Schlesiens kampfbereit aufstellen. Schlesien war aber mittlerweile aus einem 5jährigen ein 50jähriger Besitz Preußens ge-

*) Die Aufstellung und Verteilung der Armee war folgende: 1. Armee bei Schönwalde (Möllendorff), 2. Armee bei Frankenstein (Braunschweig), 3. Armee bei Berlin (Herzog Friedrich von Braunschweig), 4. Armee bei Insterburg (Henckel), 5. Armee bei Inowrazlaw (Usedom). Schlieffens 10000 M. an Rhein und Maas sollten eventuell nach Halle marschieren (vgl. Schlieffen 328).

worden, und zudem der Ausfall einer Schlacht höchst ungewiß. Auch die beiden Minister des Auswärtigen waren einstimmig darin, den Krieg als ein Verderben für den Staat zu bezeichnen. Finckenstein bemerkte, außer der Proviantnot sprächen noch viele andere Gründe dafür, ihn zu vermeiden, an die die Draufgänger nicht dächten oder von denen sie keine Kenntnis hätten[22]).

Österreich fügt sich.

Während Hertzberg jedoch der Überzeugung war, daß die letzte Forderung in Wien angenommen werden würde, hegte der König noch die Hoffnung, Leopold werde sich doch nicht dazu bequemen. Zweimal beauftragte er den Minister, am Manifest zu arbeiten, um gleich nach Eintreffen der Antwort losschlagen zu können. Die Truppen wurden näher an die Grenze zusammengezogen; am 17. Juli traf das Usedomsche, bisher an der polnischen Grenze bei Inowrazlaw stehende Korps durch Polen in Schlesien ein, so daß sich die Gesamtstärke des Heeres jetzt auf über 160 000 Mann belief, ein wenig mehr als die des österreichischen*). Der Herzog von Braunschweig aber schrieb dem König, er wünsche ihm ja alles Glück zu allen seinen Unternehmungen, aber er glaube doch, daß man sich in Wien hüten werde, den Krieg zu führen[23]). Am 23. Juli traf die österreichische Antwort ein, die die Unterhändler zuerst den Gesandten der Seemächte, dann am 24. Hertzberg mitteilten. Österreich fügte sich allen Forderungen Preußens. Am Abend erhielt der König die Nachricht. Er schickte sofort Luccheſini zu Ewart und Reede (dem holländischen Gesandten), und ließ die österreichische Deklaration als hinterlistig bezeichnen. Luccheſini erklärte, die Annahme des status quo sei keine positive, der König werde nicht gestatten, daß Österreich Orsowa erhalte; die Forderung, daß Chotin in den Händen der Österreicher bleiben solle, solange der russische Krieg dauere, sei unzulässig; höchstens könne man es an Polen geben. Die Österreicher hatten betont, daß der Friede mit Rußland möglichst gleichzeitig auf Grundlage der letzten Anerbietungen Rußlands in London abgeschlossen werden solle. Luccheſini erklärte jedoch, daß der König auch bei Rußland die buchstäbliche Herstellung des status quo durchzuführen gedenke, daß es ihm aber zunächst auf den unmittelbaren Friedensschluß zwischen Österreich und der Pforte ankomme. Die Summe seiner ganzen Auseinandersetzungen war, daß der König die österreichische Erklärung nicht annehmen könne. Da erklärte Ewart

*) Das österreichische belief sich auf ungefähr 150000 M. (vgl. Kalinka II 152 f. — das Datum der Mackschen Denkschrift 8. Juni kann nicht richtig sein).

von neuem, wenn aus dieser Ablehnung der Krieg erfolge, so sehe sich England nicht verpflichtet, Preußen zu unterstützen. Am 25. wurde im Hauptquartier noch einmal große Beratung abgehalten, und man entschied sich doch, die österreichische Deklaration anzunehmen.

Die Österreicher wünschten nun noch eine formelle Erklärung Preußens, daß es sich nicht mit den Belgiern einlassen werde, und zwar in einer derartigen Formulierung, daß auch die Ungarn und Galizier einbegriffen wurden. Die Seemächte schlugen vor: Preußen erklärt „es werde sich nicht in die inneren Angelegenheiten der österreichischen Monarchie mischen, ausgenommen auf den Antrag der Seemächte in die der belgischen Konstitution“ [24]). Das hätte also das Geständnis Preußens vor aller Welt bedeutet, daß es sich vergeblich bemüht hatte, neben der Rebellion der Belgier auch die Unzufriedenheit der Ungarn und Galizier für seine Zwecke auszunützen; denn das Odium lag darin, daß diese Bestrebungen keinen Erfolg gehabt hatten. Friedrich Wilhelm war nicht zu bewegen, dies öffentlich zu erklären. Aber in einer vertraulichen Note ließ er sich dazu herbei [25]). Dagegen stand er nicht an, in der belgischen Sache sich gegenüber Österreich öffentlich zu einem innigen Zusammengehen mit den Seemächten zu verpflichten. Die Seemächte garantierten darauf einerseits Friedrich Wilhelm die buchstäbliche Ausführung der Herstellung des Besitzstandes durch Österreich, andererseits Leopold das völlige Zusammengehen des Dreibunds in Bezug auf Belgien.

XV. Resultat der Konvention.

Die Verhandlungen hatten also schließlich doch den Verlauf genommen, den Hertzberg von Anfang an vorausgesagt hatte. Preußen hatte weiter nichts erreicht, als die Herstellung des Besitzstandes. Seit mehr als 2 Jahren war seine Politik darauf gerichtet gewesen, die polnische Frage in einem günstigeren Sinn als dem der ersten Teilung zu lösen. Diese Politik war nun zu Grabe getragen. Mit welch anderen Aussichten wäre es selbst, wenn es sein mußte, in eine zweite Teilung gegangen, wenn es sich schon im Besitz Großpolens oder der lange begehrten Städte befunden und durch die Restitution Galiziens in Polen völlig an die Stelle der Kaiserhöfe getreten wäre. Vielleicht wäre aber auch eine weitere Teilung auf längere Zeit unmöglich ge-

worden, und Preußen hätte einen polnischen Mittelstaat unter einem sächsischen Herrscher seinen Zwecken brauchbar machen können. Jetzt blieb alles beim Alten, und Preußen saß mit seiner Allianz da, die es an jeder Erwerbung hinderte. Wenn es nach Hertzberg gegangen wäre, so hätte Preußen allerdings auch mit seinen Bundesgenossen kurzen Prozeß gemacht, wo es sich um Lebensinteressen des Staats handelte und den Bruch sofort, nicht erst nach Jahren herbeigeführt, Hertzbergs Grundsatz entsprechend:

Nam si violandum est jus, regnandi gratia
Violandum est: aliis rebus justitiam colas [1]).

Er suchte den König an zwei Seiten seines Charakters zu fassen, an seinem im Kriegslager aufwallenden Gefühl für die Ehre des Staats und an seiner Ängstlichkeit. Die Ehre Preußens schien dem König eine konsequente Durchführung der Reichenbacher Resultate auch gegenüber Rußland zu erfordern. Bei einem russischen Krieg aber war die Lage Danzigs inmitten preußischen Gebiets von großer Gefahr. Hertzberg bemerkte dem König [2]), wenn er den strikten status quo gegen Rußland durchführen wolle, dann müsse er sofort Danzig durch Handstreich besetzen. Aber seine Gedanken hatten keinen Einfluß auf den König mehr. Am 4. August machte Ewart in einer Audienz beim König das offizielle Anerbieten seitens Englands, Preußen die Städte durch Handelsvertrag zu verschaffen. Aber weder entsprach die Aufhebung des Lagerrechts dem Interesse Preußens, noch hielt der König, dem bei dem jetzt in Aussicht genommenen Krieg mit Rußland ein gutes Verhältnis zu Österreich notwendig schien, den Zeitpunkt für geeignet, die Sache in die Hand zu nehmen.

Statt selbst eine Erwerbung zu machen, hatte also Preußen die Pforte mit großen Kosten von einem ihrer Gegner befreit und sie wieder in den vorübergehenden Besitz ihrer durch die Schuld von Jahrhunderten unwiederbringlich verlorenen Länder gesetzt. Zu einer Fortsetzung dieser Orientpolitik hatte Preußen zudem gar nicht die Macht. Schon im nächsten Jahre mußte sie aufgegeben werden, und 1795 bereits, in dem polnischen Teilungstraktat, fanden sich Österreich und Rußland zur erneuten Fixierung ihrer alten Anschläge auf den Besitz der Pforte zusammen. Ein Glück noch, daß der König nicht auch noch auf den Rat des Oberst von Götze einging, diesem klassischen Lande der Mißwirtschaft 15 Millionen Piaster aus dem Trésor als Anleihe zu gewähren *). Selbst wenn die Zinsen eingekommen wären,

*) Zu einem Zinsfuß von 7 %, garantiert durch das feste Einkommen be-

hätte das die Verminderung der kriegsbereiten Gelder nicht ersetzen können. Die Türken sollen auf die Kunde von der Proviantnot im preußischen Heer ihm einige Tonnen Reis, wohl zur See, haben zukommen lassen[3]) — das wäre denn auch alles, was der preußische Staat von dieser Allianz gehabt hat. In den Lobpreisungen der Türken über Friedrich Wilhelm liegt die beste Kritik der Reichenbacher Convention: „Der verstorbene König" sagten sie, „der sich einen so großen Ruf auf Grund so wahrer Verdienste erworben habe, habe doch niemals eine solche That gethan"[4]).

Erfolge Englands.

Gewonnen hatte durch den Reichenbacher Vertrag und die ganze Entwicklung der letzten Jahre nur die immer mächtiger aufstrebende englische Politik. Österreich war wirklich von Rußland für die Dauer des Kriegs getrennt; ein Krieg zwischen den deutschen Mächten, der vielleicht auch die englischen Finanzen in Mitleidenschaft gezogen hätte, war abgewehrt, und ihre Kräfte für die Bekämpfung des Gegners aufgespart, den England auch zur Zeit seiner Ohnmacht nie aus den Augen verlor. Das freundlichste Verhältnis herrschte zwischen London und den beiden größten deutschen Höfen. Nebenbei hatte England Spanien eingeschüchtert und in einem Deklarationsaustausch vom 24. Juli, am selben Tage, an dem die entscheidende Antwort der Österreicher in Reichenbach einlief, zum Verzicht auf alte Rechte bewogen; das bourbonische Bündnis war faktisch aufgelöst. Jetzt konnte Pitt mit völliger Sicherheit vor größeren Verwicklungen zum erstenmal die englische Flotte gegen seinen neusten Gegner lenken. Und zu dieser Unternehmung stand ihm das preußische Heer zur Verfügung, das sich zum Kampf gegen den wertvollsten Bundesgenossen Preußens rüstete. Schon Ende Juli standen über 50 000 M. Rußland gegegenüber[5]). Es war auch gelungen zu verhindern, daß Danzig und Thorn auf die Art in den preußischen Staat einverleibt wurden, wie es die „vorurteilsvollen" preußischen Politiker wollten, und Aussicht dazu, daß es, wenn über-

---

stimmter Distrikte (Denkschrift Götzes vom 18. Febr. 1790 G. St. A.). Götze macht für den Fall, daß der König die Tresorgelder nicht dazu benutzen wolle, noch folgende andere höchst charakteristische Vorschläge: 1) die Bank durch Erhöhung ihres Zinsfußes vom 2 auf 4 oder 5 % zur Vergebung derselben Anleihe fähig zu machen, und die Zinsdifferenz von 2 % in die königliche Kasse fließen zu lassen (retirer le bénéfice, qui reste, pour V. M.); 2) die Anleihesumme auf Kredit in Genua oder Holland zu beschaffen; 3) in Berlin minderwertiges türkisches Geld zu schlagen, und damit die Wechsel zu zahlen, die die Pforte auszustellen hätte.

haupt, in einer Weise geschah, die mehr den „modernen Lehren der National-Ökonomie", d. h. den Interessen Englands, entsprach.

Durch den Abschluß des Friedens von Werelä wurde allerdings den Engländern doch ein Strich durch die Rechnung gezogen. Auf die Kunde von der Wendung der Verhandlungen zu Reichenbach am 15. Juli[6]), die ihr jede Aussicht auf Erwerbungen zu verschließen schien, und über das Friedensbedürfnis Österreichs wohl unterrichtet, zog Katharina rasch eine Pfote aus dem Dreck, wie sie sich ausdrückte, und schloß mit Schweden Frieden, nicht ohne das schwerwiegende Zugeständnis, auf jeden Eingriff in die innere Politik des Gegners zu verzichten. Es war fortan nicht unmöglich, daß Schweden sich in einem Kriege Rußlands mit dem Dreibund auf die Seite Katharinas stellen würde. Aber von diesem nicht viel bedeutenden Mißerfolg abgesehen, hatte England in den kurzen 7 Jahren seit seinem unglücklichsten Krieg eine glänzende, alles beherrschende Stellung errungen. Waren vor 50 Jahren England und Frankreich die beiden Mächte gewesen, die die europäischen Geschicke entschieden, so war jetzt England allein Trumpf in der weiten Welt. Kein deutscher Bürgerkrieg erhöhte die tiefgesunkene, wenn auch noch ungeahnte Kräfte bergende Macht Frankreichs. Nur in der beharrlichen Expansion Rußlands kündete sich der Gegner an, der seit dem Wiener Kongreß als Todfeind Englands an die Stelle Frankreichs getreten ist.

Nicht als ob Pitt es schon in diesem Jahre hätte zu einem Bruch mit Rußland kommen lassen wollen. Der Konflikt mit Spanien, das sich weiteren Forderungen Englands gegenüber widerspenstig zeigte, beschäftigte noch bis Ende Oktober die englischen Staatsmänner[7]). War auch der Ausgang eines Kriegs mit dieser Macht nicht zweifelhaft, so wäre doch eine starke Belastung des Budgets und eine Stärkung der irischen Autonomiebestrebungen[8]) nicht zu vermeiden gewesen, eine schlechte Einleitung zu einem neuen Kriege. Auch ein im Dezember 1789 ausgebrochener Kampf mit dem Sultan Tippoo von Mysore, der unter anderen Umständen die Erneuerung des Kriegs um Indien gegen Frankreich bedeutet haben würde — zu den letzten glänzenden Aktionen des Versailler Hofes hatte der Empfang der Abgesandten dieses Sultans gehört —, erforderte einige Aufmerksamkeit. Aber im Frühling des nächsten Jahres nach endgültiger Erledigung der spanischen Sache wurden dem Parlament ungewöhnlich hohe Forderungen für maritime Rüstungen vorgelegt, und es folgte die berühmte Episode des Russian Armament, die damit endigte, daß die siegreiche Allianz vor Katharina

l'imperturbable zurückwich — Mutter der Standhaftigkeit nannte sie Potemkin bewundernd. Dies Ende war schmachvoller für Preußen als für England. England hatte wenigstens bis zu diesem Punkt seine Politik konsequent und erfolgreich durchgeführt, ohne sie sich viel kosten zu lassen. Preußen hielt über ein Jahr lang*) den größten Teil der Armee auf Kriegsfuß, abwechselnd gegen Österreich und Rußland und wieder gegen Österreich gewendet, ohne aus diesem Kapital irgend welche Zinsen zu schlagen, ja unter Verlust seines Rufs und zum Schaden der militärischen Disciplin. Denn die demoralisierenden thatlosen Mobilmachungen haben dem militärischen Geist zweifellos größeren Schaden zugefügt, als der kurze, durchaus ehrenvolle und nur einen kleinen Teil des Heeres (25 000 Mann) beschäftigende holländische Feldzug**).

Preußische Politik seit Reichenbach.

Die Reichenbacher Verhandlungen, in ihrem Endresultat eine Besiegelung der politischen Unfähigkeit, hatten für Preußen eine vielleicht noch schlimmere Folge: seit dem Juli 1790 war der Sturz Hertzbergs besiegelt, und damit der preußische Staat seines fähigsten und uneigennützigsten Dieners beraubt. Schon im September war die Rede davon, ihn aus seiner Stellung zu entfernen. Unmittelbar traten die Folgen zu Tage. Gleich nach Abschluß der Konvention begannen in Breslau die Agenten der Emigranten hinter seinem Rücke ihr Spiel zu treiben. Der Baron Rolle trat mit dem Erbprinzen von Hohenlohe, preußischem General der Infanterie und Gouverneur von Breslau, in Verbindung, der seit einiger Zeit einen besonderen Einfluß genoß — er gehörte auch zu den Rosenkreuzern —, und es wurde der fast unglaubliche Plan gefaßt, den Prinzen mit 10—12000 Mann von Schlesien aus nach dem Breisgau zu den Emigranten stoßen zu lassen — ein Gedanke, der glücklicherweise unausgeführt blieb, aber lange nachwirkte[9]). Gleichzeitig fanden Verhandlungen mit den Polen statt, die Hertzberg ebenso verheimlicht wurden. Die nunmehr eingeschlagene polnische Politik war die würdige Fortsetzung der mit der Allianz begonnenen

*) Im Juni 1791 noch 90 000 M. (vgl. Dropmore Papers II 91); zu dieser Zeit gegen Österreich.

**) Im Gegensatz zu v. d. Goltz, Roßbach und Jena (vgl. namentlich 124) muß die Regierung Friedrich Wilhelms als schädlich für den Geist der Armee bezeichnet werden. Die Ausführung einiger notwendiger Verbesserungen kann nicht die schlimmen Wirkungen einer politischen und dadurch militärischen Unklarheit und Zielloſigkeit aufheben.

und mußte, nicht zur Erhöhung der Reputation des Königs, später in ihr Gegenteil verkehrt werden. In den folgenden Monaten begannen dann neue Verhandlungen wegen der Cession von Ansbach-Bayreuth, die ausschließlich durch Bischoffwerder geführt wurden. Im Januar kam es zu einem Vertrage, wodurch der Anheimfall der Markgrafentümer am 1. Juni d. J., noch zu Lebzeiten des Markgrafen, bewirkt werden sollte. Die Furcht, daß Österreich aus diesem Anlaß den status quo stricte umgehen werde, brachte es zu Wege, daß man die Ausführung des Vertrags bis in den November verschob — eine Ängstlichkeit, die Hertzberg nie gehabt haben würde[10]).

Bis zum Reichenbacher Abkommen hatte doch die preußische Politik trotz aller momentanen Schwankungen, an denen der Minister nicht schuld gewesen war, im Großen und Ganzen ein Ziel konsequent und zäh verfolgt: die orientalische Verwicklung zur eigenen Vergrößerung und Abrundung zu benutzen. Seitdem verlor sie jedes feste Ziel, soweit es ihr nicht von anderen Mächten gestellt wurde. Auf den kläglichen Ausgang der Schlesischen Mobilmachung folgte der noch kläglichere der mit Emphase zu Gunsten Englands unternommenen gegen Rußland. Nachdem Bischoffwerder in geheimnißvoller Sendung sich der Neutralität Österreichs in Wien versichert hatte, schickte sich der König mit der größten Heiterkeit, als ob es zu einen Lustlager ging, zu dem russischen Kriege an und hatte schon Gepäck und Handpferde an die Grenze vorausschicken lassen[11]), als der Wind in London umschlug. Preußen hatte sich unnütz für englische Interessen engagiert. Eine noch nicht völlig aufgeklärte Parteiverschiebung bewog Pitt zum Rückzug, und Preußen mußte folgen. Welche Ironie der Ereignisse! Eine der so häufigen, im wesentlichen aus persönlichen Motiven hervorgehenden Bewegungen in der englischen Oligarchie, der drohende Abfall der Grenvilles von Pitt*), verhinderte, daß Preußen seinen eigenen In-

*) Wie sehr Pitt auf die Unterstützung der großen Adelskoterien angewiesen war, ergiebt die überraschende Nachricht über die Zusammensetzung des House of Commons bei Rosebery, Pitt 78 f. (1893). Lord Grenville, trotz seiner nahen Verwandschaft und Verpflichtungen gegen Pitt später dessen erbitterter Feind, damals Home Secretary, war gegen den russischen Krieg, und nach dem Zeugnis des Unterstaatssekretärs für das Auswärtige Burges war dies Votum one prime cause von Pitts Schwenkung. Anfang Mai, einen Monat nach der Katastrophe, durch die Grenville als Foreign Secretary an die Stelle des Duke of Leeds trat, bezeichnet ihn derselbe Beamte bereits als at least equal in point of political importance to Pitt (vgl. The Bland Burges Papers ed. Hutton, London 1885, 172.)

tereſſen ins Geſicht ſchlug. Nach einem neuen Aufzucken des alten Gegenſatzes der deutſchen Mächte, das wiederum durch die „friedenſtiftende“ Hand Englands erſtickt wurde, kam es zu der Allianz, dem 2. Band des Verſailler Bündniſſes, wie Kaunitz das Außerordentliche treffend bezeichnete. Friedrich Wilhelm erſcheint fortan wie ein tapferer Vaſall der Öſterreicher und Engländer, der ſeine Privatintereſſen hinter vermeintliche große Ideen zurückſtellt, bis ihn ſchließlich die Macht der Verhältniſſe zwingt, an ſich zu denken. Gegen das Projekt, das Friedrich II. Zeit ſeines Lebens bekämpft hatte, den Erwerb Bayerns durch Öſterreich, wollte Friedrich Wilhelm nichts mehr einwenden. Im April 1794 kam der ſchmähliche Haager Vertrag zuſtande, der das preußiſche Heer an England und Holland vermietete. Hertzberg, der nach ſeinem endgültigen Verzicht auf ſeine autoritätsloſe Stellung im Juli 1791 die auswärtige Politik eifrig weiter verfolgte, hatte ſchon 1789 gegenüber der Unterſchätzung des anarchiſchen Frankreich ſeine großen natürlichen Hülfsmittel betont*) und vorausgeſagt, daß die Revolution durch ganz Europa wandern werde[12]). Er mißbilligte den leichtſinnigen und unpolitiſchen Krieg gegen Frankreich, am ſchärfſten aber tadelte er ſeine unvernünftige Fortſetzung. Frieden mit jeder franzöſiſchen Regierung, ob revolutionär oder nicht, lautete ſein für Preußen einzig richtiger Rat. Ja, er wünſchte ſogar die engliſche Allianz mit der franzöſiſchen vertauſcht zu ſehen[13]) und ſein Todfeind, Prinz Heinrich, verſöhnte ſich mit ihm in dieſem Gedanken[14]). Schon bei ſeinem Austritt aus dem Miniſterium hatte er verlangt, daß man den Engländern den Wert der preußiſchen Allianz ſchärfer hervorheben müſſe, als bisher geſchehen ſei[15]). Noch mehrmals bis zu ſeinem Tode am 27. Mai 1795 trat der alte unermüdliche Miniſter aus Anlaß der franzöſiſchen Feldzüge und der polniſchen Teilungen politiſch hervor. Doch verzichten wir darauf, in unſerer Darſtellung über die entſcheidenden Jahre ſeines Miniſteriums hinauszugehen.

XVI. Hertzberg.

Das Genie und die deſpotiſche Natur Friedrichs des Großen hatte die Bildung ſelbſtdenkender Staatsmänner verhindert. Sobald

*) Vgl. den Schluß der Denkſchrift vom 25. Nov. 1789 im Anhang.

der Kopf fehlte, der für die Minister gedacht hatte, und sie nun selbst die Geschäfte ihrer Ressorts in großer Übersicht fassen und leiten sollten, „da fand sich, freimütig gesprochen, im Grunde kein einziger, der seinen Pflichten gewachsen gewesen wäre". Die Richtigkeit dieser Worte des Kabinettsrats Mencken[1]) ist wohl nicht zu bezweifeln. Niemand wird unter den vielen Personen, die unter Friedrich Wilhelm eine Rolle spielten, einen Staatsmann im eigentlichen Sinn des Wortes zu entdecken vermögen, geschweige denn einen, der der Stellung eines Premierministers gewachsen gewesen wäre. Es kann sich nur um Entscheidung der Frage handeln, wer die mit den einzelnen Fächern verbundenen Pflichten noch am besten erfüllte, ob die in Friedrichs Schule groß gewordenen Beamten oder die Parvenus der neuen Regierung. Ich meine, daß die Pflichten des wichtigsten Faches, des Auswärtigen, um das es sich in dieser Schrift vornehmlich handelt, Hertzberg allein fähig war, einigermaßen zu erfüllen. War das der Fall, so gebührte ihm auch die alleinige Leitung der auswärtigen Politik, wenn der König selbst nicht imstande war, sie zu leiten. Betrachten wir seine Rivalen.

Hertzbergs Rivalen.

Bischoffwerder, der das Bündnis mit Österreich herbeigeführt hat, besaß nicht einmal die gewöhnlichsten Kenntnisse und Eigenschaften die für ein diplomatisches Geschäft nötig sind, wie er selbst sehr naiv und ohne Schamgefühl eingestand. Nichts kann kläglicher sein, als sein erstes Auftreten in Wien im Februar 1791. Er gestand gleich zu, daß man beim Abschluß irgendwelcher Geschäfte nicht ohne Hertzberg auskommen könne, der allein fähig sei, ein Mémoire oder einen Vertrag anzufertigen. Da daran nichts zu ändern sei, so wünsche Friedrich Wilhelm, eine persönliche Zusammenkunft mit dem Kaiser zur Feststellung der Principien eines Bündnisses, und Hertzberg solle nachher der strikte Befehl zugehen, ein Vertragsinstrument anzufertigen. Eine ähnliche Bankerotterklärung dürfte in der Geschichte nicht häufig sein. Von sich selbst sagte er, er habe nur geringe Kenntnisse in Staatsangelegenheiten, und der Verlauf der Unterredung mit dem österreichischen Vizekanzler bewies diesem die Richtigkeit der Bemerkung[2]). Bonhomme ist die gewöhnliche und mildeste Bezeichnung der fremden Staatsmänner für ihn gewesen. Seine moralische Qualität ist zum mindesten zu bezweifeln. Im Ausland legte man der Richtung seiner Politik ohne weiteres eigennützige Motive unter, aber auch am preußischen Hof trat diese Meinung auf[3]). Der General von Schlieffen allerdings, welcher seine Leichtgläubigkeit, „die vielleicht von bestochenen Wunder-

gauklern mißzuleiten stand", und seine Arglosigkeit gegenüber Österreich und England tadelte, war von seiner völligen Integrität überzeugt, in späteren Jahren noch bestimmter als anfangs[4]). Es ist aber sehr wohl möglich, daß Bischoffwerder ihn dupiert hat, zumal er nur selten in Berlin anwesend war. Bestimmte Vorstellungen von irgend einem durch Preußen zu befolgenden System hat der ebenso geistlose wie selbstzufriedene Mann nicht gehabt. Ein gutes Verhältnis zu Österreich hat er von Anfang an angestrebt, seine Thätigkeit im Frühling 1791 ist nur die Fortsetzung von der im ersten Jahr der neuen Regierung*), die vorübergehende scharfe Wendung gegen Rußland scheint sein Werk zu sein[5]). Aber von festen Grundsätzen im Verhalten gegen diese und die übrigen Mächte ist nichts zu bemerken. Von großem, wenn auch weit geringerem Einfluß, war Luccheſini. Friedrich hatte ihn nur als Litteraturkenner und Dilettanten geschätzt. Schlau und verschlagen, war er ohne staatsmännischen Blick; er sah nur die Oberfläche. Seine Ehrlichkeit wurde ebenfalls bezweifelt. Schlieffen, der frühere hessische Minister und Unterhändler, der bei der großen Ministersuche im Frühjahr 1791 von Braunschweig und Möllendorff zum Eintritt in das auswärtige Departement gedrängt wurde[6]), hatte sich erst neuerdings in die preußische Politik eingelebt und war mehr originell, als scharfsinnig**). Alvensleben, zeitweilig in besonderer Gunst des Königs, war nach Mirabeaus Ansicht ein ausgezeichneter Mann, aber bereits verbraucht[7]). Andere beurteilten ihn sehr ungünstig. Finckenstein endlich war Hertzberg nicht nur an Begabung entschieden unterlegen[8]), er war auch nachgerade alt geworden und zählte schon bei Friedrichs Tod 72 Jahre, 11 Jahre mehr als Hertzberg. Das waren die Männer, die als Konkurrenten Hertzbergs in Betracht kommen konnten.

Hertzbergs Persönlichkeit.

Darf man annehmen, daß Friedrich II. ebensowenig, wie um eine gehörige Vorbildung seines Nachfolgers, sich auch um die Person von dessen leitendem Minister bekümmert habe? Dann allerdings würde die Berufung Hertzberg an sein Sterbelager nur wenig Bedeutung besitzen. Wahrscheinlicher ist wohl, daß er wirklich ihm als dem fähigsten die Leitung des Auswärtigen übertragen wissen wollte. Eine Schilderung des Verhältnisses Friedrichs zu Hertzberg liegt außerhalb des Bereichs dieser Darstellung. Ob die Probestücke einer scharfen

*) Vgl. S. 9.

**) Vgl. über ihn Anhang II.

Zunge oder seine anerkennenden Urteile über ihn die gerechteren waren, bleibe dahingestellt; jedenfalls ist er mit ihm als Minister 22 Jahre hindurch ausgekommen und hat ihm viele der wichtigsten Geschäfte anvertraut.

Seine diplomatischen Fähigkeiten waren zum mindesten nicht gering. Wir haben gesehen, mit welchem Geschick er unter ungünstigen Umständen an der Erwerbung von Danzig und Thorn festhielt. Den Mangel, daß er nie einen Posten im Ausland bekleidet hatte, teilt er mit vielen bedeutenden Ministern seines Faches. Über seine großen Kenntnisse kann kein Zweifel obwalten. Freilich, Kenntnisse, deren Schwergewicht das Handeln erschwert, haben für den Staatsmann keinen Wert. Dohm, der Hertzberg durch jahrelange freundschaftliche und geschäftliche Verbindung kannte, hebt aber gerade Hertzbergs leichte Auffassung und Durchdringung auch der verwickeltsten Materien hervor [9]). Schlieffens entgegengesetztes Urteil [10]) kann dagegen nicht aufkommen. Dem Könige und seinen Freunden, deren Urteil Schlieffen damals noch meistens teilte, erschien bei ihrer politischen Unerfahrenheit das durchaus nicht komplizierte System Hertzbergs als ein großer Wirrwar, aus dem sie nicht klug wurden. Der Wirrwar entstand erst durch ihr eigenes unklares Einmischen in die konsequenten Pläne des Ministers. Der politische Gesichtspunkt beherschte Hertzbergs Wissen vollkommen. Als in Berlin über den Fürstenbundsvertrag verhandelt wurde, beklagte sich der reichsrechtskundige hannöversche Gesandte über die revolutionäre Art, mit der Hertzberg das deutsche Staatsrecht behandelte. Er suchte ihn, der stets die politische Seite in den Vordergrund rückte, vom rechtlich-historischen Standpunkt aus zu widerlegen, was ihm aber schlecht gelang [11]). Es ist kein Anhalt für die Annahme vorhanden, daß bei anderen Gelegenheiten seine Freude an der Durchsetzung vermeintlicher oder wahrer alter Rechte Preußens oder an der Erlangung neuer papierner Rechtstitel sein politisches Handeln ungünstig beeinflußt hat, als er selbst die Verantwortung trug. Wenn er bei seinem Austritt aus dem Ministerium in einer Darstellung seiner den beiden Königen geleisteten Dienste [12]) besonders hervorhob, daß er bei der ersten polnischen Teilung dem Hause Brandenburg die Succession für Preußen auch in der weiblichen Linie gesichert habe und hinzufügt: „Ich allein kannte diesen Umstand und machte aufmerksam darauf", so ist zu bedenken, daß der ehrgeizige Mann es unter Friedrichs Leitung nicht leicht hatte, andere als solche Verdienste zu erwerben. Sein eigenes politisches System hatte durchaus nichts doktrinäres, wie wir ja auch

im Verlauf dieser Schrift gesehen haben. Selbst die französische Revolution, deren weitreichende Konsequenzen er erkannte, erschütterte nicht seine Meinung, daß Preußen stets frei und ohne Skrupel zwischen einer englischen, russischen und französischen Allianz wählen müsse [13]). Die englische wählte er zunächst, weil Frankreich unbrauchbar und Rußland mit dem Gegner verbündet war. Als sie an Wert verlor, zögerte er nicht, die mit dem revolutionären Frankreich zu verlangen. Ganz wie Friedrich II. stand er den fremden Mächten ohne Liebe und Haß, nur vom Standpunkt des Geschäftsmanns gegenüber.

Seine enorme Arbeitskraft und seine völlige Uneigennützigkeit wurden stets gewürdigt. Was fehlte Hertzberg, um in dieser schwierigen Zeit des Übergangs von der autokratischen zur ministeriellen Monarchie die Leitung wenigstens der auswärtigen Geschäfte fest in Händen zu behalten? Seine höfischen Talente reichten nicht aus, die launenhafte Natur des Königs an seine Ideengänge zu fesseln. Es gelang ihm nicht, sich auf dem glatten Boden des neuen Hofes mit Sicherheit zu bewegen. Kein Wunder: seit langen Jahren hatte sozusagen kein Hof bestanden; in eintöniger Stille hatten die Beamten des einsamen Alten ihre Arbeiten erledigt. Jetzt war plötzlich ein lebenslustiger Hof da; Sinnenlust und Geschäfte waren oft wunderbar vermengt. Der gute Wille des Königs unterlag nur allzuoft dem schwachen Fleische. Er gehörte nicht zu den Naturen, die in geistiger Freiheit fröhlichen Genuß und ernste Arbeit zu vereinigen wissen [14]). Auch diejenigen seiner Liebesfreuden und -schmerzen, die nicht unter das seiner Würde entsprechende Niveau herabsanken, wirkten geradezu paralysierend auf die männlichen Tugenden, die er zweifellos besaß. Seine Leidenschaft hatte etwas furchtbares, sie erfaßte sein ganzes Wesen. Der Tod der Gräfin Voß im März 1789 drückte ihn ganz darnieder; jedes Bemühen, ihn von seinen traurigen Gedanken abzubringen, war vergebens. Im Januar des nächsten Jahres fand er dann eine Trösterin in der Gräfin Dönhoff. Wie ein Blitz durchfuhr ihn die neue Leidenschaft. Drei Monate leistete er ihr Widerstand, weil er fürchtete, sich an die schöne Frau zu verlieren, wie er ihr später selbst eingestand. Dann aber, im April, ließ er sie sich ebenfalls zur linken Hand antrauen *). Selbst Bischoffwerder, den sie haßte, geriet in vorübergehende Gefahr durch diese neue Leidenschaft, die den König ganz verzehrte — zu einer Zeit, als es mehr denn je auf kaltblütige Umsicht und energisches Zusammenfassen aller Kräfte ankam.

*) Vgl. S. 57.

Hertzberg besaß nicht die Qualitäten, um diesen Fürsten auf den Weg konsequenter und anhaltender Arbeit locken zu können, soweit es bei seinem Alter überhaupt noch möglich war. Unnachgiebigkeit ohne die natürliche Übereinstimmung der Person und der Idee, durch die sie zur Tugend wird, bisweilen sogar Zudringlichkeit, übermäßige Heftigkeit und Unvorsichtigkeit im persönlichen Benehmen verstärkten das Unbehagen, das dem König die Erscheinung des nüchternen alten Geschäftsmannes inmitten eines Kreises von lustigen Kumpanen und geheimnisvollen Schwärmern erweckte. Auch seine Eitelkeit, die sich zum guten Teil aus der Qualität der übrigen im Auswärtigen thätigen Personen erklärt, wenn auch nicht entschuldigt wird, trat oft verletzend hervor. Von Hochmut war jedoch nichts an ihm. Zum Beispiel kam er jungen Talenten, die er bemerkte, aufs liebenswürdigste entgegen. Einer der schlimmsten Vorwürfe, der ihm gemacht worden ist, Leichtsinn in der Behandlung von Staatsgeheimnissen — der Vorwurf gehört ja zu den beliebtesten Mitteln der Verdächtigung eines politischen Gegners — ist erheblich einzuschränken. Er hat gewiß öfters zuviel gesagt, nicht nur infolge seines Temperaments, sondern auch weil er sich ein Prinzip daraus gemacht hatte, die Sprache der „teutschen Gradheit" zu reden, die er übrigens, wie wir in seinem Verhältnis zu England bemerkten, sehr wohl mit Verschlagenheit zu vereinen wußte. Aber der Hauptgrund, weswegen wirklich viele Berliner Staatsgeheimnisse in die Öffentlichkeit kamen, war die merkwürdige Einrichtung des Departements der Besogne Secrète bei den alliierten Holländern, ein deutliches Zeichen ihres politischen Verfalls. Sämtliche im Haag einlaufenden diplomatischen Berichte und Urkunden, auch die geheimsten, mußten für dieselbe gedruckt werden, wodurch die fremden Gesandten alles in die Hände bekamen. Die Praxis, wonach auswärtiges Amt und Gesandtschaften in Berlin mittelst schriftlicher Noten verkehrten, zu der der englische Gesandte im Interesse der Erleichterung der Geschäftsführung den Anstoß gegeben hatte, leistete der Gefahr der holländischen Einrichtung noch weiteren Vorschub [15]). Außerdem ist es sehr wohl möglich, daß nicht erst in den späteren Jahren Friedrich Wilhelms die Bestechung am Berliner Hof einen fruchtbaren Boden gefunden hat.

Vor der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms und in den ersten Jahren seiner Regierung, als das Beispiel des Vorgängers noch nachwirkte, hatten die unangenehmen persönlichen Eigenschaften Hertzbergs bei ihm nicht den Ausschlag gegeben. Der Minister hatte den Kron-

prinzen in die auswärtige Politik eingeführt und ihm auch den Weg zur Heeresverbesserung [16]) gewiesen, auf die Gefahr hin, die Ungnade des alten Königs zu erfahren. Wöllner, der zweite Ratgeber des Thronerben, hatte diese das Wesen des Staates in sich schließenden Gegenstände doch höchstens zu streifen gewagt [17]). Nach Friedrichs Tod durfte Hertzberg das preußische Heer, das seit 25 Jahren nicht zum Schlagen gekommen war, wieder einmal in Bewegung setzen — Hertzberg war der Meinung, daß Preußen von Zeit zu Zeit des Kriegs bedürfe [18]) — und, was wichtiger war, den Staat aus seiner gefährlichen Isolierung befreien. Durch diese Politik der Initiative schien er die bequeme Natur des Königs in die Bahnen der Fridericianischen hineingerissen zu haben. Der König lieh auch seinen Vorschlägen zur Erwerbung polnischer Landesteile bereitwillig sein Ohr. Hertzberg ist es zu verdanken, wenn nicht gleich zu Anfang der Regierung der Zweck Kaunitz' erfüllt wurde, den er beim Tode Friedrichs dem Gesandten am Berliner Hofe einprägte: „den neuen König nach und nach von kriegerischen Gesinnungen abzuwenden und eben dadurch die Ressorts der preußischen Maschine immer mehr abspannen zu machen, und sodann, wenn es nötig sein sollte nach Zeit und Umständen, mit aller möglichen Gewalt gegen sie loszubrechen" [19]).

Aber der König war wankelmütig in seiner Zuneigung oder Achtung selbst gegenüber Personen, deren Wesen ihm gefiel. Kein Mann besaß während seiner kurzen Regierung dauernd seine Gunst, auch Bischoffwerder und Wöllner nicht. Als Bischoffwerder in scheinbarer Ungnade Berlin verließ, um die Annäherung an Österreich ins Werk zu setzen, da riet ihm der nichtsahnende Hertzberg, doch nicht gleich abzureisen. Der König vergesse schnell, wen er nicht immer um sich habe [20]). Wenn Bischoffwerder die beständige persönliche Anwesenheit am Hofe nötig hatte, wie konnte die unsympathische Natur Hertzbergs dauernd die Gunst des Königs behaupten? Noch im Frühjahr 1788 nannte Friedrich Wilhelm sich Hertzbergs Freund. Votre très-affectionné ami unterzeichnete er seine eigenhändigen Schreiben [21]). Aber bald, mit dem Vertrag von Loo, zeigte sich eine Abnahme seiner Gunst. Wenn dieser auch durchaus im Sinne von Hertzbergs System war, so schloß er ihn doch ohne sein Wissen und mit unerwarteter Plötzlichkeit. Mit Bischoffwerder suchte der Minister ein „erkünsteltes und durch mannigfache Mittel unterhaltenes Einverständnis" [22]) aufrecht zu erhalten, aber ohne Erfolg. In dem Hauptpunkt, dem Verhältnis zu Österreich, gingen ihre Ansichten zu weit auseinander. Wöllner scheint er mit lobens-

werter Grobheit vor den Kopf gestoßen zu haben[23]). Man wird von ihm nicht sagen können, was Stein in seiner gewaltigen Denkschrift den Ministern Friedrich Wilhelms im Allgemeinen vorwirft, daß er sich vor „dem Götzen", der männlichen und weiblichen Umgebung des Königs, gebeugt habe. Selbst Schlieffen meinte, Hertzberg habe das Zutrauen des Königs nicht nur durch seine persönlichen Mängel eingebüßt, sondern „vielleicht auch durch Betrieb der Emporstrebenden, die nach seiner Stelle oder nach deren Obliegenheiten trachteten, oder wenigstens ihn als Hindernis gegen eigene Entwürfe ansahen"[24]). Im Laufe des Jahres 1789 machte die Kabale reißende Fortschritte; vom Juli 1790 an war der König im wesentlichen sich selbst und dem Einfluß unfähiger und subalterner Menschen überlassen. Hertzberg blieb zwar noch fast ein Jahr im Amt, zum Teil auf die Bitten des damals 20jährigen Kronprinzen hin[25])*), aber ohne Einfluß und unter fortwährenden, jede Wirkung aufhebenden Friktionen.

XVII. Friedrich Wilhelms Politik.

Friedrich Wilhelm besaß weder den praktischen Instinkt, der die Grundlage des politischen Handelns bildet, noch die Kenntnisse, die vor dem Schweifen in die Ferne bewahren. Und dazu neigte sein Temperament bedenklich. In seinem Charakter vereinigte sich mit einer großen Ängstlichkeit und einem bisweilen übertriebenen Mißtrauen gegen die eigenen Kräfte doch wieder ein überspanntes Gefühl von der Macht des preußischen Staats, das namentlich in Momenten der Krise und der allgemeinen Aufregung eintrat. Es ist gewiß, daß der König in den ersten Jahren seiner Regierung fortwährend Besorgnis vor einem Angriff der Österreicher auf Schlesien hegte[1]), daß er die holländische Expedition, auf die Hertzberg in klarer Voraussicht der Schwäche Frankreichs und des Interesses Englands hindrängte, nur nach langem Zögern unternahm, daß er in dem entscheidenden Moment des Jahres 1789 keinen Entschluß fassen konnte und daß er nach kläglicher Vernachlässigung der Rüstungen die wertlose Allianz mit der Pforte und Polen zu seinem Schutz für nötig hielt. Auf der anderen Seite aber war er in seinem Handeln durch allerlei weit-

*) Der Kronprinz ließ über seine oppositionelle Stimmung häufig keinen Zweifel. Zur Zeit der Vorbereitungen gegen Frankreich fand der englische Gesandte seine Opposition rücksichtsloser als selbst die des Prinzen of Wales gegen seinen Vater (vgl. **Dropmore papers II 291**).

reichende, romantische Pläne beeinflußt. Seine stolzen Hoffnungen im Herbst 1789 und seine Kombination zur Einnahme von Wien haben wir kennen gelernt. Die Unabhängigkeit Belgiens, auf die er mit wahrer Hartnäckigkeit hindrängte, obwohl Preußen nicht stark genug war, gleichzeitig mit seinen polnischen Annexionsplänen auch hier noch Weltpolitik zu betreiben, wünschte er deswegen, weil er ein holländisch-belgisches Reich unter dem Hause Oranien zu begründen hoffte — ein Gedanke, der wohl vom Haag ausging [2]) und unter veränderten Verhältnissen durch die kurzlebige Mißgeburt des Wiener Kongresses im englischen Interesse verwirklicht wurde*). Mit treffender Nüchternheit machte Hertzberg ihn darauf aufmerksam, daß ein Stück von Österreichisch-Geldern doch einen ganz anderen Wert für den preußischen Staat habe [3]). Eine Zeitlang gewann bei dem König die Ansicht Eingang, daß ein preußischer Prinz auf dem polnischen Thron sitzen müsse. Der Graf Lusi äußerte schon im Sommer 1789, wahrscheinlich auf Anregung polnischer Politiker, diesen Gedanken. Als Morgengabe für diese Sekundogenitur sollte Kurland mit Polen vereinigt werden, dem es ja noch lehenspflichtig war, — Absichten, die Preußen nur nach völliger Niederwerfung Rußlands hätte verwirklichen können. Noch zur Zeit der Reichenbacher Verhandlungen tauchte der Gedanke der Vereinigung Kurlands mit Polen auch in anderer Verbindung wieder auf: der König hoffte dadurch die Polen geneigter zur Abtretung von Danzig und Thorn zu machen. Hertzberg schüttete gegenüber all diesen phantastischen Plänen**) ein ganzes Bündel von durchschlagenden Gründen

*) Mehrere Agenten der verschiedenen belgischen Parteien hielten sich längere Zeit in Berlin auf. Im Frühjahr 1790 unter anderen ein gewisser Jarry de la Villette, Agent der Familie de la Marck-Arenberg der später von der englischen Regierung für Nachrichten über französische Festungen bezahlt wurde (vgl. Dropmore Papers II 403 und Auckland Correspondence III 86). Er hatte eine Zeitlang unter Friedrich II als Genieoffizier gedient und war mit den „Umgangsgenossen" Friedrich Wilhelms wohlbekannt. Der König hielt ihn für einen homme franc et loyal (vgl. Schlieffen 321 und 485). In einer Denkschrift an den König vom 9. April (Kriegsarchiv) verlangte er als Grundlage der preußischen Politik ein Bündnis mit Rußland und England. Böhmen und Mähren sollten an Sachsen; Sachsen nebst Danzig, Thorn, Posen, Kalisch an Preußen kommen (!).

**) Schlieffen, der sich von seiner kleinstaatlichen Projektenmacherei noch nicht entwöhnt hatte, schlug Hertzberg die Erblichmachung der polnischen Krone und Union mit Preußen unter dem gemeinsamen Namen Sarmatien oder Vandalien vor. Hertzberg erwiderte kurz angebunden: „1) ist der Plan nicht ausführbar. 2) Wird jeder polnische König, sei es auch der Bruder des Königs von Preußen,

aus, die ihre Unausführbarkeit darthaten [4]). Gleichwohl fand Ende September der Pater Piattoli *), der als Sendling Ignaz Potockis die Rückkehr des Königs aus Schlesien in Berlin erwartete, mit dem Auftrag, ihn für die Kandidatur seines damals 17 Jahre alten Sohnes, des Prinzen Ludwig, für die erbliche Königskrone günstig zu stimmen, bei Friedrich Wilhelm wirklich günstige Aufnahme [5]).

Ungarn. Von besonderem Interesse sind die Absichten, die Friedrich Wilhelm inbezug auf Ungarn hegte. Obwohl das Dunkel, das über den preußischen Umtrieben in Ungarn liegt, nicht gelichtet ist und schwerlich bald gelichtet werden wird, so läßt sich so viel erkennen, daß die preußische Politik hier gründlich hinters Licht geführt worden ist. Im Herbst 1788 [5]) begannen die leitenden Männer in Wien die ersten Befürchtungen vor einer von Preußen in Ungarn drohenden Gefahr zu hegen. Gelegentliche Anrufungen preußischer Hülfe von ungarischer Seite waren schon früher zur Zeit der Einführung der Konskription vorgekommen (1784) [6]). Aber jetzt war man wirklich in Angst, daß der magyarische Oppositionsgeist durch Preußen bedenklich geschürt werden könne [7]). Mit dem Baron Jacobi, dem preußischen Gesandten in Wien, stand ein aus Deutschland eingewanderter und von Josef mit dem ungarischen Indigenat beschenkter Freiherr von Hompesch in Verbindung, der zu einem eifrigen Verteidiger der Rechte Ungarns geworden war. Er hatte keinen geringeren Plan als die Habsburger zu entthronen und die militärische Unterstützung deutscher Mächte für die ungarischen Autonomiebestrebungen herbeizuführen. Es scheint nicht, daß er irgendwie durch einzelne ungarische Magnaten, geschweige denn durch ganze Parteien zu seinem geschäftigen Thun beauftragt war. In dem Moment, als er sich zur Reise nach Weimar, dem Mittelpunkt aller die Fürstenbundsmitglieder berührenden Intriguen, aufmachte, wurde er in Wien verhaftet, da man aber nichts aus ihm herausbrachte, aus der Haft entlassen, mit der Verpflichtung, Österreich-Ungarn auf immer zu meiden. Man hielt also seinen Aufenthalt unter den Todfeinden Österreichs für weniger gefährlich, als seinen Aufenthalt in Ungarn. Er begab sich zuerst nach Weimar und zu dem Herzog von Braunschweig, der den Eindruck erhielt, daß er einen Spion im Solde Kaunitz' vor sich habe. Als er dann im April 1789 in Berlin eintraf, frug Hertzberg den König, ob er ihn nicht

für Polens und nicht Preußens Interesse wirken". Schlieffen war aber sehr beleidigt (vgl. Schl. Memoiren 316 ff.).

*) Vgl. über ihn S. 43 Anm.

abweisen solle. Friedrich Wilhelm erwiderte, er möge ihn anhören, ihm aber bedeuten, daß die Zeit für Unternehmungen in Ungarn nicht gekommen sei. Zugleich bemerkte er, Hertzberg möge ihn, den König, doch darüber aufklären, inwieweit Brandenburg Rechte auf Ungarn habe. Er habe von Jacobi gehört, daß die Ungarn von solchen Rechten sprächen. Es war Hertzberg im höchsten Grade unangenehm, sich mit dieser zweifelhaften Persönlichkeit einlassen zu müssen. In der Audienz, die er Hompesch erteilte, bemerkte er sofort, daß dieser Herr auf eigene Faust politisierte. Für einen Spion hielt er ihn nicht, aber für einen „Erzabenteurer". Er gab ihm den Rat, Berlin möglichst bald zu verlassen. Dem König legte er dann dar, daß das Haus Brandenburg allerdings größere historische Rechte auf Böhmen und Ungarn habe, als das Haus Habsburg. Wenn man aber eines Tags diese alten Ansprüche wieder verwerten könne, dann müsse man an Böhmen denken und nicht an Ungarn, oder zum mindesten die Aufhebung des Reversionsrechtes verlangen, das die Krone Böhmen über die Lausitz habe. Die ganze Idee einer Aufwiegelung der Ungarn war ihm höchst zuwider [8]). Preußen gewann so gut wie nichts dabei, solange es nicht zum Kriege kam, verlor aber an Ruf. In einem die Gesamtlage Ungarns schildernden Schriftstück, das wahrscheinlich Hompesch „im Namen der ungarischen Stände" Hertzberg überreichte, wurde Preußen aufgefordert, im Verein mit Sachsen als Garant der ungarischen Konstitution in Ungarn eine „kleine" Armee einrücken zu lassen. Die großmütigen anonymen Verfasser boten sogar Ersatz der Kriegskosten an und versprachen, „zum Besten des Königs und seiner Länder alle Begünstigungen einzuräumen, die von dem grenzenlosen Dank einer von ihrem äußersten Unglück und der Sklaverei geretteten großmütigen Nation erwartet werden können, und für die Ehre und das Wachstum seines Hauses mit unauslöschlich dankbarem Gefühl Gut und Blut aufzuopfern". Zugleich wurde Hertzberg angedeutet, daß er den ungarischen Adel erhalten, und daß man ihn durch „einträgliche Besitzungen" auf immer an den Boden des Landes binden werde. Auf den König haben diese Phrasen vielleicht Eindruck gemacht. Jedenfalls durfte Hompesch trotz des abweisenden Verhaltens Hertzbergs in Berlin bleiben, wo er bald ein lustiges Leben anfing. Daß er auch zum königlichen Adjutanten ernannt worden ist, ist nicht glaublich, obwohl Friedrich Wilhelm im Verkehr mit Fremden oft sehr unvorsichtig war. Mit Mühe hat ihn Hertzberg einmal daran verhindert, den brabantischen Abgeordneten ein von ihm selbst unterzeichnetes Schriftstück zugehen zu lassen [9]).

Im Lauf des Jahres erschien noch ein zweiter „Ungar“ in Berlin, Namens von Beck, der, wie es scheint, ohne Wissen des Ministers mit dem König und Bischoffwerder allein unterhandelte, wahrscheinlich ebensowenig autorisiert wie Hompesch. Er tischte den Gedanken auf, den Herzog von Weimar zum König von Ungarn zu machen. Dieser Vorschlag erschien dem jämmerlichen Politiker Bischoffwerder auch wirklich recht gut, ja sogar sehr leicht ausführbar, und er bat den Herzog, zur Beratung nach Berlin zu kommen. Da mußte sich aber der Mann, der die Zukunft Preußens in Händen hatte, von dem kleinen Weimarer Souverän und seinem Poëten belehren lassen, daß fremde Emissäre erst sehr genau auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft werden müssen. Noch ganz andere Hebel, schrieb Goethe im Auftrag des Herzogs, als der Herren Hompesch und von Beck bedürfe es, um die österreichisch-ungarische Monarchie aus den Angeln zu heben. Im Kriegsfall sei die Unzufriedenheit der Ungarn gewiß für Preußen von Wert. „Aber Ew. Hochwohlgeboren werden besser als ich beurteilen können, ob zu Hause auch Alles so bestellt sei, daß man sich getrost hinauswagen könne“. Auf das fortwährende Drängen Bischoffwerders ließ sich schließlich Karl August herbei, wenigstens nach Berlin oder Potsdam zu kommen, er lehnte aber von vornherein alle Verantwortung für diese phantastischen Pläne ab*).

Fast um dieselbe Zeit, wo in Berlin hin und her beraten wurde, ob ein unsinniges Projekt schwächlich ausgeführt werden sollte, beseitigte Josef auf dem Sterbelager einen großen Teil der ungarischen Beschwerden, indem er durch Dekret vom 18. Januar fast alle ihre Privilegien vom 1. Mai ab wiederherstellte, und versprach, den Reichstag nicht länger als 1791 zu verschieben. Sofort trat wenigstens bei den in Wien befindlichen Ungarn ein großer Umschwung ein[10]). Leopold ging dann noch weiter, am 29. März berief er den Reichstag auf den 6. Juni nach der alten ungarischen Hauptstadt, wo er seit 230 Jahren nicht mehr getagt hatte. Der Reichstag verlief alsdann stürmisch,

*) Die Opposition, in der sich die leitenden Personen in Weimar gegenüber der Berliner Geistesrichtung und besonders den geheimen Gesellschaften befanden, geht namentlich aus einem Brief Goethes an den Herzog vom 9. April 1789 (Goethes Briefe Bd. 9, 100 ff.) hervor. Freilich, einen Sinn, wie ihn Goethe der Rosenkreuzerei in den „Geheimnissen“ gab (begonnen 1784, ersch. 1789, und gewiß nicht auf antiquarischen Reminiscenzen [Loeper II 365 f.], sondern auf seiner Kunde von den Bestrebungen am preußischen Hofe beruhend), konnte die Berliner Unkultur ihr nicht geben.

wie es zu erwarten war. Er hütete sich aber wohl, die preußische Garantie zu verlangen. Jacobi berichtete am 23. Juni aus Wien, obwohl der ungarische Vertrauensmann augenblicklich auf der Diät sei — die Ungarn hielten es also auch garnicht für nötig, in ständigem Verkehr mit der preußischen Gesandschaft zu bleiben —, so könne er doch versichern, daß die Majorität des Reichstags für die preußische Garantie sei; das ganze Unterhaus sei dafür und habe in wichtigen Punkten über die Magnatentafel gesiegt. Nach einigen Tagen kam dann ein Abgesandter zu ihm, der vor allem wissen wollte, ob denn Hoffnung auf Krieg sei. Jacobi konnte ihm natürlich darauf keine Antwort geben. Er bemerkte, daß der König die offizielle Bitte des Reichstags um seine Garantie verlange. Der Ungar seinerseits versicherte, daß die Sendung ungarischer Truppen gegen Preußen nicht geduldet werden solle. Das war alles, was die Hintermänner dieses Vertrauensmannes, die vielleicht nur eine kleine Zahl von Frondeuren waren, Preußen versprachen. Dagegen verlangte er, daß die preußischen Truppen, die im Kriegsfall durch Galizien in Ungarn einfallen sollten, überall bekannt machen sollten, daß sie nur zur Sicherung der ungarischen Konstitution einmarschiert seien. Durch wen der König das betrügerische Versprechen erhielt, daß der Reichstag am 14. Juli die preußische Garantie verlangen werde[11]), ist nicht zu ersehen. Mitte Juli begannen überhaupt erst die gemeinsamen Beratungen der beiden Tafeln über das Inauguraldiplom[12]), in dem diese Forderung hätte vorgebracht werden müssen. In dem Entwurf des Diploms aber war von der preußischen Garantie garnicht die Rede. Natürlich war es den Ungarn von großem Vorteil, möglichst lange das preußische Heer dem österreichischen gefechtbereit gegenüberstehend zu wissen. Am 6. Juli bat einer der oppositionellen Magnaten Jacobi um weiteren Aufschub des Friedens um 3—4 Wochen; man werde sich dann auch direkt an den König wenden. Schließlich, zu Ende Juli, hatte Jacobi zu berichten, daß die Ungarn allerdings Leopold ihren Wunsch der Garantie zu Ohren gebracht hätten, daß sie aber weder Preußen noch andere Mächte genannt hätten. Die Debatten über das neue Inauguraldiplom dauerten bis in den August hinein. Leopold weigerte sich, darauf einzugehen, und setzte endlich ohne Befragung der Stände den 15. November als Krönungstag fest. Das ist die Geschichte der Beziehungen Preußens zu Ungarn in diesen Jahren. Der leicht bestimmbare Sinn des Königs hatte eine Zeitlang die Versprechungen einiger Abenteurer und Oppositionsmänner für bare Münze genommen.

Anhang.

I. Einige Bemerkungen über den Trésor von 1789–91.

In das Etatsjahr 1789/90 fällt die außerordentliche Thatsache, daß der König aus dem Trésor, dem Friedericianischen Staatsschatz, 4 Millionen Thaler zu „selbsteignem Bedarf" entnahm. Noch mehrmals ist dies später vorgekommen, aber nie in solchem Umfang. Die höchste zu demselben Zweck entnommene Summe sind 450 000 Thaler „zu besonderem Fonds" im Etatsjahr 1793/94, wenn hier nicht, was immerhin möglich ist, ein Korruptionsfonds gemeint ist (so wie die „zu einem gewissen Behufe" entnommenen Gelder 1790/91)[1]. — Zwei Jahre hindurch, von Trinitatis 1789 bis Trinitatis 1791 kam Friedrich Wilhelm keiner der sog. Trésorzettel zu Gesicht. Der Kassierer Metzendorff hatte seine Abrechnungen, Bilanzen und Nachweisungen über den Münzbestand teils an den König teils an Blumenthal, den Vizepräsidenten des Generaldirektoriums, zu richten. Die an den König wurden in dieser Zeit „wegen der kriegerischen Umstände" nicht übergeben. Erst im Mai 1791 ließ er sich eine Generalnachweisung überreichen. Die Zettel selbst sind ein Bild der willkürlichen Finanzwirtschaft. Wahrscheinlich auch „infolge der kriegerischen Umstände" wurde das Finanzjahr gar nicht eingehalten, das gerade zur Zeit des Marsches nach Schlesien ablief, und Bilanzen vom August, Oktober, Dezember 1790 bezogen sich noch auf den Trésorbestand von Trinitatis 1789[2].

II. Schlieffens Betreffnisse und Erlebungen (ersch. nach dem Tode des Autors als 2. Band der „Nachricht von einigen Häusern des Geschlechts der von Schlieffen", als Manuskript gedruckt 1840, 4°) und die Hertzbergsche Politik*).

Erst im April 1789 trat Schlieffen wieder in preußische Dienste, die er als Leutnant vor 30 Jahren verlassen hatte. Was er über die preußische Politik vor diesem Zeitpunkt sagt**), ist also nur das Urteil eines fremden Ministers und Militärs. In wichtigen Fragen hatte er eine antipreußische Richtung verfolgt. Ein mittel- und kleinstaatlicher Bund gegen die Habgier der deutschen Großmächte war sein Ideal gewesen. Sein scharfes Urteil über Hertzberg erklärt sich zum größten Teil aus der Unwissenheit des kleinstaatlichen Ministers in europäischer Politik. Er bezeichnete eine englisch-preußische Allianz als widernatürlich, während doch die Ereignisse von 1787 die Wertlosigkeit einer französischen für eine aktive preußische Politik zur Genüge darthaten. Schon während seiner Londoner Sendung (August 1789) mußte er denn auch dem Minister bekennen, daß er das Bündnis mit England zur Zeit für das einzig vorteilhafte halte[3]). Ich gehe deswegen auf seine Meinung vom Jahre 1786 nicht näher ein, Preußen könne durch eine Verständigung mit Frankreich und durch seine Vermittlung das notwendige Stück von Polen erlangen, indem es seinerseits eine Teilung der türkischen Beute unter Frankreich, Österreich, Rußland zulasse, wobei den Franzosen Ägypten zufallen sollte. Bei dem ersten Anzeichen einer derartigen französischen Absicht hätten die Engländer mobil gemacht, wie 1787 wegen Holland, und wahrscheinlich Frankreich nicht so billig wegkommen lassen, wie es in diesem Fall geschehen ist.

Schlieffen hatte als geschickter Unterhändler bei den berüchtigten hessisch-englischen Verträgen und als ausgezeichneter Offizier, auch als Schriftsteller***) einen bedeutenden Ruf gewonnen, als er im Jahre

*) Merkwürdiger Weise sind die Memoiren für die erste Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelms bisher nicht benutzt worden.

**) Seit 1785 schrieb Schlieffen stets zu Jahresschluß die Geschichte des Jahres.

***) 1784 erschien der historisch-genealogische erste Band der „Nachricht von

1789 in preußische Dienste trat. Daß er aber als völliger Neuling die spezifisch preußischen Interessen besser zu würdigen verstand, als der alte Minister Friedrichs II., ist schon für sich höchst unwahrscheinlich. Er hatte jedoch Einfluß beim Könige, dem wohl die gesellschaftlichen Talente des Generals Freude machten. Zur Zeit der lütticher Affaire durfte er ihm statt ernster komische Berichte senden, zu denen er den Stoff aus der Geschichte der Kreuzzüge und der Batrachomyomachie entnahm[4]). Im Herbst 1789 gehörte er zu denen, die einen Aufschub der Aktion wünschten, „bis die versprechenden Aussichten eine bestimmtere Gestalt überkämen" *). Er war deswegen auch mit der Behandlung der lütticher Angelegenheit durch Hertzberg nicht einverstanden, bei der ihm als Gouverneur von Wesel die Hauptrolle zugewiesen war, und suchte durch direktes Einwirken auf den König seine Ansicht durchzusetzen. Hertzberg befolgte in dieser Sache den ersten Teil seines Grundsatzes: in parvis rebus cole pietatem iustitiamque; si ius violandum est, fiat regnandi gratia[5]). Er erkannte durch Betheiligung an der Exekution den Spruch des Wetzlarer Kammergerichts an. Er wollte aber dadurch erreichen, daß Preußen mit seinem größeren Kontingent die Leitung der Angelegenheit in Händen hatte. Auf diese Weise konnte er nicht nur eine blutige Reaktion in Lüttich verhindern und dadurch die Aussichten des Kurfürsten von Cöln, der als Bischof von Münster an der Exekution beteiligt war, nach dem Tode des bejahrten Fürstbischofs auch noch dessen Nachfolger zu werden, verringern; vor allem bedeutete die Anwesenheit der preußischen Truppen vor und in Lüttich und ihre milde Behandlung der aufständischen Bürgerschaft eine Ermunterung der rebellischen Belgier, die bei einem etwaigen Ausbruch des Kriegs mit Österreich aus Anlaß der Okkupation Groß-Polens schwer ins Gewicht fiel. Schlieffen dagegen meinte, von seinem Standpunkt des Verschiebens der Aktion aus mit Recht: Nichthandeln sei besser als Schiefhandeln.

Zu Beginn 1790 erschien Schlieffen Rußland als der Hauptfeind Preußens. Er glaubte an die „Riesenkräfte" des jungen Staats, und nach seiner Meinung „mußte" Kaunitz einsehen, daß Rußland der unversöhnlichste Gegner beider Staaten sei. Er wußte nicht, daß im

---

einigen Häusern des Geschlechts der von Schlieffen". Wenn Schlieffen es über sich vermocht hätte, statt in seinem entsetzlichen, individuellen, selbst gebildeten Deutsch in dem ihm geläufigen Französisch zu schreiben, so wäre unsere kleine politische Memoirenlitteratur um ein Werk ersten Ranges vermehrt worden.

*) Vgl. im übrigen Note 2 zu Kap. V.

Mai 1789 die Allianz der unversöhnlichen Gegner auf 8 Jahre erneuert war. Das gesamteuropäische Interesse, meinte er, erfordere es, daß Preußen in Polen verstärkt werde, um der slavischen Flut einen Damm entgegenzusetzen. Man irrt wohl nicht, wenn man derartige Ansichten auf wohlberechnete englische Ausstreuungen zurückführt. Bis Gesamteuropa Preußen einen Gefallen that, war Polen längst zerteilt, und der polnische Handel in den Händen der Engländer. Durch Verständigung mit Österreich und England wollte Schlieffen das erreichen, was Hertzberg im Gegensatz zu der einen, gegen den passiven Widerstand der anderen durchzuführen dachte. Aber bereits im nächsten Jahre, zur Zeit des drohenden Kriegs mit Rußland, hatte er eingesehen, daß es das Interesse Preußens erfordere, mit dem russischen Nachbar in Freundschaft zu bleiben. Österreich stellte sich ihm fortan als der einzige, der eigentliche Gegner dar. So hatte er sich allmählich zur Fridericianischen Politik bekehrt. — Gelegentlich spielten in seinen politischen Spekulationen auch die hessischen Erinneruugen eine etwas komische Rolle. So schlug er Ende 1789 vor, den hessischen Landgrafen, wie vor Alters, zum Herzog von Brabant zu machen, worauf ihm durch den Herzog von Braunschweig, der allerdings selbst auf dieses Land spekulierte, die Antwort wurde, man sei in Berlin unzufrieden mit diesem Vorschlag.

Schlieffen hat an der Hertzbergschen Politik kaum ein gutes Haar gelassen. Die Ursache dafür ist, von persönlichen Gründen abgesehen, seine erst allmählich reifende Erkenntnis der spezifisch preußischen Interessen. Mit der nach dem Sturze des Ministers inaugurierten Politik konnte er sich noch viel weniger befreunden, obwohl er jetzt ein besseres Urteil über Wohl und Wehe Preußens hatte. Die Freundschaft mit Österreich, die Verfeindung mit Rußland, der Krieg gegen Frankreich erschien ihm als ein Unglück, und er suchte den König auf die Gefahr der Ungnade davon abzubringen — vergebens. Unabhängige Männer hatten kein Gehör mehr.

III. Ein Urteil über Hertzberg aus dem Jahre 1808.

Die Stürme der Revolutionskriege und die Katastrophe von 1806 machten es nicht leicht, die ersten weniger geräuschvollen Jahre Friedrich Wilhelms und die Person Hertzbergs unbefangen ins Auge zu fassen. Den Urhebern und Verteidigern der ungeschickten Politik Fried-

rich Wilhelm III. diente dieser Minister als Sündenbock. Auf der Gegenseite fand Hertzberg einen Verteidiger in dem unbekannten Verfasser der trefflichen „Bemerkungen über die Matériaux p. s. à l'histoire des années 1805, 6, 7" (Frankfurt-Leipzig 1808), einer kenntnisreichen Erwiderung auf Lombards bekannte Schrift*). Der Verfasser fällt folgende Urteile über Hertzberg, wobei zu erinnern ist, daß die tadelnden Worte über seine angebliche revolutionäre Politik nur beschränkte Berechtigung haben.

S. 24 ff.: Nach dem Tode Friedrichs ging der Prinz Heinrich damit um, „den Staat durch Gewaltthätigkeiten zu vergrößern, die vermutlich ein eben so allgemeines Kriegsfeuer über ganz Europa verbreitet haben würden, als aus der französischen Revolution hervorgegangen ist. [Diese Behauptung wird durch Mirabeau, histoire secrète I 53 f. bestätigt, nach dem der Prinz den Austausch Sachsens gegen Westfalen und Lüttich und große Säkularisationen zu Gunsten Preußens wünschte.] . . . . . Hertzberg, dem eine zu dreiste und stolze Politik vorgeworfen wird, und der wirklich durch sein unruhiges Treiben und Aufrühren in allen Ländern so viel Übles gestiftet hat, welches zuletzt seinem Vaterlande schrecklich vergolten ist; Hertzberg widersetzte sich dem Antrag um sich zu greifen. Seine Absichten waren darauf gerichtet, das System zu befolgen, wozu Friedrich in den letzten Jahren den Grund gelegt hatte; die kleineren Staaten in Deutschland an Preußen zu binden und dessen Macht dadurch zu verstärken, um dem Hause Österreich gewachsen zu sein [diese Bemerkung ist richtig mit der Modifikation, daß Hertzberg sich im Kriegsfall nicht durch die Kleinstaaten behindert sehen wollte; vgl. S. 41 f. meiner Schrift]; und durch andere auswärtige Verbindungen die europäische Staatenrepublik im Wesentlichen in ihrem Bestande zu erhalten. Der Verfasser der Materialien wirft einen sehr nachteiligen Seitenblick auf diesen vormaligen Minister. Aber so wenig auch der hohe Ton, in dem er ganz Europa vorzuschreiben dachte, gerechtfertigt werden mag, so waren solche Anmaßungen noch einigermaßen bei ihm zu entschuldigen", weil Preußen damals wirklich glänzend dastand . . . . . „In den

*) Der Verfasser, offenbar ein Mann in Stellung, hielt sich jedenfalls unter Friedrich Wilhelm II. lange Zeit in Berlin resp. Preußen auf; vgl. S. 7, 16 19 f., 24, 26. Er ist erbitterter Feind Frankreichs, hält Österreich für ungefährlich für Preußen (vgl. 28), und mißbilligt vor allem den unselbstständigen Geist des preußischen Beamtentums.

Entwürfen des Grafen Hertzberg war doch ein Gedanke, ein Plan, eine Absicht. Er hätte sich nie einfallen lassen, mit Frankreich und England zugleich Krieg anzufangen; innerhalb einiger Monate zuerst Rußland und darauf Frankreich mit bewaffneter Hand zu bedrohen, und sich immer wieder zurückzuziehen, ohne irgend einen Zweck sicher erreicht zu haben. Wer ihn gekannt hat, wird sich jetzt als einer furchtbaren Vorbedeutung erinnern, wie der alte Mann, nach seiner Verabschiedung, da der nahe Tod ihm schon auf dem Gesicht zu lesen war, erzählte, er habe dem König geradeaus gesagt, wenn er so fortführe, würde er wieder Markgraf von Brandenburg werden". . . . . „Hertzberg dachte ebenfalls darauf, die preußische Monarchie zu vergrößern, wenn es ohne Gefahr geschehen könnte, und Nebenbuhler im Kampfe um das Übergewicht in der europäischen Republik zu schwächen; aber in seiner Politik war doch eine gewisse Haltung. Diejenigen, die ihn verdrängten und Andere, die darauf gefolgt sind, haben sich der ungezügeltsten Ländergier blindlings ergeben, und ohne alle Rücksicht, selbst auf die nächsten Folgen ihrer Unternehmungen".

IV. Zwei Aktenstücke *).

Hertzberg an Schlieffen, 22. Oct. 1789.

Der Brief ist gedruckt bei Schlieffen 430 ff. Wegen der Seltenheit des Werks wiederhole ich hier den zweiten Teil; der erste handelt über Lüttich. Vgl. Kap. V und VI.

Je vois que V. Ex. est de l'opinion, que plutôt de nous embarquer seuls contre fortes parties, il vaut mieux de rester en force et d'être spectateur pendant que nos rivaux s'épuisent. Cette opinion pouvait être bonne, si le cas était tel. Mais n'est-il pas en inversion? est-ce que nos rivaux s'épuisent? n'écrasent-ils pas notre allié naturel presque sans leur perte? ne le forceront-ils pas à faire une paix quelconque? que ne feront-ils pas contre la Prusse en deux ans? N'aurons-nous pas à regretter d'avoir manqué l'occasion unique et immanquable de mettre la Prusse an-dessus des évênements? Si le Roi en allant en Silésie avait rassemblé selon mon opinion deux médiocres corps d'armées sur les frontières de la Gallicie et

*) Stellen, die im Zusammenhang dieser Schrift von besonderer Wichtigkeit sind, sind durch den Druck hervorgehoben.

de la Livonie, s'il avait proposé alors aux deux Cours Impériales l'option de mon plan, connu à V. Ex., ou de la guerre, auraient-elles osées la décliner, ou n'auraient-elles pas risquées de perdre en quelques semaines la haute Silésie, la Gallicie, la Moravie et d'être entre les trois feux des Prussiens, des Turcs et des Polonais? Est-ce que les Autrichiens auraient osés entreprendre des batailles contre les Turcs et le siège de Belgrade? Ou s'ils avaient voulu tourner leur force contre la Prusse, est-ce que les Turcs ne les auraient pas suivis? Est-ce que ceux-ci auraient songés à la paix, ou à rétourner pour l'hiver en Asie? Avions-nous besoin de faire pour cela une campagne d'hiver contre un ennemi placé entre trois feux, et ne pouvious-nous pas faire tout cela dans les mois de Septembre, Octobre et Novembre, comme Frédéric II a fait la conquête de la Silésie et de la Saxe en 1740 et 1756, [et] n'aurions-nous pas tout trouvé à une pareille campagne de l'automne*), et trouverons-nous la même facilité au printemps? Je défie tout Général quelque grand qu'il soit de refuter ces principes et ce raisonnement**). Je ne saurais songer sans amertume au passé et au futur. On regrette peut-être à présent le passé, et on voudrait le réparer au printemps en appuyant sur les Brabançons et les Galliciens; mais quel roseau d'Egypte! et si nous avions même le bonheur d'obtenir encore que les Turcs continuent la guerre, quel secours aurons-nous de ces pleutres? Comment pourraient-ils passer le Danube? Les deux cours Impériales peuvent leur en disputer le passage avec 60 mille hommes et tourner toute leur force contre la Prusse. Je suis donc constamment de l'opinion, que nous devions faire la guerre et exécuter mon plan dès le mois d'Août et de Septembre *avec ou sans les Anglais qui*

---

*) Entweder iſt nach 1756 etwas ausgefallen außer dem von mir hinzugeſetzten et, etwa eine Reflexion über die im Herbſt immerhin noch beſſeren Proviantverhältniſſe (1789 begann ja die Reihe ſchlechter Ernten, die auch auf die franzöſiſche Revolution ſtimulierend gewirkt haben) oder dies Argument liegt ſchon in dem folgenden tout trouvé.

**) Hierzu bemerkt Schlieffen: Fort aisé a refuter; mais plût à Dieu qu'on eût frappé en printemps après que les Brabançons se fussent émancipés, ce qu'ils n'étaient pas en automne (Remarque du lecteur). Eine Widerlegung hat Schlieffen aber auch im Text ſeines Werkes nicht verſucht. Im Übrigen iſt klar, daß ein mit einem Aufſtand parallel ausbrechender und laufender Krieg vorteilhafter iſt, als ein ſpäteres Eintreten in den Kampf, nach vollendeter Auseinanderſetzung des Gegners mit ſeinen Rebellen.

seront bien obligés de suivre notre sort malgré eux; mais qu'après avoir manqué cette campagne et la face des affaires ayant absolument changée, il faut nous retirer dans notre coquille, et moi à Britz*) pour y ensevelir les regrets les plus sensibles quoique les plus justes. Le temps et la plume me manque pour en dire davantage. Je ne cesserai jamais d'être. . . . . .

Hertzberg an den König, 25. Nov. 1789 (G. St. A.).
Zu dieser trefflichen Denkschrift vgl. Kap. XVII Anfang.

Je vois par la lettre que Votre Majesté m'a fait la grâce de m'écrire ce matin, qu'Elle est portée pour ériger les Pays-Bas autrichiens en république indépendante sous un stathouder, et que je dois sonder l'émissaire brabançon, si son parti avait déjà songé à un plan de gouvernement. Je ne tarderai pas de le faire et d'en faire ensuite mon rapport. Cependant, comme V. M. a eu la bonté de me confier Ses raisons en détail, je me flatte qu'Elle ne prendra pas en mauvaise part est qu'Elle n'attribuera qu'à mon zèle très pur pour Ses intérêts, si je Lui expose très-respectueusement mes idées sur cet important objet.

Votre Majesté a, sans doute, un grand intérêt de détacher les Pays-Bas de la monarchie autrichienne, mais Elle a un intérêt majeur d'en détacher la Galicie et de S'en servir pour S'agrandir en Pologne. *Or, je ne crois pas possible que V. M. puisse enlever en même temps les Pays-Bas et la Galicie à un souverain qui commande plus de 200000 guerriers et qui a une alliée tout aussi puissante;* mais il paraît possible que, quand l'Empereur verra qu'il a perdu les Pays-Bas par la révolte de ses sujets; qu'il ne peut pas les regagner que par V. M. et par Ses alliés; que, dans le cas contraire, il serait encore menacé de l'alliance de V. M. avec la Porte, la Suède et la Pologne et d'une guerre dangereuse pour lui, qui doit en résulter: que dans ce cas, dis-je, il pourra être porté à se prêter à la restitution de la Galicie. Il ne peut pas être douteux que cette chance doit être préférable à V. M., parceque la perte des Pays-Bas ne peut affaiblir l'Empereur que par l'intérêt pécuniaire aisé à réparer; mais la perte de la Galicie l'affaiblirait beaucoup plus sensiblement, à cause de la contiguité de ses États, et, s'il en garde la possession, il est beaucoup plus dangereux à la Prusse, parceque, la Galicie jointe à

*) Hertzbergs Gut.

la Moravie et à la Hongrie, il peut aisément envahir la Silésie, la Marche et la Prusse, en prenant ces provinces à revers où elles sont difficiles à défendre. Il me semble donc que, si la révolte des Brabançons réussit, c'est une occasion et un évènement que la Providence a de nouveau amené pour que V. M. puisse S'en servir, en le combinant avec la pacification générale, pour Se débarrasser de cette terrible épine de la Galicie et pour agrandir en même temps le corps de Sa monarchie, peut-être sans guerre, mais en la montrant fortement. Je crois ne pas déplaire à V. M. en Lui présentant le plan suivant: Votre Majesté pourrait Se concerter dès à présent et sans perte de temps avec l'Angleterre et la Hollande pour prendre les Pays-Bas, comme garants de leur constitution, dans la protection armée des trois puissances, en faisant avancer quelques troupes sur les frontières, pour lequel effet le corps du général de Schlieffen et les troupes hollandaises cantonnées dans le pays de la Généralité suffiraient pour le commencement. V. M. pourrait Se servir de l'intérêt immédiat que les deux puissances maritimes ont dans cette affaire, pour les entraîner dans les affaires générales de l'Orient, et Elle pourrait les obliger à prendre un concert avec Elle et à déclarer à l'Empereur qu'on ne lui rendrait les Pays-Bas que sous la condition de l'inaliénabilité et d'une constitution tout-à-fait limitée sous la garantie des trois puissances: ce qui rendrait la possession des Pays-Bas inutile et précaire et même nulle à l'Empereur, et qu'on ajouterait à cette restitution la condition péremptoire qu'elle serait combinée avec la pacification générale de l'Orient et du Nord, de manière que l'Empereur restitue la Galicie aux Polonais et la Moldavie aux Turcs et qu'il se contente de l'extension de ses limites selon le traité de Passarowitz, c'est-à-dire jusqu'à la rivière d' Aluta en Valachie et jusqu'à l'Unna en Bosnie. De cette manière, on concilierait les intérêts de toutes les parties. L'Impératrice garderait la Crimée, la Porte regagnerait la Moldavie et la Valachie en ne perdant que ce qu'elle devait déjà restituer à l'Autriche selon la paix de Passarowitz; l'Empereur regagnerait ces deux districts qu'il a si longtemps convoités, et, en restituant la Galicie aux Polonais, il obtiendrait en troc la restitution des Pays-Bas, qui lui rapportent beaucoup plus en revenus et dont la possession garantie par les trois alliés lui serait plus sûre que celle de la Galicie. Il me semble que ce plan est si juste et si conforme aux intérêts de toutes les parties qu'il devrait trouver leur consentement général;

mais si l'Empereur le rejetait, V. M. aurait alors des motifs d'autant plus plausibles de lui faire la guerre au printemps et de soutenir en même temps l'insurrection des Brabançons et des Galiciens, après S'être alliée avec la Porte, avec la Suède et la Pologne. Il en résulte en même temps que ce nouveau plan remédie aux difficultés qu'on a trouvées au troc de la Galicie contre la Moldavie, et qu'il s'approche même beaucoup du plan de pacification sur lequel les deux cours impériales paraissent déjà être d'accord entre elles, à quelques démembrements de la Moldavie et de la Valachie près. Votre Majesté me rendra la justice de reconnaître par le susdit plan et par les réflexions dont je l'ai accompagné, que, si je n'opine pas pour l'indépendance des Pays-Bas, ce n'est que par la considération de Son intérêt majeur et essentiel, mais non que je me laisse entraîner par les insinuations du sieur Ewart et que je me fie trop à luî. Je suis aussi mécontent que V. M. de l'indolence et de l'indifférence du ministère britannique, *et je n'oublierai jamais au sieur Ewart que lui et ses ministres par leur réserve et contrariété nous ont fait manquer, à la fin de cet été, l'occasion la plus favorable et qui ne se retrouvera peut-être jamais pour la monarchie prussienne, d'exécuter notre grand plan sans risque et avant que les Turcs aient perdu la bataille et Belgrade.* L'argument que le sieur Ewart fait valoir contre la république indépendante des Flamands et qu'il tire de la possibilité de sa jonction avec la France, n'est que subalterne et accessoire à mes yeux; mais il y a d'autres obstacles qui me paraissent insurmontables et que mon devoir exige pourtant d'exposer fidèlement à V. M.

1⁰ Il sera difficile, sinon impossible de diriger et de réunir pour une constitution uniforme, stable et raisonnable ces insurgents qui sont presque tous du peuple et encore plus intraitables par leur caractère et leur bigoterie que les Français, et il en résultera sûrement une division des provinces dont celles qui sont voisines de la France, comme la Flandre et le Hainault, s'attacheront à cette monarchie.

2⁰ La nation belgique est trop bigote et trop attachée à la religion catholique pour vouloir accepter un stathouder protestant ou même un qui changerait de religion.

3⁰ *Votre Majesté ne pourrait pas seule établir cette république indépendante sans la concurrence des deux puissances maritimes,* et celles-ci aimeront mieux rendre la Belgie à l'Empereur avec une

constitution fort limitée que de courir le risque que la Belgie s'attache à la France et qu'elles soient obligées de l'empêcher par une guerre.

4° Les deux puissances maritimes et surtout la république de Hollande ne verront jamais de bon oeil et ne permettront pas même que la Belgie devienne une république indépendante, parceque celle-ci lui serait supérieure en forces; qu'elle rouvrirait bientôt l'Escaut et rétablirait Anvers, ce que les deux puissances maritimes peuvent plus tôt empêcher à un prince autrichien éloigné qu'à une république indépendante bien gouvernée et qui serait toujours soutenue par la France contre l'Angleterre sa rivale. *Par ces raisons la maison d'Orange ne peut pas même aspirer au stathoudérat de la Belgie, sans risquer de perdre celui de la Hollande.*

5° Si même les puissances maritimes voulaient favoriser la république indépendante de la Belgie, il est à craindre et non sans vraisemblance que tant la cour de France que la nation pourraient se réunir, par le point d'honneur national et celui de la rivalité contre l'Angleterre, pour s'y opposer et pour assister l'Empereur comme son allié. *La France, malgré son anarchie présente, a encore assez de ressources pour cet effet, et cet objet pourrait même réunir la nation et la précipiter pour une bonne constitution dont elle est toujours susceptible.*

6° Les Pays-Bas sont la partie faible de la maison d'Autriche, qui partagent ses forces, par lesquels on peut toujours la prendre et qu'il faut lui laisser, et lui enlever plus tôt une province contiguë comme la Galicie.

Je me flatte que V. M. me pardonnera tant la prolixité que la liberté de ces représentations qui sont fondées sur le zèle le plus pur et le plus patriotique pour les intérêts de Sa Couronne et de Sa gloire, et dont personne ne sait d'ailleurs un mot. J'attends Ses ordres ultérieurs.

Noten.

(Belege und kritische Bemerkungen).

I. (S. 1—7). 1) Daß dies der Fall war, bemerkt Görtz, Denkwürdigkeiten I, 238. 2) Vgl. eine Bemerkung Katharinas in einem Brief an Josef 13. März 1784 bei Arneth 227. 3) Vgl. A. Beer, die orientalische Politik Österreichs seit 1774 (1883) 108 n. 1. Hierauf beziehen sich die Bemerkungen bei V. Kalinka, der 4jährige polnische Reichstag 1788—91. Berlin 1896. (Aus dem Polnischen) I, 55. 4) Vgl. V. Kalinka a. a. O. I, 59. 89. 92. 5) Hertzberg schreibt z. B. 17. Mai 1789 an Goltz in Petersburg: l'essentiel de ce plan est de faire sortir les Autrichiens de la Pologne (G. St. A.) 6) Vgl. die Denkschrift Hertzbergs vom J. 1787 (resp. 1779) bei Ranke, die deutschen Mächte und der Fürstenbund (Sämmtl. W. 31. 32.) 215. Nach A. Beer, Leop. II. Franz II. Catharina, Einl. 96 „findet sich von einer selbstständigen Politik Ö. in Warschau unter Josef auch nicht die geringste Spur". 7) Für das Folgende vgl A. Beer, die erste Teilung Polens II, 48 ff. 8) Vgl. eine Denkschrift des Kaisers bei G. Wolf, Österreich und Preußen 195. 9) In einem von Hertzberg seinem am 19. Jan. 1788 vorgelegten Plan beigefügten Bericht (G. St. A.). 10) Vgl. A. Beer, die orientalische Politik Ö. 226 ff., Mazade, Alexandre I et le prince Czartoryski. 162 und Bismarcks Gedanken und Erinnerungen II, 235 f. 11) Vgl. V. Kalinka, der 4jährige polnische Reichstag. II § 123. 12) Finckenstein an den König 9. Febr. 1788 (G. St. A.). 13) In einer Nachschrift zu dem Plan vom 19. Jan. 1788 (G. St. A.). 14) Vgl. eine Denkschrift Josefs bei Arneth, Josef II. und Leopold II. II, 354. Der Einfall der Türken geschah Ende August.

II. (S. 7—14). 1) Vgl. Barral-Montferrat, Dix ans de paix armée entre la France et l'Angleterre (1894) I, 97; auch eine Notiz bei Taine, Origines II, 5. 2) Vgl. z. B. eine Bemerkung des Duke of Richmond, eines hervorragenden Mitglieds des Pittschen Kabinetts, bei F. Salomon, das politische System des jüngeren Pitt (Leipziger Habilitationsschrift) Berlin 1895. 12, n. 1. Ähnliche Aeußerungen finden sich öfters. 3) In dieser Auffassung des Fürstenbunds stimmen Dohm III, 109, Görtz I, 282 und Schlieffens Betreffnisse und Erlebungen 226 überein; Bailleus Darstellung (Hist. Zeitschr. 42) ergiebt dasselbe Urteil; vgl. namentlich 415. 4) In einem Bericht an den König April 1789, zitiert bei Heigel, deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs d. Gr. I, 188 n. 5) Vgl. S. Brunner, Correspondances intimes de l'emp. Josef II avec son ami comte de Cobenzl 66. 6) So wurde es auch in Berlin aufgefaßt; vgl. Ranke a. a. O. 233 f. In der Korrespondenz Josefs mit Katharina findet sich 13. Oct. 1787 eine für die guten Beziehungen der beiden Mächte charakteristische Bemerkung; vgl. Arneth 302. 7) Vgl. einen Bericht des Fürsten Reuß, des österreichischen Gesandten, aus Berlin 5. Sept. 87 bei G. Wolf, Österreich und Preußen 226 ff. In einem Gespräch Bischoffwerders mit Reuß am 6. Jan. 1790, bei Wolf 239 ff., sagte Bischoffwerder: „O, wenn doch nur vor 2 Jahren

die Entrevue hätte statt haben können; wie viel Sorge und Verwirrung hätte nicht vermieden werden können". Wie weit die in den erstem Bericht Reuß' erwähnte Zustimmung Hertzbergs zu den Annäherungsversuchen ging, ist ungewiß. Bei Reuß' Berichten ist zu bedenken, daß er nach Kaunitz' Ausdruck eine pauvre espèce war. — Diese nicht uninteressanten Vorgänge verdienten näher untersucht zu werden. 8) Vgl. Malmesbury, Diaries II, 211 f., für das Folgende II, 51. 9) Mit Schärfe spricht das einmal aus Harris an Pitt bei F. Salomon a. a. O. 17. Wenn Salomon sich S. 22 so ausdrückt, als ob der Hauptwert der preußischen Allianz darin bestanden habe, den Anschluß an Rußland zu erleichtern, so ist das ein Irrtum. Die Allianz mit Preußen hatte einen ganz anderen Wert für die gegen Frankreich gerichtete Politik Englands als die Rußlands. Mit dem Abschluß des Berliner Bündnisses war die geringe Bedeutung einer russischen Allianz noch mehr verringert. — Eine kurze Darlegung der internationalen Beziehungen Englands i. J. 1784 findet sich in einem Memorandum Carmarthens über die Allianzen in den: Political Memoranda of Francis Vth Duke of Leeds ed. by O. Browing 1884, 106 f. 10) Aukland to Grenville 12. Oct. 1791 in: Dropmore Papers (The Manuscripts of J. B. Fortescue Esq. preserved et Dropmore. Historical Manuscripts Commission. 14th Report. Appendix. Part V.) II, 210 ff: We happen to have with the Dutch the only alliance, that is perhaps of great and solid value in Europe. 11) Für das Folgende vgl. Recueil des Instructions aux Ambassadeurs de France, Russie. (1890) tom. II. 12) Es ist kein Zweifel, daß der englische Gesandte Ainslie die Pforte zum Krieg angereizt hat. Montmorin war nach Prüfung der ihm übersandten Papiere davon überzeugt vgl. Recueil a. a. O. 430. 32; vgl. auch Barral-Montferrat I, 303. 365. 13) Die Reise nach der Krim wurde mit der festen Absicht unternommen, die Pforte zum Kriege zu reizen; vgl. Bilbassoff, Katharina II. im Urteil der Weltlitteratur II, 65. 14) Vgl. Recueil 486. 15) Sbornik XXIII. 470. 16) a. a. O. 445. 17) Vgl. Sorel, L'Europe et la Révolution I, 532. 18) Vgl. L. Pingaud, Choiseul-Gouffier. La France en Orient sous Louis XVI (Paris 1887) 227. 19) Vgl. Mirabeau, Histoire secrète de la Cour de Berlin I, 123 f. In dem Kampf der Opposition gegen Pitt spielte diese Möglichkeit eine Rolle; vgl. Bilbassoff, Katharina II. im Urteil der Weltlitteratur I, 548. 20) Vgl. Recueil des Instructions. Russie. 468. 21) Für das Folgende entnehme ich einige Einzelheiten einer Denkschrift Ewarts, des englischen Gesandten in Berlin, April 1791: Observations on the nature of the connection which has hitherto subsisted between Great-Britain and Russia, gedr. in Dropmore Papers II, 44—49.

III. (S. 14—18). 1) 560000 Thlr., die im Etatsjahr 1788/89 aus bezahlt wurden. Vgl. die von A. Nandé veröffentlichte Tabelle in den Forsch. z. Brand. u. Preuß. Gesch. V. 2) Vgl. Ranke, Analekten 460 ff. 3) Trotz der Ableugnungen Diez' ist das sehr wohl möglich. 4) Vgl. darüber F. Martens, Recueil des Traités conclus par la Russie, Angleterre (1892) 338 ff. (auch für das Folgende). 5) Vgl. Bailleu, Graf Hertzberg. Hist. Zeitschr. 42, 479. 6) Martens bemerkt dazu S. 341, England habe schon damals seine Vorliebe für die Pforte gezeigt, indem es die Unterstützung der Mittelmeerflotte verbot, die der Ostseeflotte erlaubte. Die betreffenden Erlasse der englischen Regierung fallen aber vor den Ausbruch des schwedischen Kriegs. 7) Vgl. Brückner, die Neutralität Dänemarks, in den Baltisch. Monatsh. 20, 366. 8) Vgl. v. Schlieffens Betreffnisse und Erlebungen 253. 9) F. Martens, a. a. O. 344. 10) Für das Folgende vgl. F. Martens, R. d. Taités c. par la Russie, Allemagne 140 ff. 11) Vgl. A. Beer, Orientpolitik Ö. 112. 12) Vgl. A. Beer, Josef II. Leopold II. Kaunitz 327. 13) Bei Ranke 348.

IV. (S. 18—19.) 1) Z. B. von v. d. Goltz in dem citierten Briefwechsel. 2) In einer Denkschrift bei G. Wolf, Österreich und Preußen 195 ff. Das Datum 22. März 1789 ist falsch; sie stammt von Ende 1789 oder Anfang 1790.

3) a. a. O. 232 ff. 4) A. Beer, Joſ. Leop. Kaunitz 334. 5) Beer, Orientp. Ö. 115. 6) a. a. O. 120.

V. (S. 20—22). 1) Bilbaſſoff, Katharina II. im Urteil der Weltlitteratur II, 530. 2) Zur Grundlage des Folgenden dient mir vornehmlich ein Brief Hertzbergs an den König vom 17. Dec. 1793 (Kriegsarchiv), worin es heißt: N'a-t-elle (V. M.) pas pu avoir toute la grande Pologne en 1789, et à la paix de Reichenbach les villes de Danzig et Thorn avec le consentiment de l'Autriche et de la Russie et même des Polonais? In dem vertraulichen Briefwechsel Hertzbergs und Lucchesinis (G. St. A.), der i. F. mehrfach benutzt iſt, finden ſich Andeutungen. Z. B. L. ſchreibt an H. 27. Aug.: Le comte de Kalkreuth et le prince de Hohenlohe désirent unanimement que les vues de V. E. sur une partie de la Grande-Pologne soient remplies. Und H. an L. 1. Aug.: . . . il vaut mieux aprés avoir reçu notre dernière réponse de Constantinople que nous offrions notre plan dilemmatique dans un court terme péremtoire comme en Hollande et qu'aprés le refus qu'on peut prévoir, nous concertions et exécutions tout de suite avec nos amis notre grand plan. — Die von dieſer Zeit an wertvollen Memoiren Schlieffens beſtätigen die Abſicht Hertzbergs, zu dieſem Zeitpunkt loszuſchlagen, vgl. 291, 295 ff. und den Brief Hertzbergs an Schlieffen im Anhang IV. Schlieffen befand ſich jedoch in dem Irrtum, daß es ſich nur um Danzig und Thorn handle, und ſpottete über „dies unbedeutende Steckenpferd" des Miniſters. Hertzberg hatte ihn eben, als der König ihn im Juli nach dem Haag und London ſchickte, von ſeinem Anſchlag auf Groß-Polen nicht unterrichtet, aus demſelben Grunde, aus dem jeder andere Miniſter des Auswärtigen einen eben erſt neu eingetretenen Diplomaten von geheimen, raſch auszuführenden Plänen nicht unterrichten würde. Die Engländer waren die letzten, die etwas davon erfahren durften, und ſie haben auch thatſächlich keine Ahnung gehabt. Schlieffen ſollte in London nur andeuten, daß Preußen ſich jetzt bewogen fühlen könne, eine längſt gewünſchte kleine Erwerbung perfekt zu machen. Es könnte auffallen, daß Schlieffen ſpäter nichts davon erfahren haben ſollte. Aber die Ausſichten Hertzbergs, auch nur mit ſeinen alten Anſchlägen auf Danzig und Thorn durchzudringen, waren vielleicht ſo gering, daß Schlieffen bei der Abfaſſung ſeiner Darſtellung die andere Eventualität gar nicht mehr im Gedächtnis hatte. Man kann jedoch auch an ein abſichtliches Verſchweigen denken. Schlieffen mochte ſich ſelbſt als Mitſchuldigen fühlen, nachdem Preußen die günſtige Gelegenheit verſäumt hatte Hertzberg hatte gewünſcht und er dagegen opponiert, daß Preußen „günſtige Zufälligkeit auch ohne England benutze". Wenn er ſpäter der preußiſchen Politik den Vorwurf machte (vgl. 313 u. 318), daß ſie das nicht gethan habe, ſo mußte er ſich an die eigene Bruſt ſchlagen. Er hatte den König in dem Aufſchub der Aktion beſtärkt. Der Umſtand, daß die Memoiren nur für die Familie beſtimmt waren, würde gegen die zweite Annahme nichts beweiſen. — In der großen Relation des ſchwediſchen Geſ. am Berliner Hof, Carifien, aus dem Jahre 1793 (publ. von Taube, Svenska beskickingars berättelser om främmande makter, Stockholm 1893) geſchieht der Epiſode nur mit den Worten Erwähnung (S. 55): Sedan han (sc. Hertzberg) föreslagit konungen sin Herre at ihopdraga en ansenlig del af sin armée uti Schlesien — hvilket för den sena årstidens skull ändock måste upskjutas. . . . 3) In einem der vielen Briefe und Berichte, in denen Hertzberg den König fortzureißen ſucht, ſagt er, wenn die preußiſche Vermittlung nicht angenommen werde, dann habe Preußen die Pforte, Schweden und Polen auf ſeiner Seite, auch sans sanction formelle (22. Aug. Kabinetsakten G. St. A.). 4) Lucchesini an Hertzberg 15. Aug. 1789: Je crains, qu'on commence à nous deviner ici comme ailleurs sur notre projet d'isoler la Pologne. . . . . 5) Vgl. Kalinka a. a. O. I, 633 n. 2.

VI. (S. 22—27). 1) Hertzberg ſchrieb dem König auf die Nachricht von dem Baſtillenſturm 26. Juli: C'est là la véritable, mais la dernière époque dont V. M. pourra profiter pour donner à Sa Monarchie le plus grand degré de solidité. — Auf eine engliſche Note wünſchten Hertzberg und Finckenſtein am

5. Juli eine Erwiderung des Inhalts, qu'elles (d. h. die Dreibundmächte) devaient chercher mutuellement d'affermir leur sûreté et leur puissance par tous les moyens honnêtes, justes et possibles; qu'à cet égard il ne fallait rien donner au hazard des évênements et du temps, mais ne pas laisser échapper le moment et l'occasion présente, qui ne reviendrait peut-être jamais et ne subsisterait apparemment au-delà de l'année présente; qu'il serait également utile et glorieux pour les 3 puissances alliées de donner la paix au Nord et à l'Orient de l'Europe par des mesures vigoureuses que par des négociations incertaines et desquels on pourrait même prévoir l'inutilité (G. St. A.). 2) Vgl. für das Folgende die dürftigen Nachrichten bei Martens a. a. O. Allemagne. 142 ff. 3) Bericht H. an den König 6. Aug. (G. St. A.). 4) Vgl. eine Instruktion des englischen Gesandten vom 24. Juni bei Lecky, History of England V, 239 f. England wurde von der Absicht auf Groß-Polen natürlich nicht unterrichtet und erfuhr auch wirklich nichts. 5) Vgl. über seine Stellung am Preußischen Hofe und seine Persönlichkeit: Dohm, Denkwürdigkeiten III, 123; Svenska beskickingars berättelser ed. Taube 26 und Schlieffen v. l. Sir N. W. Wraxall in seinen in Personalien wertvollen Posthumous memoirs (London 1836, 3 voll.) sagt von Ewart: he rendered himself master of the cabinet and councils of Frederick William the Second, which he governed or directed with a sort of absolute sway. Hertzberg, who was then first minister listened to his suggestions with implicit respect; and I have been assured that it is difficult to conceive or to credit the ascendancy attained by him over the sovereign and administration of Prussia (I, 429). Briefe Ewarts finden sich außer bei Harris und Auckland in den Dropmore Papers und bei Schlieffen. 6) Diese Nachricht findet sich in einem Brief Luccheſinis an Hertzberg 17. Juni 1790, der den Verbündeten (England) und dem Finanzminister die Schuld giebt. 7) Vgl. Berlinische (Vossische) Zeitung 27. Aug. ff. 8) Hertzberg an den König 11. Sept. 89 (G. St. A.). Für das Folgende benutze ich zwei Briefe Luccheſinis aus Schlesien, wohin er von Warschau berufen wurde, an Hertzberg vom 27. u. 30. August, und Schlieffen Memoiren 295 f. Auch Jacobi wurde aus Wien in das Lager berufen. 9) Der französische Gesandte schrieb im April Montmorin: Tous ces gens-là (die Günstlinge) désirent très-fort, que le roi de Prusse ne leur échappe point, ce qui arriverait nécessairement, si ce monarque allait commander ses armées. Aussi ces personnes et la maîtresse sont à coup sur pour la conservation de la paix (Sorel, l'Europe et la Rév. I, 531). Schlieffen a. a. O. 318 in einer allgemeinen Reflexion über die Fehler der preußischen Politik sagt: die Versäumnis großer Gelegenheiten war „zuweilen weniger die Schuld des Ministers, als die der Wohngemachräte [Kabinettsräte]; man lenkte gewöhnlich ein, wenn man hätte fortschreiten sollen, man schritt fort, wenn eingelenkt werden mußte". 10) Aus Briefen Ewarts an Schlieffen bei Schlieffen 426 ff. u. 429. 11) Vgl. Beer, Jos. Leop. Kaunitz 345 ff. Kaunitz schreibt: Hertzberg a bien baissé le ton, la peur paraît avoir pris la place de l'arrogance, avec laquelle il se flattait que le Roi son Maître pourrait faire la loi aux deux cours Impériales u. s. w.

VII. (S. 27—36). 1) Vgl. einen Brief Catharinas an Grimm, in dem sie eine Art Kommentar zu Briefen des Prinzen Heinrich an den Baron giebt. Sbornik XXIII, 515. 2) Kaunitz konstatierte das bei Jacobi und Diez; vgl. Beer a. a. O. 330. Jacobi wurde von Kaunitz geradezu verachtet; a. a. O. 378. 3) Über die erste vgl. Ranke 258, über die zweite Gronau, C. W. v. Dohm (Lemgo 1824) 170 ff. 4) Vgl. Droysen, zur Geschichte der deutschen Partei in Deutschland in den Abh. z. neuer. Gesch. 182. 5) Vgl. Kalinka a. a. O. II, 29. 6) a. a. O. I, 465 ff. 7) Ich gehe auf diesen Mann ausführlich ein, nicht nur wegen der Wichtigkeit der Verhandlungen mit der Pforte, sondern auch, weil in der ersten ausführlichen und einflußreichsten Darstellung derselben und der ganzen damaligen Politik Preußens, in Häuffers deutscher Geschichte, die Hertzberg-Diezsche Korrespondenz die Grundlage bildet.

Häusser stellt die staatsmännischen Ansichten Hertzbergs und dieses politischen Dilettanten und Charlatans als gleichwertig gegenüber. Außer Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reichs VI bietet Gronau, C. W. v. Dohm 107 ff. manches von Wert. 8) Vgl. Zinkeisen a. a. O. 470. 9) Vgl. einen Nachruf auf Diez aus der Feder Dohms in der Allgemeinen Litteraturzeitung 1817 II, 165 ff. In diesem Nachruf bespricht Dohm die diplomatische Thätigkeit Diez' mit den Worten: „Diez erhielt mannichfache und schwierige Arbeit". 10) Für das Folgende vgl. Häusser I, 227. 236; Zinkeisen 687. 11) Vgl. Zinkeisen 494. 12) Vgl. Zinkeisen 689 f. 700. 13) Vgl. Gronau 112. 14) Hertzberg an Schlieffen bei Schlieffen 438. 15) Vgl. W. Eton, a survey of the Turkish Empire (London 1798) 88 n. Eton war langjähriger Konsul in türkischen Städten. 16) Vgl. Zinkeisen 689. 17) Vgl. über denselben L. Pingaud, Choiseul-Gouffier (Paris 1887). Leider hat Pingaud über die preußischen Verhandlungen und Diez' Persönlichkeit nichts neues zu berichten, sondern fußt ganz auf Zinkeisen. Eine Kontrollierung der Diezschen Angaben wäre sehr von Nöten. 18) Vgl. Zinkeisen 704. 710. 19) Der Inhalt dieser Instruktion findet sich in dem Wust der Zinkeisenschen Darstellung versteckt auf S. 726 u. 737. Die entscheidende Bedeutung der Instruktionen vom 23. Mai und 22. Sept. 1789 ergiebt sich auch aus den Kabinettsakten. 20) Vgl. Zinkeisen 743.

VIII. (S. 36—39). 1) Es findet sich wenigstens keine Spur davon in dem Briefwechsel mit Kaunitz, der allerdings zeitweise recht dünn gesät ist. 2) Vgl. Beer, Jos. Leop. Kaunitz 345 ff. 3) Vgl. über diese Beer, Orientp. Ö. 129 ff. und Brückner, Catharina II. 402. 4) Josef an Kaunitz 13. Nov. bei Beer 349 ff. 5) Vgl. Arneth 343. 6) Vgl. Beer, Einl. XVIII. 7) Z. B. schrieb er einmal Alvensleben, dem preußischen Gesandten in London, wenn England nicht auf die preußischen Pläne eingehe, so werde Preußen vielleicht 20 000 M. zu einer Kontrevolution hergeben und sich dadurch Frankreich auf immer attachieren. (Bericht H. an den König 4. März 1790 G. St. A.). Das war zur Zeit des Briefes des Grafen Artois an Friedrich Wilhelm (veröff. durch Bailleu, Hist. Zeitschr. 74, 259 ff.) 8) Die Naivetät Schlieffens tritt hier in helles Licht; vgl. Schlieffen 322 f. 9) Kaunitz an Leopold bei Beer 363. 10) Vgl. A. v. Reumont, Geschichte Toskanas II, 114 u. a. 11) Diese Nachricht findet sich in dem Text der Herausgeberin der Keithschen Mémoiren, ist aber nicht zu bezweifeln. (Memoirs of Sir Robert Murray Keith II, 293). Sie wird durch Schlieffens Memoiren bestätigt, der auch einen vorhergehenden Briefwechsel Manfredinis und Bischoffwerders auf Grund derselben Anregung vermutet (vgl. 332 u. 333). 12) Das war jedenfalls der Inhalt der in der mangelhaften Bearbeitung der Keithschen Mémoiren nicht gedruckten Verbalnote. Vgl. Memoirs II, 284 ff. 13) Die die Hintergehung Kaunitz' schildernde Depesche Keiths ist vom 24. April, nicht 24. Mai; vgl. Hermann, Geschichte des russischen Staats VI 300 n. 1. Das Entlassungsgesuch Kaunitz ist vom 26. April. 14) Vgl. Kalinka II, 89 ff.

IX. (S. 39—40). 1) Vgl. Beer, Orientp. Ö. 132. 2) Vgl. F. Martens, R. des Traités c. par la Russie VI. Allemagne. 143. 144. 3) Vgl. Oginski, Mémoires I, 62. Bilbassoff a. a. O. II, 220 bemerkt, daß sich nirgends eine Spur von einer derartigen Konzession Rußlands befinde und erklärt die Behauptung für eine Perfidie Lucchesinis. Wenn sie wahr wäre, würde allerdings die Haltung Friedrich Wilhelms im Sommer — Herbst 1789 (die Bemerkung müßte sich doch auf die Sendung Alopäus' beziehen) noch weniger verständlich. 4) Vgl. den Brief Potemkins an Katharina 29. März 1790, publ. von X. Liske, Hist. Zeitschr. 39, 237 ff. 5) Vgl. Kalinka II, 89. 6) Vgl. Lecky V, 254. 7) Nach Kalinka II, 140 infolge einer Depesche Kaunitz vom 19. Juni. Das Datum der Erklärung Ostermanns muß der 13. Juli sein, wenn hier nicht größere Verwirrung als ein Druckfehler vorliegt. Die Verbindung Wien—Petersburg brauchte 12—14 Tage. 8) Vgl. Brückner, Catharina II. 396 und Ssolowjow, Geschichte des Falls von Polen, 206.

X. (S. 41—44). 1) Vgl. Gödeke, Hannovers Anteil am Fürstenbund, Archiv d. hist. Ver. f. Niedersachsen 1847, 87 f. 2) Der Aufforderung an den König, die Drohungen des Kurfürsten zu ignorieren, fügte Hertzberg hinzu: Il est fâcheux, qu'on doit s'escrimer pour un si mince objet (13. Dez. G. St. A.). 3) In einem Bericht an den König 20. Nov. 1789 (G. St. A.). 4) Für das Folgende habe ich benutzt: Akten betr. die sächsische Neutralität 1790 (Preuß. G. St. A.) und die Korrespondenz des sächsischen Ministeriums mit dem Wiener Gesandten (Sächs. Hauptstaatsarchiv), dazu die Berichte des preuß. Kabinettsministeriums an den König, und die ziemlich wertlose Korr. des Ministeriums mit dem Dresdner Gesandten, Graf Keller. 5) Vgl. die von Anhängern der preußischen Partei, namentlich Ignaz Potocki und Hugo Kollontay verfaßte Schrift: Vom Entstehen und Untergang der polnischen Konstitution (1793) I, 34. 6) Vgl. O'Byrn, Camillo Graf Marcolini Anm. 52. 7) Der Herzog von Braunschweig schrieb am 22. Jan. 1790 Friedrich Wilhelm, er sei mit dem Herzog von Weimar übereingekommen, Sachsen zunächst nicht von dem Kreise von Saatz zu reden, sondern nur allgemein anzudeuten, das Schicksal der Waffen werde auch über die reellen Vorteile entscheiden, die man Sachsen außer der polnischen Königswürde zuwenden werde (G. St. A.). — Kalinka II, 25 f. spricht von der Dresdner Mission auf Grund eines Berichts des österreichischen Gesandten in Warschau. 8) Vgl. A. Wolf, Leopold und Marie Christine 152 ff. An dem 12. Juni schreibt er ihr: Si nous avons la paix nous la devrons à l'électeur de Saxe et à son amitié, prudence, sagesse et fermeté.

XI. (S. 45—50.). 1) Nach einem Bericht Hertzbergs an den König 9. Juli 1789 (G. St. A.). 2) Vgl. Kalinka II, 119. 3) Vgl. Kalinka II, 73. 4) Wie aus dem Bericht Hertzbergs am 16. Juni 1790 hervorgeht (G. St. A.). 5) Vgl. Kalinka I, 386 f. 6) Vgl. die schon citierte Äußerung Luccheſinis 15. Aug. 1789: Je crains qu'on commence à nous deviner ici comme ailleurs sur notre projet d'isoler la Pologne. L. versichert Hertzberg in demselben Brief, die Polen hätten gewiß die Hand Ö. ergriffen, wenn sie dargeboten worden wäre. Ils ne l'ont pas fait, voilà notre bonheur. 7) Vgl. Kalinka I, 636. 8) In der gedruckten, aber merkwürdigerweise nur von Ranke gekannten Denkschrift Hertzbergs über das polnische Bündnis (in deutscher Übers. in A. Schmidt's Zeitschr. f. Gesch. VII, 261 ff. Das Original befindet sich im Kriegsarchiv und wurde von Hertzberg am 20. Jan. 1793 an Möllendorff übersandt, als er zur Armee nach Polen abreiste. Sybel I, 155 benutzte das Original. Die Übersetzung ist zuverlässig) sagt er, dans cette situation critique des affaires générales habe er der Idee einer Allianz um so weniger Widerstand leisten können, als er le plan secret gehabt habe, einen Handelsvertrag zur Erwerbung von D. u. Th daran zu knüpfen. 9) Vgl. die genannte Denkschrift und Kalinka II, 50. 10) Vgl. Kalinka II, 23. 11) a. a. O. 24 f. 12) Vgl. Vom Entstehen und Untergang der polnischen Konstitution I, 113 ff. Kalinka ist auf diese möglicherweise richtige Angabe zu wenig eingegangen. 13) In der Denkschrift Hertzbergs heißt es, der König habe den Abschluß der Allianz nicht länger aufschieben wollen, dans la situation où il se trouvait alors de pouvoir entrer en guerre au premier jour avec l'Autriche et peut-être aussi avec la Russie, à cause de son intervention vigoureuse en faveur de la Porte Ottomanne, qui amèna peu à peu la marche de l'armée en Silésie et la négociation de paix à Reichenbach. 14) Bericht H. 16. Juni (G. St A.).

XII. (S. 50—56). 1) Hoyms Berichte von der Grenze (G. St. A.) meldeten im Dec. eifrige Rekrutenaushebungen in Böhmen und Mähren, Entsendung ungarischer Regimenter nach Galizien, Beibehaltung der bereits nach dem Kriegsschauplatz beorderten Magazine u. s. w. Am 9. Dec. meldete Hoym dem König (Kriegsarchiv), daß die früher in Böhmen und Mähren stationierten Regimenter bereits Ordre erhalten hätten, in ihre alten Stellungen zurückzukehren. Vgl. auch Briefe Josefs an Leopold vom 7. u. 21. Jan. 90. Vgl. auch S. 66 Anm. Schlieffen sagt von den preußischen Rüstungen: „Erst auf mancherlei feindliche Vorkehrungen

Österreichs in Böhmen, Mähren und Galizien, die dem Unvorbereiteten hätten gefährlich werden können, zog der König auch gegen dasselbe und Rußland seine Kriegsvölker zusammen" (Schlieffen 328.). 2) Vgl. einen Brief des Prince de Ligne an Josef Nov. 1789 in dessen Mémoires I, 157. 3) Der Oberst von Grawert schrieb am 13. April an einen anderen Offizier: „Sr. Durchlaucht trug mir auf, Ihnen noch diese Reflexion mitzuteilen. In dem Zustande, wo der Feind bereits steht, auf dem Feldetat und à porté, würden wir gewiß die Operationen anfangen und durch einen kühnen coup das praevenire spielen, indem wir einige Teile der Grafschaft Glatz okkupierten und vielleicht Glatz selbst nähmen". Am 6. Mai schrieb der Herzog von Braunschweig, sobald die Armee in Schlesien einrücken werde, würden die Österreicher einen coup versuchen. Man müsse, um dieser verdrießlichen Lage vorzubeugen, bei Beginn der Konzentration eine Deklaration an den Wiener Hof richten, daß man damit nichts feindseliges beabsichtige. (Korresp. der Königl. Generaladjutanten über verschiedene Armeeverhältnisse 1787—1803, Kriegsarchiv.). 4) Am 2. Juni gab der König dem Major von Rüchel, der die Konzentration der schlesischen Regimenter leitete, die Versicherung, daß kein plötzlicher Einfall der Österreicher mehr zu befürchten sei, „da der Wiener Hof mir durch seinen Gesandten die Versicherung geben lassen, daß die Bewegungen seiner Truppen nichts feindseliges gegen meine Lande zur Absicht gehabt" (Kabinettsordres 1790—97. Kriegsarchiv). 5) Für das Folgende habe ich außer zahlreichen Akten des Kriegsarchivs auch die des Generaldirektoriums (G. St. A.) und des Oberkriegskollegiums (G. St. A.) benutzt. 6) Vgl. Philippson. Geschichte des preußischen Staatswesens I, 255. 7) Es befindet sich unter den Akten des Generaldirektoriums (Allgemeine Immediatberichte und Personalien). Philippson I, 289 erwähnt diese Denkschrift; sie ist nicht Ende 1788, sondern Anfang 1789 anzusetzen. 8) Die folgenden Thatsachen über die Ein- und Ausfuhrverbote entnehme ich Philippson I, 253—261 und 427—31. Philippson verkennt völlig den militärischen Charakter des damaligen preußischen Staats. Der Vorwurf, der Friedrich Wilhelm zu machen ist, ist gerade der, daß er zu wenig diesem entsprechend gehandelt hat. 9) Vgl. die obige Denkschrift mit seiner Polemik gegen die Friedensmagazine (Bailleu, deutsche Biographie, Artikel Wöllner, 153). 10) Vgl. den Wortlaut der Kabinettsordre vom 29. Sept. 1789 bei Philippson I, 428. 11) Diese Erklärung entnehme ich einem Brief Hertzbergs an Lucchesini 20. Mai und einem Bericht des Agenten für die Hansastädte am Berliner Hof, Wewer, an den Danziger Rat 24. Mai (Danziger Stadtarchiv). Über kaufmännische Dinge war er nicht schlecht unterrichtet. 12) Vgl. Histoire secrète II, 119: . . . une ambition sombre et ardente . . . . on le soupçonne de manquer d'ordre, d'avoir plus de chaleur de tête que d'activité . . . il est absolument étranger aux spéculations de banque et de commerce, c'est-à-dire aux principales branches de son département. 13) Hertzberg an Lucchesini 20. Mai: le comte de Schulenburg s'est brûlé la cervelle comme un fou pour expier ses fautes et pour prouver qu'il ne peut pas faire marcher ni subsister l'armée . . . . Voilà les suites du choix. 14) von Philippson I, 381 ff. 15) Ich entnehme diese Zahlen einer Tabelle Metzendorffs, des Kassierers des Trésor „über die auf Anweisung der 22 Millionen hin wirklich gezahlten Gelder", die bis zum 6. Juni geführt ist (Acta betr. den großen Trésor und Nachweisungen über die 22 Mill. G. St. A.). Sie stimmt mit der von A. Naudé (Forsch. z. B. u. P. G. V) veröff. Tabelle nicht völlig überein und verdient jedenfalls den Vorzug. Aus dem Großen Trésor erhielt Sch. 700 000 Thlr. [nach Naudés Tabellen 1 200 000], aus der Kriegskasse 600 000, Hauptbank 200 000, Summa 1 500 000 Thlr. 16) Ich entnehme das einem von Herrn Archivrat Bailleu kopierten Brief Bischoffwerders an Stein 8. Juni 90. Vgl. über die damalige Stellung Bischoffwerders S. 57 u. 79. 17) In einem ziemlich sachlichen Aufsatze der „Neuen Feuerbrände" über das Verpflegungswesen der preußischen Armee (3. u. 4. Heft) findet sich die Behauptung, daß der Aufmarsch um 3 Wochen hätte verschoben werden müssen. Es kann sich aber höchstens

um 10 Tage handeln, wenn man vom 21. Mai ausgeht. Am 23. Mai befahl der König die Abänderung der Worte: Mon armée se met actuellement en marche in einer Instruktion an Jacobi und Podewils in: Mon armée est toute prête et peut se mettre en marche au commencement du mois prochain. Am 19. Juni bemerkte er zu Hertzbergs Bericht: Il ne faudra pas traîner les Négociations, mais aussi ne pas tout rompre avant le temps que toutes mes troupes soient rassemblées, ce qui sera vers la fin du mois (G. St. A.). — Nach dem geschichtlichen Anhang zu den Stammtafeln des Schulenburgschen Geschlechts (Wien 1821 u. 23) S. 47 war es Schulenburg-Kehnert zu verdanken, daß die Armee ohne den mindesten Aufenthalt vorrücken und den angetretenen Marsch ohne Hindernis fortsetzen konnte. 18) Immediatbericht Hoyms 23. Juni (G. St. A.).

XII. (S. 56—62). 1) Das Wesentliche der folgenden Verhandlungen findet sich nicht in der Korrespondenz der Souveräne, sondern in den dieser beigelegten Denkschriften die bei van de Spiegel, Résumé des Négociations qui accompagnèrent la Révol. des Pay-Bas Autrichiens (Amst. 1841) gedruckt sind. 2) Note verbale vom 11. Mai. — Über die Gegenwirkungen Hertzberg an Luccheſini 19. April: Tout le monde crie ici contre la guerre et me jette la pierre... et je trouve en effet, que nous sommes si mal préparés que moi-même je ne puis prévoir qu'une guerre désastreuse . . . D. a. denselben 1. Juni: der neue Vorschlag m'est arrachée par le cri général des personnes les plus puissantes. Über die Eheschließung mit der Dönhoff und die Bischoffwerder drohende Ungnade vgl. v. Voß, Erinnerungen 135; über ihre Entfernung Dropmore Papers II, 277, auch 122. Im übrigen siehe die Fußnote auf S. 57. 3) Observations ultérieures 2. Juni. 4) Hertzberg an Finckenstein 24. Juni: Je ne me flatte pas d'obtenir quelque chose de plus que le rétablissement du status quo (G. St. A.; diese Korrespondenz ist i. F. mehrfach benutzt.). 5) Vgl. A. Wolf, Leopold u. Marie Christine 163 f. Leopold schreibt 26. Juni: l'Angleterre nous traite mal; elle soutient et anime le Roi de Prusse après tout ce qu'elle nous avait promis. Am 31. Juni: l'Angleterre se conduit aussi faussement et mal que possible envers nous. Und noch am 15. Juli: La cour d'Angleterre est celle qui se conduit le plus mal envers moi. Ses ministres appuyent ici haut-la-main les prétentions les plus étranges du Roi de Prusse . . . Am 23. Mai hatte der Duke of Leeds in Berlin die englische Unterstützung des plan conciliatoire ankündigen lassen (Ankunft der Depesche am 3. Juni). 6) Friedrich Wilhelm an Hertzberg 23. Juni: Voici les ratifications signées, lesquels je vous enjoins expressément de faire partir tout de suite (G. St. A.). 7) Bericht Knobelsdorffs vom 2. Juli (G. St. A.). 8) Bericht des Oberst von Götze aus dem türkischen Kriegslager von Widdin 6. Aug. (G. St. A.) 9) Nach einem Bericht Hertzbergs und Antwort des Königs vom 7. April (G. St. A.). 10) Friedrich Wilhelm an Hertzberg 23. Juni. (Vgl. n. 6): . . . . pour empêcher que la Porte ne perde confiance dans un moment aussi important. — Actuellement vu la conduite singulière de la cour de Vienne, il est de notre plus grand intérêt de s'assurer formellement de la Porte, but, que nous atteignons en expédiant promptement les ratifications ci-joints. 11) To save his own existence as an independent power ratifizierte Preußen den Vertrag mit der Pforte, bemerkt der von den Stimmungen am Hof stets aufs beste unterrichtete Ewart (in der Denkschrift vom April 179 ; vgl. Kap. II n. 21). 12) H. an den König 24. Juni: je tâcherai (!) de faire partir demain au soir le chasseur Möhring avec les Ratifications pour Constantinople. Und am 26. Juni: Le chasseur Möhring est parti hier pour Constantinople. Der König bemerkte an den Rand von Hertzbergs Schreiben vom 24. Juni, der Jäger solle nicht nach Berlin zurückkehren, sondern die Route Dresden—Hof—Nürnberg nehmen. 13) Finckenstein an Hertzberg 30. Juni. 14) Finckenstein an Hertzberg 30. Juni: Je ne vois pas vu les précautions que V. E. a prises dans l'expédition, le grand mal qui

peut en résulter (daraus, daß ich ihn nicht länger zurück halte), d'autant plus que je m'attends à quelques difficultés de la part de la Porte. Das Wort expédition und die letzten Worte, welche erkennen lassen, daß es sich bei den précautions nicht um die geschehene Abänderung des Vertrags handelt, verbunden mit der ganzen Vorgeschichte der Ratifikation, geben zwar nicht den bündigen Beweis für die obige Darstellung, machen sie aber sehr wahrscheinlich. Am 31. Juli berichtet Hertzberg dem König, daß der Kourier in Venedig krank geworden sei. 15) Vgl. Kalinka II, 249. 16) Eine Abschrift befindet sich unter den auf die Reichenbacher Konvention bezüglichen Akten d. G. St. A.

XIV. (S. 62—69). 1) Die Absichten Englands werden in einem Brief Harris an den Duke of Portland vom 3. Oct. 1790 klar ausgesprochen. Harris war damals ohne diplomatische Beschäftigung, aber jedenfalls schon durch seinen Freund Ewart im Zusammenhang der kontinentalen Politik. Er sagt darin, England habe sich anfangs beharrlich geweigert, Gustav III. maritime Hülfe zu gewähren. As however the object of the meeting of Reichenbach was to separate Austria and Russia and by all means to distress the latter, it was at last agreed to give it. Durch den Frieden von Werelä sei dann der ganze Plan zerstört worden, and particularly defeated our great object of insulating Russia. (Malmesbury, Diaries II, 435). Im März des nächsten Jahres, als Pitt vor der Erreichung seines Ziels, der Demütigung Rußlands, stand, konstatierte der Unterstaatssekretär Burges, daß man auf die gegen Rußland einzuschlagende Politik the longest and most sober deliberation verwandt habe, which ever was given to a political subject. Seit $1^1/_2$ Jahre habe man without a change of principle darauf hingearbeitet, to undo that miserable and absurd policy by which Russia was suffered, nay encouraged, to become a maritime Power. (vgl. The Bland Burges Papers ed. Hutton 160 ff.) In England schrieb man Katharina die Absicht zu, Ewarts Teilnahme an den Reichenbacher Verhandlungen durch Beibringung von Gift zu hindern. Nur durch rechtzeitige Warnung Ewarts sei diese Absicht vereitelt worden. Auch sein auf seine Abberufung folgender Tod wurde dem Gifte Katharinas zugeschrieben (vgl. Sir N. W. Wraxall, Posthumous Memoirs I, 430 ff., der die Angaben von einem Freunde Ewarts zu haben behauptet). Die Unwahrscheinlichkeit dieser Gerüchte charakterisiert die Wichtigkeit, die man Ewarts gegen Rußland gerichteter Thätigkeit beimaß. Wraxall sagt von den Reichenbacher Verhandlungen: Ewart performed the principal part in it (a. a. O.). 2) Nach Coxe, History of the House of Austria III, 670 ff. (Chapter 52), dem die Keithschen Berichte vorlagen, war das Zurückgehen Englands auf den status quo und die Verweigerung seiner Unterstützung für den Fall des Kriegs sogar auf eine förmliche Verpflichtung gegenüber Österreich gegründet. 3) Zum erstenmal fand sich die Andeutung in einer Instruktion des Duke of Leeds vom 25. Juni; vgl. F. Salomon a. a. O. 33 n. 3. Die detaillierte Darlegung des Projekts erfolgt erst in der Instruktion von 20. Juli, die erst nach Abschluß der Konvention einlief. Für das Folgende habe ich die Depeschen Ewarts aus Reichenbach vom 16. Juli bis 5. Aug. benutzt (Abschriften aus dem Londoner Record Office. Prussian Dispatches.). 4) In einem seiner damals berühmten 3 Briefe, an den König vom J. 1794 behauptet Hertzberg, der König habe auf Danzig und Thorn verzichtet, parce qu'on lui fit croire erronément que les Polonais n'y consentiraient jamais, et que le Seigneur Ewart lui fit espérer que l'Angleterre lui procurerait les mêmes villes par un troc de commerce entre la Prusse, la Pologne et l'Angleterre qui aurait pourtant été déstructif pour le commerce et les fabriques de la Prusse (Häberlins Staatsarchiv 1796 1. Heft). Das ist ein Irrtum, wie die gleichzeitigen Schriftstücke ergeben, vgl. namentlich Ranke 556. 5) Vgl. Memoirs of Keith II, 294. 6) Vgl. einen Brief Burges an den englischen Botschafter in Madrid vom 9. August 1790 in den Bland Burges Papers 142 ff. 7) Hertzberg schreibt am 21. Juli an Finckenstein, es sei wahr, daß Lucchesini die Eroberung

Galiziens nur bis zum Moment seiner Ankunft in Schönwalde gepredigt habe; seitdem il ne trouve de salut que dans le status quo stricte und Verzicht auf Danzig und Thorn. Lucchesini leugnete auch in einem Brief an Finckenstein, daß er den Krieg gewollt habe. Er habe nur den Befehlen des Königs gehorcht. (Finck. an Hertzberg 17. Juli). 8) Z. B. in der Konferenz vom 13. Juli, als das Schwanken des Königs schon offenkundig war. 9) Vgl. die Weisung des Königs vom 14. Juli bei Ranke 552. 10) Vgl. Billett des Königs vom 12. Juli ebenda 551. 11) Inwieweit der Einfluß des Erbprinzen von Hohenlohe-Ingelfingen zu Gunsten des Friedens sich äußerte, vermag ich nicht zu entscheiden. (Vgl. Schlieffen 371). Am 5 Sept. erhielt er den Schwarzen Adlerorden aus der Hand des Königs. (Schles. Zeit. No. 106) 12) Der Major von Knobelsdorff wurde im Jan. 1790 nach Constantinopel geschickt, um Diez zu ersetzen. Der König gab ihm ein von ihm selbst verfaßtes Projekt mit, nach dem die Türken durch Kroatien die ö. Erblande angreifen sollten. (Knobelsdorff 22. Mai). Wenn Jussuff Pascha Großvezier wird, schreibt Knob. 29. Juli, je suis persuadé que les 2 armées pourront se rencontrer devant Vienne selon le Grand Plan de V. M. Der Oberst von Götze schrieb aus dem türk. Kriegslager 26. Febr., Il est presque impossible que les troupes de V. M. au cas d'une guerre ne fassent une visite aux capitales des 2 Cours Impériales. (G. St. A.) 13) Bericht Jacobis 13. Februar, und des Generals von Dalwig an den König, den er Hertzberg am 28. März mit den Worten übersandte: Vous verrez par là que jusqu'à présent on parait se tenir sur la défensive à moins que Loudon ne se laisse induire par la fougue de Lindenau (G. St. A.). Nachrichten über Lindenau in Wurzbachs biogr. Lexikon. 14) Nach einem Schreiben unbekannter Herkunft (G. St. A.). Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß dieses Schreiben untergeschoben war und einem bestimmten Zwecke dienen sollte. 15) Vgl. die zur Zeit der Reichenb. Verhandlungen verfaßte Denkschrift des ö. Gesandten in Petersburg bei Beer, Orientp. Österreichs, Anal. I. 16) Nach dem citierten Aufsatz der „Neuen Feuerbrände".
17) In einem Brief an Katharina aus dem Lager von Alt-Titschein 14. Juli in den Mémoires I, 247 ff. 18) Le nombre prodigieux d'individus, qui met les mains dans les affaires [militaires] m'a effrayé, schreibt der Herzog von Braunschweig 12. April an Hertzberg (G. St. A.). Das Folgende nach Schlieffen 470 ff., 504, 512, der Privatkorrespondenz Hertzbergs mit Lucchesini, und die Notiz über die Verhandlungen mit den Belgiern nach Zimmermann in der deutschen Biographie. 19) Ewart an Leeds 22. Juli. 20) Z. B. in Briefen an den Baron Grimm. Grimm sandte die Briefe voller Freude seiner klatschsüchtigen kaiserlichen Freundin und Beschützerin, die ihm dann wieder einen Kommentar dazu lieferte. Vgl. Lettres de Grimm à l'impératrice Cathérine publ. par J. Grot, Petersburg 1880, 373 ff. u. 389—99 (die letzteren fälschlich 1791 datiert). Die Antworten Katharinas im Sbornik XXIII, 509 ff.
21) Massenbach, während der Mobilmachung zum Flügeladjutant ernannt, bemerkt in seinen Memoiren I, 21 n.: „Wir hatten den wahren Zeitpunkt, den Feldzug zu eröffnen, verstreichen lassen. Die Österreicher merkten unsere Absicht und trafen Gegenmaßregeln, die uns starke Riegel vorschoben". 22) Finckenstein an Hertzberg 13. Juli. 23) Am 17. Juli. Das Folgende nach Ewarts Depeschen. Auf die letzte Episode nach Eintreffen der ö. Antwort bezieht sich eine Aufzeichnung des Königs, die Duncker, Friedr. Wilh. II u. Hertzberg 28 fälschlich auf den 13. Juli datiert. 24) ne vouloir prendre aucune part aux affaires intérieures de la Monarchie Autrichienne excepté selon la réquisition des Puissances Maritimes à la Constitution Belgique (nach einem Bericht Hertzbergs vom 26. Juli G. St. A.). 25) Ewart 28. Juli.

XV. (S. 69—75). 1) Vgl. Gronau, Dohm 180. Die Verse sind eine ciceronische Übersetzung euripideischer (off. III, 21). 2) Am 28. Aug. (G. St. A.)
3) Gelegentliche Notiz in dem zitierten Aufsatz der „Neuen Feuerbrände".
4) Bericht Knobelsdorffs 28. Aug. (G. St. A.). 5) Ewart 28. Juli.
6) In dem zitierten Brief Harris' vom 3. Oct. 1790 erzählt er, Katharina habe, auf ihre frühzeitige Kenntnis der Reichenbacher Konvention gestützt, Gustav III,

der sich in Finnland befand, zum Frieden bewogen, bevor er dies Ereignis kannte. Es ist allerdings kaum zu bezweifeln, daß Gustav nicht Frieden gemacht hätte, wenn er gewußt hätte, daß nach Ausscheidung Österreichs Rußland jetzt allein dem Ansturm des Dreibunds ausgesetzt war. — Katharina leugnete Grimm gegenüber, auf die Nachricht von der Konvention hin Frieden geschlossen zu haben (vgl. Sbornik XXIII, 500). Ihre Kenntnis der Wendung vom 15. Juli genügte auch vollkommen. 7) Vgl. Auckland, Correspondence II, 377. England frug noch im Oct. an, ob Preußen sich im Fall der Weigerung Spaniens, auf mehrere seiner Forderungen einzugehen, durch die Allianz verpflichtet fühle, Subsidien zu zahlen (Bericht Hertzbergs und Finckensteins 20. Oct.). 8) Vgl. Dropmore Papers I, 580 ff. 9) Die Nachricht findet sich in einem Brief des Herzogs von Braunschweig an Schlieffen bei Schlieffen 565; vgl. auch 388 und 371. Die Andeutungen Bischoffwerders und Hohenlohes gegenüber dem ö. Gesandten über eine Allianz gegen Frankreich hatten nur vorübergehende Bedeutung. Bei der ersten Annäherung an Österreich im Januar—Februar 91 handelte es sich im wesentlichen um Sicherung gegen Rußland. 10) Vgl. zu diesen Verhandlungen Ranke, Denkwürdigkeiten Hardenbergs I, 101—117. Das erste Anerbieten des Markgrafen erfolgte im März 1790 (das Datum entnehme ich den Erinnerungen der Gräfin v. Voß S. 134) und hat vielleicht auf die Verzögerung der Rüstungen Einfluß geübt. 11) Vgl. Schlieffen 363 ff. 12) Vgl. Memorie storiche di Monsign. B. Pacca 125. 13) Vgl. Häusser, Deutsche Geschichte I, 349. 14) Vgl. Vie du Prce. Henri de Prusse 297. 15) In einer der beiden Denkschriften vom 1. Aug. 1791 (G. St. A. — Das gedruckte Précis de la carrière dipl. du Cte. Hertzberg beruht auf denselben): Preußen müsse die Leitung des Kontinents haben, nicht England, comme elle a fait pendant les 2 dernières années surtout dans les affaires de la Turquie.

XVI. (S. 75—82). 1) In einer Denkschrift über die Einrichtung des Kabinetts 1797, bei Hüffer, die Kabinetsregierung in Preußen 512 ff. 2) Vgl Beer, Leop., Franz, Cath. 232 ff. 3) Vgl. Beer a. a. O. 236; Die Äußerung des französischen Gesandten Kap. VI n. 9.; und v. d. Goltz, der in dem citierten Briefwechsel am 2. März 1790 schreibt: „Daß dem Particulierinteresse Einfluß habender Personen der Krieg nicht anpassend sei, begreife ich gar wohl". 4) Vgl. Schliffeen 250, 359, 361, 875. 5) Vgl. eine Äußerung Aucklands: Ewart fell a victim [d. h. intellektuell] to Bischoffwerders views against Russia. (Auckland Correspondence II, 394.). Das Umgekehrte war natürlich der Fall: Bischoffwerder war der geistig abhängige. Aucklands widerliches Strebertum ruhte nicht eher, als bis er die Abberufung Ewarts und die Berufung seines Bruders nach Berlin durchgesetzt hatte. Ewart starb bald danach. 6) Vgl. Schlieffen 359. 367. 7) Vgl. Histoire Secrète I, 107. 8) Dies war wenigstens die Ansicht des menschenkundigen Harris, vgl. Malmesbury Diaries II, 243. 9) Vgl. Dohm, Denkwürdigkeiten I, 79. 10) Vgl. Schlieffen 358: „Ihm war im Dädal [le dédale!] von Geschäftshändeln, die er zum Teil aus Eitelkeit selbst veranlaßte, um ein gewaltiger Vollbringer zu erscheinen, der Leitfaden nun fast ganz entwischt". (Zum J. 1791.) 11) Vgl. Gödeke, Hannovers Anteil u. s. w. a. a. O. 85. 12) In einer der beiden Denkschriften von 1. Aug. 1791 (G. St. A.). 13) Einen direkten Ausdruck verlieh Hertzberg einmal dieser Ansicht in einem Brief an Forster Nov. 1792, der auch sonst charakteristisch ist (gedr. in der Zeitschr. f. pr. G. V, 173 (1868). 14) Das Folgende nach den Erinnerungen der Gräfin v. Voß 132 ff., auch 120; und den Briefen der Gräfin Dönhoff Bibl. Univ. de Genève 1849. Die Gräfin Dönhoff sprach in ihren Briefen von cette terrible passion, cette terrible amour. 15) Diese Thatsachen entnehme ich einem Brief Ewarts an Grenville (Foreign Secretary an Stelle Leeds') in den Dropmore Papers II, 93 f. 16) Vgl. Ranke, Fürstenbund 197 f. und Philippson I, 88 f. 173. 17) Vgl. Baillen in der deutschen Biographie 152 f. 18) Diese doch auch schon mit der gewöhnlichen Beurteilung Hertzbergs im Widerspruch stehende Thatsache bei

Dohm I, 80. 19) Bei Beer, Österreichs Orientpolitik. Einl. XVIII. 20) Vgl. Beer, Leop., Franz, Cath. 238. 21) Vgl. Zinkeisen VI, 679 n. 1. 22) Worte aus den „Bemerkungen über die Matériaux"; vgl. Anhang III. 23) Vgl. (Borcke) Geheime Briefe über die preußische Staatsverwaltung 85 und Mirabeau II, 23. 24) Schlieffen 358. 25) Vgl. Dropmore Papers II, 70.

XVII. (S. 82—87). 1) Vgl. das Gespräch Bischoffwerders mit Reuß bei G. Wolf, Österreich und Preußen 239 ff. 2) Vgl. Schlieffen 282. 3) Hertzberg 12. Nov. 1789 (G. St. A.). 4) Hertzberg an den König 1. Juli, 16. Aug., 6. Sept. 1790 (G. St. A.). 5) Vgl. Kalinka II, 238 u. 701. 6) Vgl. darüber Beer, Jos. Leop. Kaunitz 325 u. Beer, Orientp. Ö. 113. 7) Für das Folgende habe ich außer Jacobi's Berichten und einer Anzahl von Ungarn betr. Akten d. G. St. A. (Rep. XI Ungarn 279) einen auf Berliner, Weimarer, Wiener und ungarischem Material fußenden Aufsatz von E. Wertheimer, Carl August von Sachsen-Weimar König von Ungarn im Pesther Lloyd 24. April 1898 benutzt. 8) Hertzberg an Unbekannt, wahrscheinlich Finckenstein 8. Febr. 1790 (in den Berichten des Kabinettsministeriums): . . . Hompesch, ein Erzabenteurer, der den König zur Aufwiegelung der Ungarn bestimmen will. . . idée que j'ai toujours repoussé. 9) H. an den König 9. April. 1790 (G. St. A.) 10) Bericht Jacobis 27. Jan. (G. St. A). 11) Vgl. Ranke a. a. O. 551. 12) Vgl. auch Feßler, Geschichte Ungarns V, 596 ff.

Anhang I. II. (S. 88—91). 1) Vgl. Philippson I, 390. Die obigen Zahlen entnehme ich der von Naudé veröffentlichten Tabelle (Forsch. z. B. u. P. G. V, 251 f.) 2) Diese Bemerkungen stützen sich auf im G. St. A. befindliche Acta betr. den Großen Trésor. Die, wie es scheint, vollständig erhaltenen Trésorzettel tragen die Daten: 24. Dec. 1789; 4. April, 5. August, 10. Oct., 25. Dec. 1790; also ganz willkürliche Zeiträume zwischen den einzelnen Bilanzen. Daß dem König überhaupt kein Zettel in der angegebenen Zeit zu Gesicht kam, ist einer Aufschrift Metzendorffs auf dem Konvolut der Zettel zu entnehmen. 3) Sur les affaires du dehors Pitt n'a pas les grandes vues de son père. Il nous manque ici un Malmesbury ou un Ewart . . . Ne comptons que sur nous-mêmes! . . Malgré cela cette alliance est dans les conjonctures actuelles évidemment la meilleure. Schl an Hertzberg London 18. Aug. 89 (G. St. A.). 4) Vgl. Schlieffen 312. 5) So citierte er gelegentlich die Euripideischen Verse, (vgl. S. 70); vgl. Schlieffen 439.

THE BORROWER WILL BE CHARGED THE COST OF OVERDUE NOTIFICATION IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW.

APR 11 1981

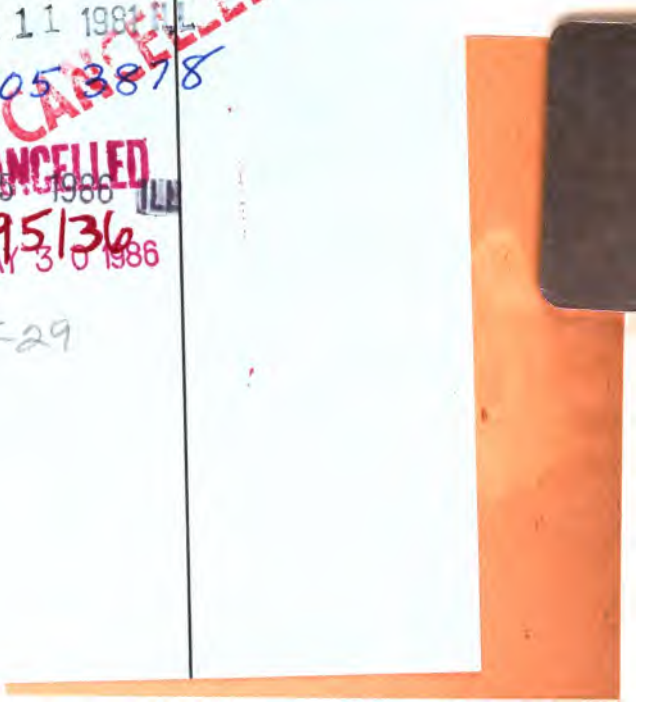
705 3878

CANCELLED

CANCELLED

JUN 5 1986

1695136

MAY 30 1986

5-29